

39. Sitzung

am Dienstag, dem 22. Oktober 2002

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1813
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1813

Fragestunde

1. „Grüner Pfeil“ - Wie geht es weiter? Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 23. September 2002	1814
3. Konsequenzen der Sanierung Tenevers für soziale Infrastruktur Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 8. Oktober 2002	1814
4. Eheschließungen von Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern ohne Diskriminierung Anfrage der Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 8. Oktober 2002	1816

Aktuelle Stunde	1817
------------------------------	------

Wohnen in Nachbarschaften (WiN) - Stadtteile für die Zukunft entwickeln

Handlungsprogramm 1999 - 2004

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt

Stand der Umsetzung der Programme (Juni 2002)

Mitteilung des Senats vom 24. September 2002

(Drucksache 15/621 S)

Wohnen in Nachbarschaften (WiN)

Handlungsprogramm 1999 - 2004

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 22. Oktober 2002

(Drucksache 15/631 S)

Abg. Dr. Sieling (SPD)	1817
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	1821
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1825
Abg. Frau Schreyer (CDU)	1828
Senatorin Wischer	1829
Abstimmung	1832

Bürgertelefon gegen Sozialhilfemissbrauch

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 16. September 2002

(Drucksache 15/619 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002

(Drucksache 15/629 S)

Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	1833
Abg. Pietrzok (SPD)	1835
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1838
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	1840
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1842
Senatorin Röpke	1843

Innenstadtentwicklung

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 31. Juli 2002

(Drucksache 15/598 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. September 2002

(Drucksache 15/620 S)

Sofortprogramm Innenstadt

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 22. Oktober 2002

(Drucksache 15/632 S)

Abg. Pflugradt (CDU)	1845
----------------------------	------

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1848
Abg. Dr. Sieling (SPD)	1850
Senatorin Wischer	1853
Staatsrätin Winther	1855
Abstimmung	1856

**Vorhaben- und Erschließungsplan 21 mit Deckblatt
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für den Bau der „Tagesklinik an der Universität“ in Bremen-Schwachhausen auf
dem Grundstück Parkallee/stadtauswärts neben dem Hotel „Zur Munte“**

Mitteilung des Senats vom 10. September 2002 (Drucksache 15/617 S)	1856
---	------

Lärmschutz stärken

Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 2002
(Drucksache 15/622 S)

Abg. Dr. Schuster (SPD)	1857
Abg. Frau Mull (CDU)	1857
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1858
Senatorin Wischer	1860

**1. Änderung des Bebauungsplanes 399
für ein Gebiet in Bremen-Burglesum
nördlich Hindenburgstraße Nr. 32**

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/623 S)	1861
--	------

**Bebauungsplan 1268
für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen
- Wölpscher Straße
- Landesgrenze
- Am Steending**

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/624 S)	1861
--	------

**Bebauungsplan 1972 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland zwischen
Stromer Landstraße,
Merkurstraße,
Rudolf-Diesel-Straße,
Senator-Apelt-Straße und
Bezirksbahnhof Rablinghausen**

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002

(Drucksache 15/625 S) 1862

**Bebauungsplan 2075
für Gebiete in Bremen-Neue Vahr
zwischen Kurt-Schumacher-Allee, Karl-Kautsky-Straße (zum Teil einschließlich),
Bischof-Ketteler-Straße (zum Teil einschließlich), Otto-Suhr-Straße (zum Teil ein-
schließlich), Mittelkampffleet und Bürgermeister-Reuter-Straße sowie zwischen
Karl-Kautsky-Straße, Richard-Boljahn-Allee und Carl-Severing-Straße (Hausnum-
mern 57 bis 81), Schule an der Otto-Braun-Straße und August-Bebel-Allee**

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002

(Drucksache 15/626 S) 1862

**Bebauungsplan 2249 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Walle
zwischen Langer Reihe (einschließlich), Waller Heerstraße (gerade Hausnum-
mern 210 bis 250), Garnbleiche (beiderseits) und Schulzentrum Walle**

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002

(Drucksache 15/627 S) 1862

**Bebauungsplan 2258 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt zwischen Schaumburger Straße, süd-
lich der Straße In der Wisch und Getekamp**

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002

(Drucksache 15/628 S) 1862

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 50
vom 15. Oktober 2002**

(Drucksache 15/630 S) 1863

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bürger, Frau Haker, Leo, Frau Möbius, Neumeyer,
Dr. Schulte.

Präsident Weber
Vizepräsident Dr. Kuhn
Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführer Schildt

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 39. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Wohnen in Nachbarschaften, Handlungsprogramm 1999 bis 2004, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 22. Oktober 2002, Drucksache 15/631 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wer mit der dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt acht zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

2. Sofortprogramm Innenstadt, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 22. Oktober 2002, Drucksache 15/632 S.

Meine Damen und Herren, wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt drei, Innenstadtentwicklung, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Den übrigen Eingang bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen zu entnehmen.

Kleine Anfrage gemäß § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Entwicklung und Bedeutung des Taxi-Verkehrs für den Personenverkehr
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 24. September 2002

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung der Tagesordnungspunkte vier, das ist die Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Arbeit und Gesundheit, und fünf, das ist die Veränderung der Angebotsstruktur in den Kindertagesheimen, sowie zur Vereinbarung von Redezeiten bei zwei Tagesordnungspunkten. Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung wurde vereinbart, dass nach der Fragestunde Tagesordnungspunkt acht, Wohnen in Nachbarschaften - Stadtteile für die Zukunft entwickeln, Handlungsprogramm 1999 bis 2004, danach Tagesordnungspunkt sieben, Bürgertelefon gegen Sozialhilfemissbrauch, und im Anschluss daran der Tagesordnungspunkt drei, Innenstadtentwicklung, aufgerufen wird.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich dem Abgeordneten Dr. Domann-Käse ganz herzlich zu seiner Hochzeit gratulieren. Ich rufe das deswegen auf, weil er nun vor den Namen Käse den Namen Domann gesetzt hat. Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen vier frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage zwei wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**„Grüner Pfeil' - Wie geht es weiter?“**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie begründet der Senat den Wegfall des grünen Pfeils, Zeichen 720 StVO, an der Kreuzung Graf-Moltke-Straße/Bismarckstraße Fahrtrichtung Stadtmitte?

An welchen weiteren Kreuzungen wurde dieses Verkehrszeichen seit seiner Einführung deinstalliert?

An welchen ampelgeschalteten Kreuzungen plant der Senat, gemäß dem Beschluss der Stadtbürgerschaft vom 11. Juni 2002 zusätzlich den grünen Pfeil einzuführen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Signalanlage an der Einmündung der Graf-Moltke-Straße in die Bismarckstraße wurde in diesem Jahr umgebaut. Dabei wurden auf der östlichen Seite der Einmündung der schon seit längerem geforderte Fußgängerüberweg und ein separat verlaufender Radweg neu eingerichtet. Zusätzlich wurde für die links abbiegenden Fahrzeuge von der Bismarckstraße in die Graf-Moltke-Straße ein Diagonal-Grünpfeil hinter der Kreuzung eingerichtet, der diesen Fahrzeugen zu bestimmten Zeiten ein konfliktfreies Abbiegen erlaubt. Die Verwaltungsvorschriften der Straßenverkehrsordnung führen zu Paragraph 37 unter XI. Grünpfeil unter anderem aus, dass er „nicht verwendet werden darf, wenn für den entgegenkommenden Linksabbieger der grüne Pfeil gemäß Paragraph 37 Absatz 2 Nummer 1 Satz 4 verwendet wird“. Damit ist der Diagonal-Grünpfeil gemeint, somit ist die Beibehaltung des grünen Blechpfeils nicht mehr möglich.

Zu Frage zwei: An der Überfahrt zum Pro-Markt von der Kattenturmer Heerstraße in stadtauswärtiger Fahrtrichtung wurde ebenfalls der grüne Blechpfeil abgebaut. Für die Begründung wird auf die Antwort zu Frage eins verwiesen.

Zu Frage drei: Das Konzept für eine Ausweitung des grünen Pfeils gemäß Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 16. Mai 2002 wird so umgesetzt, dass quartiersweise die Kreuzungen überprüft werden und auch die Realisierung vor Ort entsprechend erfolgt. Mit einer ersten Umsetzung ist noch in diesem Jahr zu rechnen. Zum augenblicklichen Zeitpunkt können die Kreuzungen noch nicht benannt werden, das Prüfungsverfahren läuft noch. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, gehen Sie mit mir konform, wenn ich sage, der Prüfauftrag der Stadtbürgerschaft sollte die Zielrichtung haben, dass neue grüne Pfeile installiert werden und nicht geprüft wird, an welchen Stellen man diese grünen Pfeile abnimmt? Wenn Sie das bestätigen, dann erübrigen sich weitere Fragen!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich bestätige das gern. Es ist aber kein Widerspruch zu dem, was ich eben beantwortet habe, sondern das Amt ist intensiv dabei, quartiersweise zu schauen, an welchen Stellen diese Verkehrszeichen entsprechend den Qualitätsanforderungen, die wir beim letzten Mal, als wir hier in der Bürgerschaft anlässlich Ihres Antrags darüber diskutiert haben, auch anzubringen sind. Dabei ist das Amt, und die Auskunft ist ja, noch in diesem Jahr soll in einem Quartier damit begonnen werden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage, die sich auf die Überwachung der Bestimmungen des Waffenrechts bezieht, wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Konsequenzen der Sanierung Tenevers für soziale Infrastruktur**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pietrzok, Böhmssen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Gemeinschaftseinrichtungen werden durch die im Senat am 22. August 2000 beschlossenen Maßnahmen zur Modernisierung von Tenever betroffen sein?

Zweitens: Was gedenkt der Senat zu tun, um den Weiterbetrieb der Einrichtungen zu gewährleisten?

Drittens: Welche Probleme erwartet der Senat hinsichtlich der Umsetzung einzelner Einrichtungen, und welche Konsequenzen gedenkt der Senat daraus zu ziehen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Von dem geplanten Abriss sind die Räume der nachfolgend genannten Angebote betroffen: Mütterzentrum e. V., Second-Hand-Laden, Pirmasenser Straße 2; Arbeiter-Samariter-Bund, Spielkreise und Büro, Pirmasenser Straße; Haus der Familie, Kinderraum 2 c, Kaiserslauterner Straße 20; Mütterzentrum, Internetcafé, Kaiserslauterner Straße 1 a; Amt für Soziale Dienste, Spielhaus Pfälzer Weg, Otto-Brenner-Allee 54; Amt für Soziale Dienste, Horthäuser, Neuwieder Straße 18, 26, 36, 38; St.-Petri-Kinder- und Jugendhilfe, Alkoholfreies Jugendcafé, Neuwieder Straße 42 und Andernacher Straße 10; Amt für Soziale Dienste/Senator für Bildung und Wissenschaft, Fahrradwerkstatt als Schulverweigererprojekt, Neuwieder Straße.

Bei den nachfolgend genannten Projekten müssen infolge von Umbaumaßnahmen insbesondere die Zugänge erneuert werden. Hier ist vorrangig mit durch Baumaßnahmen bedingten Störungen zu rechnen. Es soll jedoch versucht werden, diese auf ein unabdingbar notwendiges Maß zu beschränken. Das betrifft: Wohnertreff e. V., Pirmasenser Straße 20; Amt für Soziale Dienste/Haus der Familie, Kinderraum 2 c, Kaiserslauterner Straße 20; Amt für Soziale Dienste/Haus der Familie, Krabbelstube 2 b, Wormser Straße 13; Bildungswerk Evangelische Kirche, Arbeitslosenzentrum, Wormser Straße 19; Bildungswerk Evangelische Kirche, Büro, Wormser Straße 10; Amt für Soziale Dienste, Kindertagesstätte, Kaiserslauterner Straße 9.

Zu zwei: Dem Senat ist grundsätzlich daran gelegen, den Fortbestand der vom Abriss betroffenen

Angebote in Ersatzräumen zu ermöglichen. Die weiteren Planungs- und Umsetzungsprozesse sollen unter Beteiligung der Betroffenen vorangetrieben werden. Dabei ist nicht auszuschließen, dass baulichen, räumlichen und konzeptionellen Veränderungen Rechnung getragen werden muss, wenn dies den erkennbaren Erfordernissen entspricht.

Zu drei: Gravierende Probleme in Bezug auf die geplanten Maßnahmen werden für die genannten Einrichtungen derzeit keine gesehen. Im Zusammenhang mit einem so umfangreichen Projekt ist nicht vollständig auszuschließen, dass für die einzelnen Nutzergruppen möglicherweise zunächst Zwischenlösungen gefunden werden müssen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Ja, eine Zusatzfrage habe ich, und zwar geht es um die Finanzierung! Wenn ich mich an den Senatsbeschluss richtig erinnere, dann ist für eine KTH-Einrichtung insgesamt eine Summe von 900.000 DM vorgesehen gewesen. Wie stellt sich denn die Finanzierung im Hinblick auf die anderen Einrichtungen dar? Kann man davon ausgehen, dass die gesichert ist, und auf welche Weise soll die Finanzierung erfolgen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Der Senat hat in der Tat am 22. August 2000 für dieses KTH eine Summe von 0,9 Millionen DM beschlossen. Der Senatsbeschluss vom gleichen Datum führt aus, dass für Gemeinschaftseinrichtungen, die aufgrund des Rückbaus zunächst wegfallen, Ersatz vorgesehen ist im Rahmen des Gesamtkonzepts und die sozialverträgliche Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen ebenfalls im Rahmen des Gesamtkonzepts finanziert werden soll, so dass ich davon ausgehe, dass alle Maßnahmen, die von dem Abriss betroffen sind, dann auch entsprechend umgesetzt werden. Natürlich muss man, das ist in der Antwort auch ausgeführt, noch einmal überprüfen, ob es denn zeitgemäß ist, so wie es sich heute darstellt, oder ob man nicht die Chance nutzt, da Erneuerungen einzuführen, Innovationen, die man gemeinsam mit den Bewohnern erarbeitet.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Sauer!

Abg. Frau **Sauer** (CDU): Frau Senatorin, ich weiß, dass sich die Einrichtungen jetzt schon konkret über ihren Verbleib Sorgen machen. Ist sichergestellt, dass rechtzeitig darauf eingewirkt wird, dass der Dialog rechtzeitig stattfinden wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Der Dialog ist nach meinen Informationen jetzt schon eingeleitet. Es gibt eine Arbeitsgruppe, die auch die Bewohner einbezieht, also die Repräsentanten der Bewohner - Herr Barloschky ist zum Beispiel meines Wissens dabei -, und es geht jetzt auch erst los. Der Abriss der Blöcke ist, wenn alles gut läuft, für Ende 2003 mit den ersten Schritten abzusehen, und bis dahin werden wir gemeinsam in dieser Arbeitsgruppe alle notwendigen Schritte für den Ersatz der Einrichtungen, denke ich, so geregelt haben, dass auch alle sicher sind, wie es weitergeht. Daran habe ich auch ein sehr großes Interesse.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über **Eheschließungen von Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern ohne Diskriminierung**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Kleen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, dass in Bremen Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer im Standesamt Bremen-Mitte nur durch einen Hintereingang Einlass finden können und die Eheschließung entweder in einem Nebenraum, der nicht den Anforderungen eines würdigen Rahmens des Paragraphen 8 Personenstandsgesetz entspricht, vorgenommen werden kann oder sie in diskriminierender Weise eine Treppe hochgetragen werden müssen?

Zweitens: An welchen Orten können in Bremen Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer die Eheschließung in würdiger Form, in nicht diskriminierender Weise durch Hochtragen und ohne zusätzliche Gebühren vornehmen lassen?

Drittens: Beabsichtigt der Senat, falls es seiner Ansicht nach bisher einen solchen Ort nicht gibt, einen solchen zu schaffen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kleen, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Das Gebäude des Standesamts Bremen-Mitte ist eine kurz vor der Jahrhundertwende erbaute ehemalige Bremer Villa in der Hollerallee gegenüber dem Bürgerpark, die unter Denkmalschutz steht. Der Eingang ist nur über eine Freitreppe zu erreichen. Diese aus architektonischer Sicht sicher ansprechende Lösung des Zugangs erweist sich für rollstuhlgebundene Personen allerdings als erhebliche Beeinträchtigung. Sie können nur mit Hilfe anderer Personen zu den Diensträumen und den Trauzimmern im Erdgeschoss gelangen. Der Hintereingang des Gebäudes bietet, da ebenfalls nicht ebenerdig, aus diesem Grund keine Alternative. Alle Bemühungen um weitere Verbesserungen sind bisher aus unterschiedlichen Gründen gescheitert.

Anders als beim Zugang zum Standesamt hat es bei der Wahl des Trauzimmers jedoch in keinem Fall Benachteiligungen für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer gegeben. Keine Eheschließung wurde bislang in einem „Nebenraum“ vorgenommen, der nicht den Anforderungen eines würdigen Rahmens entsprach. Insgesamt ist es dem Standesamt in der Vergangenheit gelungen, in jedem Einzelfall eine mit allen Beteiligten abgestimmte Lösung zu finden. Das gilt nicht nur für den Eheschließenden selbst, sondern auch für behinderte Gäste. In den letzten Jahren sind auch keine Beschwerden über Diskriminierungen vorgetragen worden.

Zu zwei: Abgesehen davon, dass der Senat davon ausgeht, dass auch im Standesamt Bremen-Mitte Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer eine Eheschließung in würdiger Form und in nicht diskriminierender Weise vornehmen lassen können, stellt sich die Lage bei den möglichen Eheschließungsorten im Übrigen wie folgt dar:

In Bremen ist beim Standesamt Bremen-Nord im Gebäude des Ortsamtes Vegesack ein auch für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer problemfreier Zuweg durch den Nebeneingang möglich. Der Eingang führt direkt in den Warteraum für Eheschließende und von dort ins Trauzimmer.

Darüber hinaus gibt es für so genannte Eheschließungen in besonderem Rahmen in Bremen Raumangebote im Rathaus, auf dem Lür-Kropphof und auf dem früheren Segelschulschiff Deutschland. Von diesen drei Orten sind naturgemäß nur die beiden ersten Trauörtlichkeiten auch für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer problemlos zu erreichen. Allerdings wird für deren Nutzung ein Zusatzentgelt berechnet.

Zu drei: Angesichts der zuvor aufgezeigten Angebote wird der Senat seine weiteren Bemühungen

darauf konzentrieren, für die beim Standesamt Bremen-Mitte und beim Standesamt Bremen-Nord, Haupteingang, bestehenden Schwachstellen für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer eine vertretbare Lösung zu finden. Darüber hinaus ist es Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern auch möglich, künftig ohne die sonst erhobenen Mehrkosten im Rathaus zu heiraten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Kollege Kleen!

Abg. **Kleen** (SPD): Das ist nach Ihrer Information jetzt schon so, dass das zusätzliche Entgelt von 350 Euro für Trauungen im Rathaus auf Antrag für Rollstuhlfahrer nicht erhoben wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter Kleen, das haben wir heute mit dem Bürgermeister besprochen und im Senat so beschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Das ist seit heute so?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Das ist seit heute so!

(Abg. Kleen [SPD]: Vielen Dank, das ist genau die richtige Lösung! Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Wohnen in Nachbarschaften (WiN) - Stadtteile für die Zukunft entwickeln Handlungsprogramm 1999 - 2004 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt Stand der Umsetzung der Programme (Juni 2002)

Mitteilung des Senats vom 24. September 2002 (Drucksache 15/621 S)

Wir verbinden hiermit:

Wohnen in Nachbarschaften (WiN) Handlungsprogramm 1999 - 2004 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 22. Oktober 2002 (Drucksache 15/631 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. Dr. **Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der uns heute vorliegende Bericht über die Umsetzung der Programme Wohnen in Nachbarschaften und damit verbunden auch des Programms Soziale Stadt macht deutlich, wie wichtig die Aufwertungsmaßnahmen in sozial benachteiligten Stadtteilen sind, welche Erfolge man damit erzielen kann und wie die Aufgabenwahrnehmung aufgrund der Erfahrungen für die nächste Projektphase modifiziert werden muss.

Ich möchte mich deshalb gleich eingangs bedanken, ich denke, im Namen des gesamten Hauses, für das große Engagement besonders der Bewohnerinnen und Bewohner in den Gebieten, die häufig ihre Freizeit für das Wohl ihres Stadtteils einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Notwendigkeit der Programme WiN und Soziale Stadt ergibt sich aus der Differenzierung der Gesellschaft, oft auch aus dem Trend der Individualisierung. Insbesondere in den Quartieren des Geschosswohnungsbaus bestehen große Probleme des sozialen Zusammenhalts und der Stabilität. Fachleute sprechen darum häufig von überforderten Nachbarschaften. Bremen hat sehr früh darauf reagiert, obwohl Bremen eine Stadt ist, die sicherlich im Verhältnis auch zu anderen westdeutschen Städten gar nicht so übermäßig viele schwierige Quartiere hat, aber doch eine ganze Reihe von Stadtteilen, in denen eben dieser Handlungsbedarf besteht.

Erstmals 1984 fanden auf Initiative der damaligen sozialdemokratischen Senatoren für Bau sowie Soziales, Jugend und Gesundheit erste Nachbesserungsmaßnahmen in Großwohnsiedlungen statt. 1989 beschloss der Senat Nachbesserungs-

konzepte für Tenever, Lüssum, Marßel, Kirchhuchting und Kattenturm. 1991 wurden dann diese Nachbesserungsprojekte ein wichtiger Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen der Ampelkoalition.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Die müssen immer noch nachbessern! So erfolgreich!)

1998, Herr Kollege Pflugradt, haben wir dann die Fortschreibung dieses richtigen Programms in der großen Koalition aufgenommen und durch das Bundesprogramm Soziale Stadt ergänzt. Damit ist auch eine Weiterentwicklung in Richtung eines Schwerpunktprogramms erfolgt. Wir haben dies in diesem Haus 1999 noch einmal unterstrichen. Dass wir hier noch immer nachbessern müssen, dass dies alles keine Aufgaben sind, die sich von heute auf morgen erledigen lassen, hat sich schon allein dadurch gezeigt, dass das bremische WiN-Programm, Wohnen in Nachbarschaften, ein Programm war, das wir als Vorläufer geboren haben, das auch als Vorläufer beispielgebend für das Bundesprogramm Soziale Stadt gewirkt hat. Meines Erachtens brauchen wir eine Fortsetzung des Engagements des Bundes, aber auch hier bei uns in Bremen.

(Beifall bei der SPD)

Aus aktuellem Anlass kann und möchte ich gern aus der frisch abgeschlossenen Koalitionsvereinbarung der rotgrünen Koalition auf Bundesebene zitieren. Dort heißt es unter der Überschrift „Innovative Konzepte für unsere Städte“, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Wir wollen“ - so die Bundesregierung - „die Städtebauförderung an die Notwendigkeiten des nachhaltigen Stadtumbaus und an das Ziel der kompakten und durchmischten Stadt anpassen. Städtebau, Wohnungspolitik, Raumordnung und Mobilität werden zu integrierten Stadtentwicklungsprojekten weiterentwickelt. Dabei werden die vernetzten Programme Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und Stadtumbau West auf hohem Niveau verstetigt. Das Programm Soziale Stadt wollen wir ressortübergreifend und mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen besser vernetzen.“ Soweit die rotgrüne Koalition auf Bundesebene!

Ich finde, diese Politik ist gut, vernünftig und erforderlich, und es ist eine Verabredung, die auch uns in Bremen und den Bremerinnen und Bremerinnen bei den weiteren Entwicklungen sehr hilft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, heute liegt uns das WiN-Handlungsprogramm 1999 bis 2004 vor, so hat es der Senat überschrieben. Daraus wird deutlich, dass WiN ein Querschnittsprogramm ist, mit dem heute nicht nur die Ressorts Bau und Soziales befasst sind, wie es früher bei den Nachbesserungsprojekten der Fall war, sondern - und das wird für die Zukunft wichtig - auch die Ressorts Arbeit, Wirtschaft, Bildung, Inneres und Sport haben hier wichtige Aufgaben.

Es zeigt sich und hat sich gezeigt, dass wir die Frage der Stadtentwicklung, die Frage des Stadtumbaus, die Frage der Qualitätssteigerung in den Stadtteilen nur mit integrativen Lösungskonzepten voranbringen werden und voranbringen können. Da gilt es natürlich nicht, nur bauliche Veränderungen vorzunehmen oder sich nur auf sozialpolitische Fragen zu konzentrieren. Es wird in Zukunft - auch das signalisiert die Koalitionsvereinbarung des Bundes - erforderlich sein, dies mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu verbinden, aber auch wirtschaftspolitische Elemente müssen greifen. Ich will darauf nachher noch einmal zurückkommen.

WiN selbst, das wird aus dem Bericht deutlich, liegt auch finanzpolitisch auf der richtigen Linie, finanzpolitisch deshalb auf der richtigen Linie, weil es gerade für uns als ein Bundesland und auch als eine Stadtgemeinde mit knappen Finanzen so ist, dass ausweislich des Berichts ein großer Teil der Gelder durch Drittmittel, Eigenmittel und so weiter mobilisiert wird. Das Verhältnis ist ein Euro bremischer Haushaltsmittel zu zwei Euro dieser Dritt- und Eigenmittel, 6,5 Millionen Euro Bremen, zwölf Millionen Euro aus diesen Drittmitteln. So gesehen haben wir insgesamt für die 444 Projekte der Vergangenheit immerhin 19 Millionen Euro mobilisieren können. Die Fortsetzung ist einschließlich des Haushaltsjahres 2003 mit weiteren jährlichen 1,5 Millionen Euro gesichert. Das teilt sich auf die zehn Stadtbezirke, die es in Bremen dafür gibt, mit jeweils 150.000 Euro gleich auf. Ich glaube, diese Verteilung, da werden sich alle einig sein, muss auch so erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte gern, einfach zur Illustration der Breite dieses Programms, einmal einige Beispiele aus den Stadtteilen aufgreifen, die dies, glaube ich, deutlich machen. Da findet sich zum Beispiel in Blockdiek die Entwicklung und das Tragen eines Familientreffs an der Grundschule Düsseldorf Straße. In der Grohner Düne wird unter anderem eine Skateranlage von den dortigen Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern betreut, um in diesem bekanntlich nicht unkomplizierten Bereich gerade für Jugendliche, auch viele jugendliche Aussiedler und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger eine Möglichkeit für die Freizeit zu bieten.

In Hemelingen, Hinter den Ellern, gibt es ein Quartierszentrum, in Marßel wird in Zusammenarbeit mit dem dortigen Sportverein Sport ohne Verein angeboten, in der Vahr verschiedene Aktivitäten für junge Aussiedler, und in Sodenmatt/Kirchhuchting wird beispielsweise das BUS mit einer Spielplatzinitiative unterstützt. Ähnliches, gerade auch auf Jugendliche ausgerichtet, findet sich in Kattenturm mit dem dortigen Fun-Park.

Vergleichbar ist noch die Maßnahme in Lüssum-Bockhorn mit dem sehr bekannten Haus der Familie. Umfassender ist sicher das Herangehen an die Aufwertung der Stadtteile, gerade noch in zwei weiteren Quartieren und Stadtteilen: zum einen Gröpelingen, wo wir nicht nur den Bereich Wohnen in Nachbarschaften haben, sondern wo schon etwas praktiziert ist, was meines Erachtens auch Beispielcharakter für das hat, was wir uns vornehmen müssen, nämlich das Zusammenspiel verschiedener Aktivitäten, verschiedener Programme. In Gröpelingen sind es speziell die umfassendere Stadterneuerung und die umfassenderen Maßnahmen, die dort diesem Stadtteil eine Stabilisierung bringen, die im Zusammenhang mit dem Space-Park dann, wie wir alle hoffen, erst richtig zum Zuge kommen werden.

Der zweite Bereich, Tenever, wo, glaube ich, mit den dortigen sehr stark finanzierten Initiativen und der dortigen sehr aktiven Bewohnergruppe auch unter sehr kompetenter Anleitung Wesentliches getan wurde, damit die Bevölkerung dort vor Ort das Projekt angeht und unterstützt! Sie haben es auch immer uns gegenüber hier im Parlament und dem Senat gegenüber heftig gefordert, nämlich einen Umbau in Tenever anzustreben, verbunden mit einem Rückbau, so nennt man das immer, es ist natürlich, klar gesagt, ein Abriss von Wohnungen, aber vor allem auch Modernisierung der bestehenden Wohnungen. Tenever ist sicherlich ein vorrangiges Beispiel und wird ein vorrangiges Beispiel werden für die Stabilisierung des Wohnens und Lebens in Stadtteilen. Das, meine Damen und Herren, muss doch ein Ziel unserer Politik sein.

Ich will unterstreichen, was bei WiN besondere Bedeutung hat: die Beteiligung der Bewohner, die Beteiligung von Bewohnerinnen und Bürgerinnen und Bürgern an der Politik! Ich finde, das ist bür-

gerne Politik, das ist ein gutes Programm, so sollte es weitergehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Perspektive! WiN und Soziale Stadt müssen weitergeführt werden. Ich glaube, da haben wir einen breiten Konsens, nicht nur in diesem Hause, sondern allgemein in der Stadt. Die Finanzierung muss verstetigt werden. Im Antrag, den wir als Koalitionsfraktionen vorgelegt haben, heißt es, sie muss bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Ich sage hier deutlich, sie muss mindestens auf dem jetzigen Niveau bleiben. Der Begriff bedarfsgerecht heißt, glaube ich, dass wir eher vor dem Hintergrund der Notwendigkeiten ab dem Jahr 2004 noch etwas darauf legen werden müssen oder kluge Bündelungen hinbekommen müssen. Ich jedenfalls wäre dafür, diese Linie deutlich zu verstärken, auch finanziell zu verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Dies hat, ich habe es vorhin am Beispiel von Gröpelingens angesprochen, Tenever habe ich auch erwähnt, etwas mit der Attraktivitätssteigerung der Stadt insgesamt und mit einer Politik der Attraktivitätssteigerung zu tun. Wir haben dort ja auch in den letzten Jahren einiges geleistet. Der größte Teil dieser Maßnahmen hat sicherlich in der Innenstadt stattgefunden. Wir werden später am Nachmittag noch das Innenstadtprogramm diskutieren. Wir haben Ähnliches in der Teilstadt, wie es immer so schön heißt, Vegesack gemacht, um auch dort die Attraktivität voranzubringen.

Wenn wir dazu kämen, dass wir mit dieser Attraktivitätssteigerung, die auch, glaube ich, viel Gutes für das Selbstbewusstsein der Bremerinnen und Bremer ausgelöst hat, in der Innenstadt stecken bleiben würden und nicht hinausgehen würden, nicht nur in die Vorstädte, sondern auch eben in die Stadtteile, in die außenliegenden Stadtteile, würden wir, glaube ich, eine falsche politische Entscheidung treffen. Deshalb noch einmal das Votum, dass wir die Politik, die auf wirtschaftliche Prosperität setzt, mit dem Thema der Lebensqualität verknüpfen, und auch vor dem Hintergrund diesen weiteren Gang machen!

Bremen wird - die neue Studie des Regionalforschungsinstituts Gewos zeigt dies ja sehr deutlich - in den nächsten Jahren genügend Wohnraum haben. Wohnraumpolitik ist ein Thema, das eine hohe Bedeutung für viele Stadtquartiere hat. Es wird zukünftig, das macht ja Gewos sehr deutlich,

weniger darum gehen, nur allein Wohnungen zu schaffen oder sich darum zu sorgen, wie die Zahl der Wohnungen aussieht, sondern es geht mehr um das Wohnen insgesamt, das Wohnen, das auch ein Dienstleistungsangebot für die Menschen ist.

Wohnraum wird, glaube ich, nur dann vermietbar und verkaufbar bleiben, wenn die Wohnungen zeitgemäß und modern sind, wenn sie eine marktgerechte Größe haben, aber vor allem auch, wenn das Wohnumfeld sowie die entsprechende soziale und verkehrliche Infrastruktur stimmen, denn wir sollen uns doch nichts vormachen: Viele Menschen, die Bremen verlassen haben, verlassen es doch nicht, weil sie die Stadt nicht schön finden oder auch die Wohnungen konkret nicht hinreichend wären, sondern weil häufig im Vergleich zu anderen Gemeinden, gerade Nachbargemeinden, wir, glaube ich, bei dieser Infrastruktur besser werden könnten.

Dazu gehört im Wesentlichen das Wohnumfeld, es gehören natürlich auch angelagerte Bereiche wie Kindergartenversorgung, wie die Frage der Bildungspolitik dazu. Das alles muss verbessert werden. Um diesen Zusammenhang geht es, wenn man die Philosophie von WiN nimmt, das Programm WiN nimmt und es zu einer Politik generell ausweitet.

(Beifall bei der SPD)

Ich will in dem Zusammenhang, weil ich das Thema der Wohnungsbaupolitik gestreift habe, gern noch einmal sagen: Wir müssen uns vor dem Hintergrund der Einwohnerentwicklung in Deutschland, der Einwohnerentwicklung, die allgemein auch an uns nicht vorbeigehen wird, der Zahl der Haushalte, der eher ja stagnierenden Zahl der Haushalte in vielen Quartieren darauf einstellen, dass wir neben dem Bereitstellen von Möglichkeiten für den Einfamilien- und Reihenhausbau uns besonders auf den Erhalt des Bestandes und auf die Verbesserung des Wohnbestandes konzentrieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das muss die neue und richtige Wohnungspolitik der Zukunft sein, und die Zukunft muss schnell beginnen, spätestens natürlich nach unserer Bürgerschaftswahl am 25. Mai nächsten Jahres.

Ich darf nur kurz darauf hinweisen, dass wir mit dieser ganzen Frage der Wohnquartierstärkung, Wohnumfeldverbesserung nicht nur reden sollten und nicht nur reden dürfen von den Quartieren des Geschosswohnungsbaus, sondern auch viele

ältere Stadtteile, ältere Wohnquartiere im Auge behalten müssen. Ich verweise darauf, wir haben dies in der letzten Woche in der Baudeputation beschlossen, nämlich die Sanierung im Bereich der Waller Heerstraße. Das ist eine wichtige Entscheidung, eine richtige Entscheidung,

(Beifall bei der SPD)

weil wir gerade in diesem Bereich der teilweise mit kleinen Bremer Häusern versehenen Quartiere nachlegen und aufpassen müssen, dass uns auch dort die Stabilität, die wir wollen, erhalten bleibt.

Ich möchte abschließend und zusammenfassend dafür werben, dass das, was wir heute hier unter Wohnen in Nachbarschaften und Soziale Stadt diskutieren, um andere Programmbestandteile erweitert wird.

Es wird die Aufgabe sein, auch gerade im Bereich der Stadtmodernisierung zukünftig einen Schwerpunkt zu setzen, einen Schwerpunkt, der dann auch umfassen muss, dass wir die Maßnahmen, die wir dort angehen und anfassen, mit der Entwicklung im Bildungsbereich verknüpfen. Die Tatsache, dass sich die Schulen zum Stadtteil öffnen, ist doch eine gute und eine richtige Entwicklung, zu verknüpfen natürlich mit sozialer Infrastruktur und auch zu verknüpfen mit einer quartiersgerechten und auch quartiersbezogenen Wirtschaftspolitik.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Hansestadt Hamburg seit, ich glaube, 1996 ein Programm zur Modernisierung der Wirtschaft in Stadtquartieren, zur Verstärkung des Handwerks und des kleinen Gewerbes hat. Ich habe das immer für einen richtigen Ansatz gehalten und für eine notwendige Ergänzung der Wirtschaftspolitik,

(Beifall bei der SPD)

aber auch für eine Stärkung der Stadtteile und der Stadtquartiere. Das ist im Sinne von WiN, im Sinne von Sozialer Stadt und, ich glaube, im Sinne der Zukunft unserer Stadtgemeinde und der Stabilität und Stabilisierung unserer Stadtgemeinde.

Wir haben Ihnen einen Antrag als Koalitionsfraktionen vorgelegt, und ich bitte um Unterstützung und Zustimmung, weil wir damit noch einmal unterstreichen wollen, dass wir hier bezogen auf dieses in Rede stehende Programm eine Fortsetzung gesichert haben wollen für den dort vorgesehenen Programmzeitraum, der dort vom Senat bis zum Jahre 2010 angelegt ist. Wir geben damit schon jetzt ein Signal, dass wir uns bedarfsgerecht für eine Ausstattung, für eine finanzielle Ausstattung einsetzen, dass wir diesen Programman-

satz vernetzen wollen mit anderen Schwerpunkten und anderen Programmen, dass wir natürlich das, was jetzt an Evaluation ansteht, in der Bürgerschaft dann auch beraten wollen, weil daraus sicherlich Vorschläge für die Ausgestaltung in den einzelnen Stadtteile folgen, um hier, und da gibt es ja auch Diskussionen, weitere Stadtteile hinzuzunehmen. All dies ist dann sachlich und fachlich zu beurteilen.

Ich habe vorhin den Begriff der überforderten Nachbarschaften benutzt, der in der Fachwelt häufig verwendet wird. Ich denke, wir müssen uns auf den Weg machen und diesen Weg verstärken, aus den überforderten Nachbarschaften wieder starke Nachbarschaften zu machen, denn nur starke Nachbarschaften gehören zu einer starken Stadt, und eine starke und leistungsfähige Stadt soll Bremen ja bleiben. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich eine Gruppe Senioren der Arbeitsgemeinschaft 60 plus und Mitglieder der Seniorenvertretung begrüßen.

Ich begrüße auch ehemalige Abgeordnete, die in diesen Arbeitsgruppen mitarbeiten: Herrn Walter Groß, Herrn Carl Heinz Schmurr und Herrn Helmut Thielke. Es ist schön, dass Sie sich nach der Abgeordnetenzeit noch weiter engagieren, herzlichen Dank dafür! Ich begrüße Sie!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion ist dem Senat außerordentlich dankbar für diese Vorlage. Sie zeigt erstmals umfassend und ohne zu beschönigen die Situation in den WiN-Gebieten, in den Gebieten, die unter dem Begriff WiN, Wohnen in Nachbarschaften, zusammengefasst sind. Die Deputation für Jugend, Soziales und Senioren hat diese Vorlage ohne Diskussion in der Deputationssitzung am 28. August zur Kenntnis genommen, wissend, dass wir anschließend in der Bürgerschaft darüber debattieren würden.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen erging, meine Damen und Herren, aber mir ist beim Lesen dieser 44 Seiten starken Vorlage das eine oder andere Mal ein kalter Schauer über den Rücken gelaufen. Mit solcher Deutlichkeit zeigt der Senat die Situation

in den WiN-Gebieten auf, wie sie in der Vergangenheit war und wie sie heute teilweise noch ist. Sicher gib es in den zehn Gebieten Unterschiede in der Brisanz, doch das Hauptthema ist das Gleiche. Ich möchte an dieser Stelle einen Satz zitieren ohne Angabe des betreffenden Gebietes: „Die hohe Delinquenzbelastung von etwa 50 Prozent aller strafunmündigen Kinder und Jugendlichen macht es erforderlich, hier regulierend einzugreifen.“ Dieser Satz muss einem zu denken geben, meine Damen und Herren!

Stellen mit ähnlicher Brisanz gibt es viele in dieser Mitteilung des Senats. Diese Mitteilung ist wirklich kein so genanntes Gutwetterpapier, im Gegenteil, sie zeigt schonungslos auf, wie die Situation ist, und sie sollte uns auch alle aufrütteln. Wir können vor diesen Tatsachen nicht die Augen verschließen, denn obwohl diese Koalition im Jahr 1998 das Programm WiN vorgelegt hat, ist die Situation im Großen und Ganzen nicht zum Entspannen geeignet. Wir haben gemeinsam vieles auf den Weg gebracht, vieles erreicht, aber um sich zurückzulehnen, ist es wahrlich zu früh.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Man darf aber die Ursachen, die zu dieser Situation in den Programmgebieten geführt haben, nicht verschweigen oder vergessen. Meine Damen und Herren, da wurden auf dem Reißbrett Trabantsiedlungen geplant und erbaut, die zwar das Ego des Architekten befriedigten, aber zu keiner Zeit berücksichtigten, dass sich Menschen in den Quartieren wohl fühlen sollten, die zu keiner Zeit, auch nicht im Ansatz, die notwendige Infrastruktur für urbanes Leben vorhielten, die ganz einfach auch vergessen hatten, dass Menschen Plätze brauchen, wo sie gesellig leben können, wo sie sich treffen können, wo sie miteinander kommunizieren können.

Menschen kann man nicht wie Ameisen in Wohnhügeln, Dünen, Wohntürmen oder in anonymen Wohnblocks einquartieren. Der Erfolg war zum Beispiel eine Nullebene in Osterholz-Tenever, die den Menschen eigentlich nur Angst einflößte. 1998 habe ich schon gesagt und wiederhole es heute, die Architekten, das war 1999, 1998 war die Vorlage des Senats, 1999 haben wir debattiert, und die Erbauer dieser Anlagen haben nie in der Grohner Düne, im Demonstrativbauvorhaben Osterholz-Tenever oder in Kattenturm gewohnt. Leider gibt es auch keine Möglichkeit, sie dazu zu zwingen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Dass man solche Siedlungen baute, mag man noch mit dem Zeitgeist oder der Wohnungsknapp-

heit entschuldigen. Der zweite kapitale Fehler, auch den muss man da allerdings noch einmal ansprechen, ist dann ganz allein der Fehler der dann angewandten Politik. Diese Politik hat die CDU in den Jahren nicht zu vertreten gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Zu der Zeit regierte, und das müssen Sie noch einmal ertragen, die SPD meist allein, und in der Situation haben Sie sich auch ganz wohl gefühlt.

Die folgenschweren Fehler bestanden darin, dass man, als die Wohnungen nicht nur wegen der mangelnden Akzeptanz selbstzahlender Mieter, sondern auch wegen der zu hohen Kosten nicht zu vermieten waren, dazu übergegangen ist, alle Problemgruppen dieser Stadt in diese Gebiete zu transferieren, wobei alle Gruppen unterschiedliche Probleme und damit unterschiedliche Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Ich zitiere: „In allen ausgewählten Gebieten liegen drei negative Ausgangslagen vor“ - und ich beziehe mich jetzt auf die dritte -, „nämlich auch die soziale Lage der Bewohner, die sich in hohen Anteilen von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Migranten und Aussiedlern, Kindern und Jugendlichen sowie hohen Kriminalitätsraten ausdrückt.“

Diese Politik war kurzsichtig, half nur kurzfristig ab und musste scheitern. So ist es auch dann gekommen, und mit den Folgen, die überall sichtbar sind, müssen wir uns heute beschäftigen, dass die soziale Integration nicht funktioniert. Herr Sieling hat die Worte von überforderten Nachbarschaften gebraucht. Solche Ansätze, meine Damen und Herren, können nur im kleinen, überschaubaren Rahmen von Erfolg gekrönt sein.

Herr Dr. Sieling hat die Waller Heerstraße angesprochen. Im Schatten der Waller Heerstraße ist in den letzten Jahren von der WaBeQ mit Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen ohne Berufsausbildung gemeinsam mit örtlichen Handwerksbetrieben das so genannte Waller Dorf entstanden. Dort gibt es eine Integration, hier hat Integration stattgefunden, weil alles überschaubar ist und weil auch die Menschen fußläufig urbane Gebiete erreichen können, die ihre Wünsche nach Vergnügen und Freizeit abdecken.

In der Grohner Düne leben 1600 Menschen aus 30 Nationen, die müssen beim besten Willen überfordert sein, und das sind die von Dr. Sieling genannten überforderten Nachbarschaften, meine Damen und Herren.

Reparaturmaßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung mit privaten und staatlichen Geldern sollten ab 1983 den Mangel beheben, halfen so richtig

aber auch nicht, weil sie an dem Grundübel nichts änderten.

Wenn in einem Stadtteil wie Kattenturm Menschen aus mehr als 90 Nationen leben, die aneinander vorbeileben, weil sie sich nicht oder nur unzureichend in einer Sprache, der deutschen Sprache, unterhalten können, dann hilft ein neuer Hauseingang, an dessen Gestaltung die Mieter nicht einmal beteiligt waren, nur sehr bedingt, die Qualität des Lebens miteinander zu verbessern. Das sind Ursachen, die gestern liegen geblieben sind, und jetzt heißt es, den Blick nach vorn und auf neue Ziele zu richten.

1998 hat diese Koalition damit begonnen, indem sie das ehrgeizige Programm Wohnen in Nachbarschaften, WiN, auflegte. Der Bericht macht jetzt die Anstrengungen in Projekten und Euro deutlich. Auf die baulichen und die finanziellen Probleme wird meine Kollegin Frau Schreyer eingehen. Bauliche Veränderungen, die insbesondere in Tenever anstehen, sind unverzichtbar, aber nur ein Teil der Lösung des Problems. Hier gehören die Eigentümer, ob Private oder Genossenschaften, mit in das Boot. Bezogen auf die Projekte, die von Abriss oder Rückbau betroffen sind, haben wir heute schon in der Fragestunde gehört, dass sich dafür Lösungen abzeichnen. Es ist, glaube ich, auch an dieser Stelle unverzichtbar, dass diese Einrichtungen dort erhalten bleiben.

Für die CDU ist das Programm Wohnen in Nachbarschaften in der Zukunft stärker auf Programmpunkte wie wirtschaftliche Effekte, regionale Ökonomie sowie Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung und auf das Gemeinwesen bezogene Prävention und Integration mit sozialem und kulturellem Netzwerk auszulegen. Da Sie alle die Erfolge der letzten Jahre in den ausführlichen Mitteilungen des Senats nachgelesen haben, ist Ihnen sicherlich genauso wie mir aufgefallen, dass es überall dort, wo es Programmpunkte mit menschlicher Zuwendung gab, Erfolge im Zusammenleben gegeben hat. Da freut man sich gemeinsam über ein Laternenfest - mit welchen einfachen Mitteln kann man doch Menschen verbinden -, da freut man sich über die Einrichtung eines Wochenmarkts, der an allen Ecken und Enden gefehlt hat.

Projekte wie „Schichten in Nachbarschaften“ sind ein Renner geworden. Streichelzoos bringen Jung und Alt zusammen und schaffen für Menschen, die sich schon als Verlierer dieser Gesellschaft sahen, Arbeit und damit Akzeptanz bei den so genannten Gewinnern. Ein Gartenhausprojekt wird zum Integrationspunkt hinter den Ellern. Dieses Projekt macht es dem Haus der Familie möglich, an die Menschen aus verschiedenen Nationen he-

ranzukommen, um so erstmalig in Bremen den Versuch einer Familienfrühberatung zu etablieren. Ich glaube, diesen Bereich müssen wir unbedingt stützen. Das ist in diesem Fall auch sehr notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Der Fun-Park, in Kattenturm von Jugendlichen selbst vorangetrieben, von der Ortspolitik unterstützt, vereint Jugendliche, macht sie zu Kontrahenten um die beste Kür auf dem Skateboard, gleichzeitig gibt er ihnen ein gemeinsames Ziel und einigt ihre Differenzen. Unter anderem haben 18 Jugendliche das wunderbare Haus der Zukunft als Treffpunkt nicht nur vieler multikultureller Gruppen in Lüssum gebaut und dabei, das ist auch wichtig, für sich eine wichtige Erfahrung gemacht. Die ULE in Tenever ist mit 6000 meist jugendlichen Besuchern ein Magnet in der Umweltbildung junger Menschen. Für mich war völlig unerklärlich, warum sie im vergangenen Jahr von Schließung bedroht gewesen ist. Ich weiß nicht, wer da bereit war, Mittel zu kürzen, um diese Einrichtung den Bach hinuntergehen zu lassen. Das darf in solchen Gebieten, meine Damen und Herren, nicht passieren!

(Beifall bei der CDU)

Alle diese von mir beispielhaft genannten Projekte haben im Kern das Ziel, Menschen einander näher zu bringen, sie gemeinsam etwas erleben zu lassen, sich verstehen zu lernen. Das dient dem Abbau von Frustrationen, und diese Frustrationen werden dann nicht mehr an Gebäuden oder Anlagen ausgelassen. Diese Projekte sind reine Prävention. Darum ein Wort an die Haushälter: Es ist sehr schwer zu erkennen beziehungsweise zu errechnen, wann Prävention sich auszuzahlen beginnt oder ob sie sich überhaupt auszahlt. Aber ohne Prävention müssten die Haushälter mit uns gemeinsam in viele Töpfe später viel mehr Geld einzahlen!

(Beifall)

Denken Sie an die 50 Prozent Kinder und Jugendliche vom Beginn meiner Rede! Wenn wir es jetzt noch hinbekommen, dass wir in Bildung und in Sprache investieren, dann kann dieser Weg zu einem besseren Miteinander führen. Die schlimmen Erkenntnisse der Pisa-Studie sollten uns dazu ermuntern, vieles ist dafür neben den WiN-Projekten schon auf den Weg gebracht worden. In den WiN-Gebieten werden nicht nur die besonderen Programme gefahren, die Veränderungen, zum Beispiel in den KTH, finden auch da ihren

Einzug. Wenn Sie die Ausgangssituation der Gebiete nachgelesen haben, dann ist Ihnen klar, dass die Fortführung dieser Programme dringend notwendig ist.

Die CDU-Fraktion hat schon immer großen Respekt vor den Binnes und Barloschkys gehabt, Menschen, die diese Gruppen vor Ort anleiten. Bei jedem Gespräch und jedem Besuch vor Ort haben wir Leitern der Projektgebiete unseren hohen Respekt bezeugt. Wir haben immer gesagt, und das sage ich auch heute wieder, es nützt nichts, die Stadtteile niederzureden. Mit Hilfe dieser Projektleiter sind dort sehr viele Dinge entstanden. Die Leute haben gemerkt, sie können etwas leisten, wenn sie gemeinsam etwas anpacken. Sie können die Situation vor Ort verändern und entspannen, und dafür sind wir nicht nur den Leitern, sondern auch den Menschen, die dort mit angefasst haben, unseren Respekt und Dank schuldig, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Potential, das wissen wir doch alle aus unseren Gesprächen, ist dort vorhanden. Bei den zurzeit in dieser Stadt stattfindenden Gesprächen im Rahmen des Dialogs zur Bürgerkommune kommen wir doch immer wieder auf Dinge zu sprechen, die wir uns für die Stadt als Bürgerkommune wünschen, die in den WiN-Gebieten teilweise schon lange praktiziert werden. Dort werden gemeinsam Spielplätze geplant, gemeinsam Plätze geplant, gemeinsame Projekte gemacht. Von den WiN-Gebieten lernen heißt in diesem Zusammenhang für die Bürgerkommune für ein leichteres und besseres Miteinander lernen. Darum ist es richtig und gut für die ganze Stadt, wenn wir mit dem WiN-Programm die finanziellen Mittel und die Anleiter bereitstellen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft sollte sich eigentlich glücklich schätzen, dass die Menschen vor Ort selbst die Mittel verwalten und aufteilen. Ich möchte mich da nicht einmischen. Vor Ort wissen die Menschen am besten, was notwendig ist und was sie wollen. Dieser Wettkampf vor Ort um das bessere Konzept, um die WiN-Mittel kann doch nur die Qualität dieser Projekte fördern.

(Beifall bei der CDU)

Alles bislang von mir Gesagte spricht dafür, dass wir dieses Programm weiterführen. Es ist zwingend notwendig, wenn es nicht zum Zusammenbruch der Quartiere kommen soll. Bilder, wie wir sie teilweise aus französischen und englischen

Ballungsgebieten kennen, meine Damen und Herren, möchte die CDU-Fraktion in dieser Stadt nicht erleben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb der gemeinsame Antrag der Koalition! Es ist, so glaube ich, zwingend notwendig, dass es zu einer Bestandsaufnahme und zu einer Evaluation in den WiN-Gebieten kommt, damit in der Zukunft die bereitgestellten Mittel noch zielsicherer und punktgenauer eingesetzt werden können.

Der Senat hat die Hoffnung, dass einige der Gebiete in zwei Jahren aus dem Programm herausgelöst werden können. Die CDU glaubt, dass das nur behutsam geschehen kann und nicht zu Rückfällen führen darf. Hier muss die Bürgerschaft mit ihren Vertretern vor Ort - das sind die Abgeordneten, die dort zu Hause sind - die Wünsche des Senats gut bedenken und auf die Stimmen vor Ort hören. Ein vorschneller Ausstieg kann viel Geld und Zeit kosten und hinterlässt vielleicht auch nur einen Scherbenhaufen. Das können wir uns in den WiN-Gebieten nicht erlauben, meine Damen und Herren!

Über die Grenzen der einzelnen WiN-Gebiete nach sechs Jahren Laufzeit erneut nachzudenken, das ist sicherlich richtig. Die Gebiete besser mit den Soziale-Stadt-Gebieten in Deckung zu bringen, auch das macht sicherlich Sinn und die Vergabe der Mittel sowie ihren Einsatz für alle effektiver. Wir wissen doch genau, dass die Beiräte der Nachbargebiete von WiN-Gebieten immer neidisch auf die Zuwendungen in die WiN-Gebiete schauen.

Hier sollten wir auf die Beiräte hören, damit nicht plötzlich neue Gebiete drohen zu kippen oder kippen. Hier will ich nur kurz den Hinweis auf das Programm „Impuls“ geben. Korrekturen der Grenzen der Gebiete können hier und da sicherlich angebracht sein und sind im Einzelnen sehr genau zu betrachten. Klar, dass die Gebiete mit Soziale-Stadt- und WiN-Gebieten besser zur Deckung gebracht werden müssen, damit die Mittel auch gezielter vor Ort eingesetzt werden können!

Zu einer Verlagerung bei den Handlungsfeldern macht der Antrag der Koalition deutliche Aussagen. Wirtschaftliche Effekte können nicht schaden, da sie Menschen in Arbeit bringen können. Arbeit ist das beste Mittel gegen Langeweile und Frust und gibt Menschen Perspektiven, wenn gleich es auch manchmal beschwerlich ist, wenn man arbeiten muss. Schon vor Jahren gab es in Osterholz-Tenever eine Initiative, die genau das verfolgte. Sie suchte Arbeit im Stadtteil für Menschen aus dem Stadtteil und brachte die, die Ar-

beit angeboten haben, mit denen, die Arbeit nachgefragt hatten, zusammen. Das funktionierte, weil die Mittler beide Seiten und die Probleme beider Seiten gut kannten.

Über das Quartiermanagement lohnt es sich auch, einen Moment nachzudenken! Investitionen in die Fachlichkeit dieser Menschen zahlen sich mit Sicherheit aus. Möglicherweise kann man einen Fachleutepool den Quartiersmanagern an die Seite stellen. Wir wissen doch, dass diese Menschen nicht in der normalen Zeit des öffentlichen Dienstes ihre Arbeiten verrichten, ihre Arbeit aber mit großer Hingabe für die Aufgabe machen. Dafür haben wir ihnen eben auch schon gedankt.

Kommen wir zu dem schwierigen Thema Geld! Herr Dr. Sieling und ich haben klargemacht, wie überaus wichtig die Programme WiN und Soziale Stadt für den Frieden in dieser Stadt sind. Aus sozialer Sicht hätte ich gern noch mehr Geld und weiß mich da auch mit vielen in meiner Fraktion in einem Boot, aber in dieser finanziellen Situation der Stadt, glaube ich, ist eine Festschreibung der Beträge für die kommenden Jahre für alle schon ein Erfolg. Im Antrag der Koalition steht „bedarfsgerecht“. Das kann mehr sein! Das wünsche ich mir. Das kann auch die gleiche Summe sein. Weniger kann es wegen der drohenden Probleme, die entstehen, wenn wir die Prävention einstellen, nicht sein!

(Beifall bei der SPD)

Sollten dann noch die Mittel für die Soziale Stadt in ungekürzter Höhe aus Berlin nach Bremen fließen - Dr. Sieling hat eben aus dem Koalitionsvertrag zitiert -, wären wir schon ein Stück weiter. Wir haben auch in den vergangenen Jahren mit Sicherheit aus unserem Handeln gelernt. Möglicherweise sind wir jetzt in der Lage, Geld noch gezielter auszugeben und noch mehr Drittmittel aus der Wirtschaft, zwei zu eins, zu organisieren, um noch effektiver arbeiten zu können.

Die Länge der Förderung ist ein Thema, das nicht nur vor Ort viele Gemüter bewegt. Natürlich möchte jeder sein Projekt so lange wie möglich am Leben erhalten. Wer von uns hat dafür kein Verständnis? Notfalls wandelt man die Beschreibung leicht um, damit es nicht wie ein Folgeantrag aussieht, aber meistens wird es bemerkt.

Die Projekte, und das liegt in der Natur der Projekte, sollen aber in den Gebieten etwas verändern und sich selbst dadurch überflüssig machen beziehungsweise sich selbst tragen. Das ist die Aufgabe, der Kern dieser Projekte, und das ist nicht immer leicht einzusehen. Der Senat hat sich auf die Möglichkeit der Verlängerung der einzelnen

Projekte auf sechs Jahre verständigt. Dies soll aber eine geregelte Ausnahme bleiben. Wir Christdemokraten teilen diesen Beschluss, so wie er in Punkt III.6 in der Mitteilung des Senats niedergeschrieben ist.

Dass WiN nicht nur vor Ort gemacht wird und Personal bindet, das dürfte jedem klar sein. Mit der Begleitung der WiN-Projekte haben die Ressorts sicherlich unterschiedliche Schwierigkeiten und Anforderungen an das Personal. Es sind auch nicht alle Ressorts gleich stark in diese WiN-Projekte involviert. Man kann in Zeiten, da sich das PEP in der Endphase seiner Abwicklung befindet, sicher gut verstehen, dass es Probleme in den Ressorts gibt. Nicht zu verstehen wäre allerdings, wenn notwendige und wichtige Projekte wegen Personalknappheit in den Ressorts unterbleiben müssten. Dazu sollte es im Sinne der Sache nicht kommen.

Zum Abschluss noch einige Sätze zur Evaluation! Eine gute Evaluation entscheidet über den Erfolg eines Nachfolgeprogramms. Deswegen ist es wichtig, sich damit einen Moment auseinander zu setzen. Unser Ziel ist es doch, diese Programmgebiete wieder an die allgemeine Entwicklung der Stadt heranzuführen und damit auch die Abwanderung in das niedersächsische Umland zu stoppen. Deswegen muss die Evaluation nicht nur aufklären, ob die Leitziele, die der Senat 1998 beschlossen hat, richtig angegangen worden sind, sondern auch ergründen, ob die Strukturelemente vor Ort in den Gebieten sich als schlüssig im Handeln erwiesen haben. Die Programmgebiete müssen mit dem Entwicklungsstand der Stadt verglichen werden, damit entschieden werden kann, wo gegebenenfalls nachgebessert und nachgelegt werden muss.

Dies alles wird einen hohen Aufwand benötigen, ist aber im Sinne der Sache unverzichtbar. Nur auf eine gute Evaluation aufbauend machen die Zusammenfassung und der Ausblick in der Mitteilung des Senats Sinn. Die CDU-Fraktion wird im Interesse des Wohls der Menschen in den Programmgebieten und aller Menschen dieser Stadt diese Programmfortschreibung konstruktiv begleiten.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass aus der Evaluation dieses Programms eine Evolution des Programms wird! - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich darf auf dem Besucherrang eine Gruppe von Kindergärtnerinnen aus Danzig, unserer Partnerstadt, und Wilnius begrüßen, die als Gäste der Arbeiter-

wohlfahrt, Kreisverband Bremen, an einem internationalen Austausch teilnehmen! - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe als nächste Rednerin die Abgeordnete Frau Linnert auf.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Projekte Wohnen in Nachbarschaften und Soziale Stadt werden, wie ihre Vorgänger die Nachbesserungsvorhaben, von den Grünen ohne Einschränkungen unterstützt. Der Bericht des Senats ist ausführlich, stellt die Ergebnisse zutreffend, die Ergebnisse, nicht die Situation vor Ort, Herr Oppermann, positiv dar und endet mit Empfehlungen, die die Grünen zum großen Teil politisch teilen und unterstützen werden.

Wohnen in Nachbarschaften ist traditionell ein Thema in der Bürgerschaft, bei dem es keine großen Kontroversen gibt. Ihr Redebeitrag, Herr Oppermann, hat mich allerdings dazu gereizt, Ihnen in zwei Punkten zu widersprechen, ehe ich mich jetzt hier genauer aus Sicht der Grünen zu Wohnen in Nachbarschaften äußere.

Ich glaube, Sie haben mit der Frage, in diesen Wohnsilos wurde das Ego der Architekten gepinselft, nur zum Teil Recht, weil es auch Politiker gab, die das beschlossen haben. Die Politiker haben die Bebauungspläne beschlossen, sie haben die Gebiete ausgewiesen, es hat Förderprogramme des Bundes gegeben. Es ist, glaube ich, ganz gut, wenn Sie selbst als Politiker - Sie nicken schon, das freut mich - die Verantwortung, die darin besteht, eine menschengemäße Stadtplanung und Entwicklung des Wohnungsbaus zu machen, wenn wir das im Kopf behalten, so dass bestimmte Fehler möglichst nie wieder passieren. Deshalb ist es mir wichtig, das zu betonen.

Natürlich ist es legitim, dass sich Architekten Denkmäler schaffen wollen, und Politiker sind davon auch nicht frei, auch große Koalitionen nicht. In diesem Fall ist es besonders daneben gegangen. Das muss eine dauerhafte Warnung sein, gerade auch für unseren Berufsstand.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Einwand, den ich gegen das habe, was Sie gesagt haben, ist, dass wir an die Haushälter appellieren. Prävention ist wichtig, das ist

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

hier Konsens im Haus. Wir appellieren an die Haushälter, einzusehen und sich darüber klar zu sein, dass wenn man heute nichts für Prävention ausgibt, dann irgendwann ganz viel zusätzliches Geld erforderlich sein wird. Das ist auch so ein schönes Spiel. Das Parlament ist für die Vergabe der Mittel verantwortlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Sie als Abgeordnete genauso wie die Haushälter Ihrer Fraktion, jeder hat diesen Haushalt mit seiner Stimme beschlossen, und zwar mit der Gewichtung, die die große Koalition vorgesehen hat. Wir würden sagen, eher problematisch, nämlich mit einer zu großen Gewichtung auf Investitionen, auf Renommier- und Großprojekte, aber eher unter Außerachtlassung der Entwicklung in den Wohnquartieren. Über die Neujustierung des Sanierungsprogramms streitet sich die große Koalition ja neuerdings auch selbst, aber der Haushalt wird nicht von den Haushältern beschlossen, sondern vom Parlament, und zwar mit jedweder Verantwortung.

Zum Schwur, Herr Sieling, wird es natürlich kommen, wenn hier der Nachtragshaushalt beraten wird. Wir werden sehen, ob in der mittelfristigen Finanzplanung, die der Senat dann ja wohl vorlegen wird, das, was Sie hier wollen, nämlich eine Fortschreibung des WiN-Projekts, ob das auch in den Haushaltsjahren, die nach 2005 hier geplant werden, auftaucht. Wir werden darauf achten, wie ernst Ihnen Ihr eigener Antrag ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zu Wohnen in Nachbarschaften aus grüner Sicht! Der Kerngedanke von Wohnen in Nachbarschaften ist eine ressortübergreifende Sichtweise der Probleme in Wohngebieten. Schon allein die ressortübergreifende Sichtweise begünstigt gemeinsames Handeln für ein Ergebnis im Stadtteil, und sie wirkt einer Blockade durch unterschiedliche Geldgeber oder Zuständigkeiten entgegen.

Dahinter steckt auch die wichtige Erkenntnis, dass für eine Verbesserung der Lage oft verschiedene Dinge verändert werden müssen. Nicht nur eine große Tat, mit der man sich beweihräuchern kann, sondern oft sind es viele kleinere Dinge, die zu Verbesserungen führen. Also, Investitionen in die Bausubstanz, das Anlegen neuer Spielflächen oder Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wie in Lüssum gehen Hand in Hand mit Beratungsangeboten mit Schlichtern in Nachbarschaften oder einer Verbesserung der Freizeitangebote.

WiN ist vom Mittelaufwand her bescheiden. Viele kleine Bausteine ergeben ein neues Ganzes, und nirgendwo sieht man so sehr wie bei WiN, dass die haushaltsrechtliche Trennung von investiven und konsumtiven Mitteln kein Maßstab dafür ist, ob Geld gut angelegt wurde oder nicht. Bei WiN ist die große Koalition ihrer ansonsten so hoch gehaltenen Philosophie, konsumtiv schlecht, investiv gut, jedenfalls zum Glück nicht gefolgt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei WiN gilt nur ein Maßstab, und der ist auch über WiN hinaus sinnvoll, nämlich, ist etwas richtig, gewünscht, wirkt es, hat es Erfolge. Insofern ist WiN ein Vorbild!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite wichtige Baustein bei WiN ist die Bewohner- und Bewohnerinnenbeteiligung. Die Beratung zur die Verwendung der Mittel erfolgt gemeinsam im Stadtteil. Hier kann am besten beurteilt werden, was passieren soll, und hier wird abgewogen, was wichtiger ist als anderes. Auch wenn das nicht in allen Gebieten gleich gut gelingt, Hemelingen ist zum Beispiel schwer in Tritt gekommen, zeigt Bewohnerbeteiligung auch, dass mehr Demokratie möglich ist, dass sie anregt, Verantwortung zu übernehmen und die Einrichtung des Stadtteils als eigene anzunehmen, sie selbst zu gestalten und sorgfältiger damit umzugehen.

Insofern ist WiN auch ein Vorbild für funktionierende dezentrale Prozesse. Das auch denen ins Stammbuch geschrieben, die bei der Frage der Umsetzung des neuen Beiräterechts, das den Beiräten ja Mitsprache bei der Vergabe stadtteilbezogener Mittel und der Wettmittel gewährt, Ohnmachtsanfalle bekommen!

Zur Frage der Denkmäler, das hat Herr Oppermann bereits gesagt, möchte ich gern ausführen, dass die dezentralen Prozesse bei der Vergabe der WiN-Mittel eigentlich eine ganz gute Gewährleistung dafür sind, dass eben auch die Wünsche der Akteure eher im Rahmen gehalten werden. Ein Beispiel will ich allerdings nennen, das ist dann allerdings auch so ziemlich die einzige Kritik, die wir haben, bei dem ich glaube, dass man doch Fehler gemacht hat, das ist nämlich der Streichelzoo in Gröpelingen.

Er hat auch noch ein anderes Problem, das steht im Bericht des Senats, und ich will hier auch für alle darauf hinweisen. Im Bericht steht nämlich, und wir wissen das auch, dass dort dauerhaft So-

zialhilfeberechtigte auf so genannter blauer Karte arbeiten. Das heißt, es gibt Sozialhilfe, und zusätzlich werden zehn bis zwölf DM am Tag für eine Stelle gezahlt, die aus mindestens sechs Stunden Tätigkeit besteht.

Das Arbeiten auf blauer Karte im Interesse von Stadtteilprojekten ist für die Grünen nicht das Problem. Für uns ist es ein Problem, wenn es dazu kommt, dass Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen dauerhaft auf blauer Karte beschäftigt werden, weil es ihnen jegliche Perspektive für ihr Leben nimmt und weil sie nicht rentenversichert sind. Man muss unbedingt darauf achten, dass der verständliche Wunsch der Akteure im Stadtteil, dort Projekte zu machen, nicht dazu genutzt wird, dass man eben ganz einfach Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen mehr oder weniger auch nötigt, bestimmte Tätigkeiten zu übernehmen, ihnen damit aber die Berufs- und Lebensperspektive letztlich nimmt, obwohl das gut gemeint ist. Wir werden sozialpolitisch darauf achten, dass diese Art der Beschäftigungspolitik nicht einreißt.

Die WiN-Mittel ermöglichen ein schnelles Reagieren auf Probleme im Stadtteil. Ein gutes Beispiel ist die Einrichtung des Projektes Schichten in Nachbarschaften in Lüssum. Alle waren froh, dass nicht kompliziert und langwierig einerseits bei Soziales und andererseits bei Justiz und wieder umgedreht um Haushaltsmittel gekämpft werden musste, sondern dass man innerhalb des WiN-Topfes umschichten konnte, so dass das Projekt Schichten in Nachbarschaften eingerichtet werden konnte. Die Ergebnisse stellten sich ziemlich schnell ein.

WiN ist auch aus grüner Sicht eine Erfolgsgeschichte, die fortgesetzt werden muss, auch deutlich über 2004 hinaus! Wichtig ist allerdings, sich deutlich zu machen, wo die Grenzen liegen. Aus einem städtebaulichen Problemgebiet wird keine Eins-a-Lage. Der Senat unterstützt zum Glück mit sehr viel Geld eine Neuordnung von Osterholz-Tenever und den Abriss eines Teils der Krause-Wohnungen sowie die Renovierung und Modernisierung in einem anderen Teil.

Man kann schon daraus lernen, dass die Fehler der Baupolitik sehr lange sehr viel Geld kosten. Umso wichtiger ist eine menschengemäße und vorausschauende Stadtentwicklung. Es ist sehr schwer, neue Wohngebiete in kurzer Zeit heimelig zu machen. Immer noch werden Wohngebiete geplant, wie zum Beispiel Arsten-Südwest, wo kein ausreichendes Augenmerk auf die Infrastruktur und Erreichbarkeit auch ohne Auto gelegt wird. Die Ausweisung der Osterholzer Feldmark ist mit

der Philosophie, die Herr Sieling hier vertreten hat, im Grunde nicht in Einklang zu bringen.

Die steigende Anzahl älterer Menschen in unserer Stadt muss in den Planungen berücksichtigt werden. So können wir für Bremen als attraktiven Standort werben und unnötige Kosten in der Zukunft vermeiden. Endlich ist es auch bei der SPD angekommen, dass man einen absoluten Vorrang auf Wohnungsförderung im Bestand legen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Das Wohnungsbauförderungsprogramm ist seit anderthalb Jahren in Kraft. Der grüne Antrag, den Sie abgelehnt haben, war von 1997, aber das macht ja nichts! Es ist mir jetzt auch egal, Hauptsache, das passiert jetzt. Nehmen Sie Abschied von den neuen Wohngebieten, die Sie ausweisen wollen, machen Sie das auch konsequent, nicht aber immer nur das eine wohl und das andere auch, aber niemandem auf die Füße treten, und irgendwo in der Mitte hat man dann jede Linie verloren! Machen Sie es konsequent, fördern Sie nur noch Wohnungen im Bestand, und modernisieren Sie, dann können Sie auch mit Bremen als Standort werben, der ausreichende Grünflächen für die Naherholung bietet! Das ist zum Beispiel ja auch ein Standortfaktor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grenzen von WiN liegen auch da, wo Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit den Alltag sehr vieler Menschen im Stadtteil bestimmen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist Voraussetzung für eine grundlegende Verbesserung der Situation in vielen Stadtteilen. Soziale Hilfen, Kindergärten, aber auch Angebote wie Täter-Opfer-Ausgleich sind notwendige dauerhafte Aufgaben des Staates, die aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden müssen. Funktionierende soziale Dienste sind ein Rechtsanspruch für Bedürftige, helfen wird auch das Zuwanderungsgesetz. Integrative Angebote, erleichterte Einbürgerung, gezielte Sprachförderung werden helfen, das Zusammenleben von deutschstämmigen und ausländischstämmigen Bürgern in den Gebieten zu verbessern.

Der Bericht des Senats zu WiN endet mit der Empfehlung, das WiN-Programm genauer zu untersuchen, um daraus dann Empfehlungen für den Zeitraum nach 2004 abzuleiten. Das finden die Grünen richtig. Das muss aber unbedingt so frühzeitig erfolgen, dass Anfang 2004 klar ist, mit wie viel Geld und unter welchen Vorgaben WiN weitergeführt werden kann. Zu den zermürbendsten

Erfahrungen von Projekten gehört die ständige Ungewissheit über die Fortsetzung. Ich habe auch verstanden, dass der Koalitionsantrag genau dieses Problem lösen will. Das begrüßen wir!

Die vorläufigen Empfehlungen über die Weiterführung von WiN in der Senatsvorlage will ich aus grüner Sicht noch kurz bewerten, da ging es zunächst um die Gebietsauswahl! Im Bericht des Senats steht, dass es Gebiete gibt, bei denen man sich überlegen kann, ob man sie aus der WiN-Förderung nimmt, weil die Ziele, die man sich dort gesetzt hat, im Grunde erfüllt sind und weil Projekte ja zeitlich befristet sein sollen. Das finde ich im Übrigen auch richtig, weil nur das eine Gewähr dafür bietet, dass man auch überprüft, ob eingesetzte Mittel im sinnvollen Verhältnis zu den Erfolgen und Ergebnissen, die man dann erzielt hat, stehen. Dann wird es Gebiete geben, für die man auf absehbare Zeit eine WiN-Förderung beibehalten will.

Wir finden richtig, dass die Förderung überprüft wird, vielleicht ist auch Blockdiek so ein Stadtteil, für den man die WiN-Förderung nicht mehr braucht. Das würde dann Spielräume öffnen, andere Gebiete in die WiN-Förderung aufzunehmen. Man hält sich damit beweglich. Es ist sinnvoll, Politik so anzulegen, damit man nicht auf Dauer versucht, Projekte zu machen, oft verplätschert das dann. Dieser WiN-Projektansatz ist ein Vorteil, und man muss sehen, dass man ihn auch beibehält.

Es geht dann um die Organisation auf lokaler Ebene. Dort gibt es ja sehr unterschiedliche Vorgehensweisen, auf jeden Fall hat sich, glaube ich, herausgestellt, dass es sinnvoll ist, in jedem WiN-Gebiet eine feste Stelle, auch nicht halbe Stelle, sondern eine klare fest ausgestattete Stelle, Vollzeitstelle, zu schaffen, die das Projektmanagement macht. Den Ansatz im Bericht des Senats zu sagen, das muss eine Grundfinanzierung sein, und das soll nicht zu Lasten der WiN-Mittel gehen, finde ich richtig. Es ist ja auch noch einmal eine Krücke hinten herum, die flexiblen WiN-Mittel ein bisschen zu erhöhen, ohne dass man da zuviel Widerstand weckt. Das ist eigentlich eine ganz gute Idee.

Die Überlegung im Bericht des Senats, sich genauer anzuschauen, ob man eigentlich für jedes WiN-Gebiet eine gleich hohe finanzielle Förderung braucht, finde ich auch richtig. Es wäre mir selbst lieber, man schaut sich an, was soll in dem und dem Gebiet passieren, und dann bewilligen wir die Mittel. Man könnte sich dann ein bisschen flexibler verhalten, um eben in die Gebiete, in denen die Problemlagen größer sind, ein bisschen mehr

Geld zu geben. Das unterstützt auch den Projektgedanken.

Als letzten Punkt will ich die Förderhöchstdauer nennen! Von Anfang an war klar, Projekte, die aus WiN gefördert werden, enden nach vier Jahren. Gerade jetzt gibt es im Zusammenhang mit dem Täter-Opfer-Ausgleich auch Probleme, das soll man hier nicht verschweigen. Ich finde, man sollte im Prinzip an der Förderhöchstdauer festhalten, aber Ausnahmen zulassen. Wenn es jetzt nicht gelungen ist, eine Anschlussfinanzierung für den Täter-Opfer-Ausgleich aus dem Justiz- oder Sozialhaushalt zu organisieren, dann wäre es ganz schlecht, wenn das Projekt jetzt aufgrund einer Prinzipienreiterei sterben würde. Das Projekt ist unbedingt notwendig. Aber das Ziel muss sein: Der Täter-Opfer-Ausgleich ist etwas, was aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden muss, weil er eben auch zeitlich eine ungebundene Aufgabe ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihrem Antrag werden wir hier gern zustimmen. Ich will Sie allerdings auch noch einmal daran erinnern, dass es eigentlich immer gute Praxis in diesem Haus war, bei solchen Themen frühzeitig zu versuchen, ob man nicht etwas Gemeinsames machen kann. Ich verstehe es schon: Sie sind so wahnsinnig mit sich selbst und Ihren eigenen Abstimmungsprozessen beschäftigt, dass das nicht mehr so richtig gelingt. Ich bin deswegen auch nicht beleidigt. Wir stimmen Ihrem Antrag zu, da haben wir auch keine Ängste vor einem Prestigeverlust.

Ich glaube, dass die Menschen in den Stadtteilen, die bei WiN beteiligt sind, schon ganz gut beurteilen können, wer an welchen Punkten das Projekt fördert, konstruktiv mitarbeitet und welche Vorstellungen die jeweiligen Akteure hier im Parlament von der Zukunft unserer Stadt haben. Deshalb vergeben wir uns da gar nichts. Wir stimmen Ihrem Antrag zu, auch wenn wir nicht darunter stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Schreyer.

Abg. Frau **Schreyer** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Auch aus Sicht der CDU ist städtebauliche Weiterentwicklung und strukturelle Verbesserung weiterhin nötig. Die ein-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

fallslose Architektur der siebziger Jahre in Höhe und Dichte der Bebauung lädt geradezu dazu ein, gestalterisch Veränderungen vorzunehmen. Meine Damen und Herren, das WiN-Programm ist daher nach wie vor eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von Nachbesserungskonzepten in den Großsiedlungen und Wohnquartieren unserer Stadt. Gelungene Projekte gibt es bereits in allen geförderten Stadtteilen, die ein großes Defizit an Qualität, Wohnungen und Umfeld aufweisen.

Aufgrund der hoch verdichteten Bauweise in diesen Gebieten ist die Gestaltung der Außenanlagen und Aufenthaltsflächen sowie Mietergärten, Entsiegelung großer Freiflächen, Spielplätze und so weiter eine der wichtigsten Aufgaben. Wir, die CDU, glauben, Gröpelingen ist ein hervorragendes Beispiel für die Wohnumfeldverbesserung, aber auch natürlich andere Stadtteile, in denen deutlich sichtbar wesentliche Teile der Quartiere aufgewertet wurden.

(Beifall bei der CDU)

Der Zustand vieler Häuser zum Beispiel in Gröpelingen ließ über Jahrzehnte zu wünschen übrig. Beschmierte Wände und Fassaden, verdreckte Treppenhäuser, Müll auf den Straßen haben durch die Wahrnehmung der Sanierung zu einer enormen Aufwertung des Wohnumfelds geführt und wird von den Bewohnern durchweg positiv aufgenommen, und auch weiterhin wird mehr gepflegt als vor der Sanierung. Die Qualitätsentwicklung und die Stützung von Nachbarschaften kann nicht nur bauliche und städtebauliche Aufgabe sein. Das haben wir hier ja auch schon heute gehört. Intensive Zusammenarbeit aller Ressorts garantiert die Chance, die Lebensbedingungen in den benachteiligten Stadtteilen zu verbessern und die Beseitigung der Defizite sowie im Gebäudebestand voranzutreiben und im Städtebau natürlich auch.

Die Vielzahl der umgesetzten Maßnahmen und die gute Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften als Eigentümer der Großwohnanlagen und den privaten Eigentümern hat gezeigt, dass die Programme einen hohen Wirkungsgrad haben. Vandalismus und Verslumung konnten zumindest in einigen Quartieren gestoppt werden. Das ist auch ein Verdienst des lokalen Managements und der fachlichen Begleitung vor Ort, auch das wurde hier ja schon erwähnt. Herzlichen Dank an diese Menschen vor Ort, die dort arbeiten!

(Beifall bei der CDU)

Wegen der immer noch erheblichen Mängel in den betroffenen Stadtteilen sowie der sozialen

Abwertung drohen leider im Jahr 2002 Quartiere weiter abzugleiten. Aus diesem Grund sollte bei der Vergabe von Wohnraum in Zukunft mehr der Entmischung und Einseitigkeit der Bewohnerstrukturen entgegengewirkt werden. Auch ich sage, alles kostet viel, sehr viel Geld.

Die derzeit vom Bund jährlich für die Städtebauförderung bereitgestellten Mittel sind schon jetzt äußerst knapp bemessen. Die Bundesmittel sind aber mit Voraussetzung für die Stabilität des WiN-Programms und zur Sicherung des preiswerten Wohnraums. Dr. Sieling hat dargelegt, wie der Bundesmittelfluss nun weitergehen wird in der neuen Regierung. Wir, die CDU, werden sehr genau hinsehen, wie die angekündigten Mittel wirklich fließen werden.

(Beifall bei der CDU)

Zusammengefasst, meine Damen und Herren: Es sind aus Sicht der CDU städtebauliche Weiterentwicklung und strukturelle Verbesserung nötig, um die vielerorts noch negativen Erscheinungen im Lebens- und Wohnumfeld erträglich und stabiler zu machen. Strukturelle Gegebenheiten wie Wohnen und Arbeiten sowie eine gute Infrastruktur, auch das wurde hier schon erwähnt, sind Voraussetzung für einen gut funktionierenden Stadtteil. Konflikte, Hilflosigkeit und Ängste, die durch das Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten entstehen, müssen in den unüberschaubaren Wohnsilos durch gezielt eingesetzte Hausmeister und Pförtnerlogen minimiert werden.

Wir glauben, Bremen ist mit dem WiN-Programm auf einem guten Weg. Hätte die SPD schon in den siebziger beziehungsweise achtziger Jahren so gehandelt, wie Carsten Sieling es für die Zukunft vorgibt, heute zu lesen im „Weser-Kurier“, mehr Klasse als Masse am Bau, dann hätte Bremen heute nicht die Probleme in den Wohnsilos der betroffenen Stadtteile. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, dass sich die Stadtbürgerschaft heute an so prominenter Stelle mit den Themen Soziale Stadt und Wohnen in Nachbarschaften befasst. Ich bedanke mich auch sehr für die Debatte, wie sie bis eben geführt worden ist, denn für mich ist dies in der Tat ein ganz wichtiges Thema der Stadtentwicklung mit herausragender Bedeutung für die Zukunft unserer Städte insgesamt. Das gilt ja nicht nur für Bremen, sondern es ist ein

Thema in allen Städten, nicht nur in den neuen Ländern, sondern insbesondere auch in den alten Ländern. Es geht tatsächlich um die Zukunft unserer Städte, und natürlich reden wir insbesondere hier in Bremen davon.

Was brauchen wir in Bremen? Natürlich brauchen wir, es ist verschiedentlich angesprochen worden, bezahlbaren Wohnraum und ausreichend Raum für Bildung, für Kultur, für Sport, wir brauchen die Wirtschaftskraft und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, wir brauchen die Lebensqualität der natürlichen Umgebung, und wir brauchen natürlich Verkehrswege und städtische Mobilität. Wir brauchen Investitionen in die Innenstadt, darüber werden wir heute ja noch sprechen, all dies und mehr ist stadtentwicklungspolitisch notwendig, aber es ist, und das zeigt die Debatte, eben nicht ausreichend.

Wir brauchen ganz besondere Anstrengungen, um den sozialen Zusammenhang - Herr Dr. Sieiling hat am Anfang seiner Rede darauf hingewiesen - der Menschen in unserer Stadt nicht zu verlieren, oder um es positiv oder anders zu formulieren, ein wesentliches Ziel des Senats ist es, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen und dazu beizutragen, dass hier nicht eine Rutschbahn nach unten entsteht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht noch auf einen Punkt eingehen, weil er verschiedentlich angesprochen war von Herrn Oppermann, Frau Linnert ist auch darauf eingegangen, nämlich auf die Quartiere, über die wir reden, und das, was vor 40 Jahren gebaut worden ist, von denen wir heute wissen, dass es nicht mehr angemessen ist und dass es nicht dem entspricht, was Menschen sich heute vorstellen und wo wir auch eine Menge von Problemen haben! Ich bin etwas zurückhaltender als Sie, so kritisch zu reden, so mit dem Schwert über diejenigen zu richten, die damals gebaut und gedacht haben, ob Sie die Architekten meinen, Frau Linnert, oder aber auch die Politiker.

Ich bin mir manchmal nicht sicher, ob all das, was wir heute für gut und richtig halten, was wir heute planen und wo wir sehen, wo die Wünsche der Menschen sind, was die vielleicht in 40 Jahren über das denken und reden, was wir heute sagen. Wir können nur hoffen, dass wir heute in der Tat so schon das mit im Blick haben, was möglicherweise in 40 Jahren junge Familien mit Kindern oder welche Lebensformen es immer dann geben mag, wünschen. Ich bin da etwas zurückhaltender

mit dem Fallbeil, das über unsere Vordersassen gefällt wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole noch einmal, wir wollen uns für die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf einsetzen, und dazu benötigen wir Geld, das ist schon angesprochen worden. Dazu bedarf es aber vor allen Dingen Ideen, und dazu bedarf es auch, auch das ist angesprochen worden, der Unterstützung, der massiven Unterstützung vor Ort. Genau das sind ja die Elemente, die unser Programm Wohnen in Nachbarschaften ausmacht, nicht nur ausmacht, sondern ich denke, dies auch stark macht.

Wir haben mit dem ressortübergreifenden Programm Wohnen in Nachbarschaften, ergänzt durch das Programm Soziale Stadt, ein Instrument, um tatsächlich unsere Städte lebenswerter zu machen an Stellen, an denen es ganz besonders wichtig und notwendig ist. Wir können dazu beitragen, dass die Lebens- und die Wohnsituationen der Menschen deutlich verbessert werden. Wir können die Wohnviertel aufwerten, kulturelle Initiativen und Einrichtungen fördern und den Menschen dort Anreize für Qualifizierung und Beschäftigung geben, auch dies ist angesprochen worden. Also eine ganze Bandbreite, über die wir reden, die weit über den ursprünglichen Ansatz hinaus geht, der ja vor allen Dingen das Thema der baulichen Nachbesserung gehabt hat und auf diesen verengt war!

Sie haben es alle in Ihren Beiträgen angesprochen, und ich denke, da sind wir uns einig, wenn man sich die zehn Berichte aus den zehn WiN-Gebieten anschaut, dann ist es eben so, es ist eine unglaubliche Fülle von Einzelmaßnahmen, die jeweils in den letzten Jahren vor Ort erarbeitet und umgesetzt worden sind, egal ob es sich um die Erweiterung der Angebote von Spiel-, Sport- und Freizeiteinrichtungen handelt, ob es um die Gestaltung des Wohnumfelds geht, ob es um den Ausbau von lokalen Dienstleistungsangeboten geht, oder ob es das Ziel ist, das Miteinander und Zusammenleben vor Ort eben zu stärken und zu prägen.

Immer ist es, glaube ich, dieser interdisziplinäre Ansatz, der als Grundüberlegung hinter den Projekten gestanden hat und steht. Ich denke, dies ist ein Ausdruck des erfolgreichen Projektansatzes, den wir in Bremen in den vergangenen Jahren gemeinsam entwickelt und immer weiter vorangetrieben haben. Es ist vorhin auch angesprochen worden, dass es sich immer verändern muss. Natürlich muss ein solcher Prozess sich immer wie-

der auch aus sich selbst heraus und aufgrund der Erkenntnisse und der Lage, in der man ist, erneuern und fortschreiben und Neues aufnehmen.

Das Thema Verbesserung der Situation in den Stadtteilen ist eben, auch das ist angesprochen worden, nun einmal ein Thema für alle Ressorts. Ich möchte das gern noch einmal unterstreichen, es geht eben nicht nur um das Sozialressort, um das Bausressort, sondern es geht tatsächlich um alle, es geht auch zum Beispiel um das Wirtschaftsressort an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Wir versuchen diesen Ansatz in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die Sie ja kennen. Aber zumindest ebenso wichtig wie die Beteiligung aller Ressorts ist in der Tat der Bezug zu den Akteuren, die vor Ort sind. Konkret heißt das, ohne die Kooperationspartnerinnen und -partner in dem Stadtteil ginge das alles nicht, worüber wir hier diskutieren. Wir brauchen die öffentliche Diskussion der jeweiligen Projekte, wir brauchen die Einflussnahme und die Mitentscheidungsrechte von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, wir brauchen die Initiativen, die Vereine, die Beiräte, die vor Ort tätig sind, und für mich ist diese Begleitung des Programms der entscheidende Faktor überhaupt für seinen Erfolg, denn ohne sie wäre es uns, glaube ich, nicht gelungen.

Es geht eben nicht darum, öffentliche Mittel mit der Gießkanne über zehn Problemgebiete auszuschütten, nein, umgekehrt, vor Ort wird entwickelt und geplant. Wir begleiten, wir unterstützen, wir beraten, und am Ende steht dann einvernehmlich der Beschluss, welche Projekte zu finanzieren sind. Also, das Votum der lokalen Gremien und eine Grundfinanzierung des Projektes aus anderen Töpfen sind letztendlich die Voraussetzung für die Vergabe von Fördermitteln. Ich denke, dass dies eine inzwischen tatsächlich bewährte Herangehensweise ist, um die kreativen Kräfte in den WiN-Gebieten zu aktivieren.

Ich habe mich immer wieder davon überzeugen können, wie viel Kreativität, Ideen und Vielfalt in den Menschen in diesen zum Teil auch wirklich heruntergeschriebenen Gebieten ist und wie viel dort tatsächlich entstehen kann und wie sehr dies, wenn man es auch entsprechend würdigt, wiederum zum Selbstwertgefühl der Menschen beiträgt, die sich irgendwo schon verlassen gefühlt hatten. Insofern war ja der Begriff WiN durchaus ein gezielt genommener, nicht nur eine Abkürzung mit Buchstaben, sondern es ging ja von Anfang an darum, Gewinnersituationen und insbesondere etwas für die Menschen vor Ort zu machen.

Das Votum der lokalen Gremien, wie gesagt, ist eine ganz entscheidende und notwendige Geschichte. Noch etwas wird erreicht: Wenn sich zeigt, dass mit dem Engagement gute Ergebnisse für den Stadtteil erreicht werden können, ist das natürlich eine Strategie, auch neue und andere Projekte und neues und weiteres Engagement nachzuziehen. Also, Kommunikation und Kooperation in den Gebieten sind der entscheidende Schlüssel zum Erfolg, aber von allein geht dies natürlich nicht.

Das A und O der Strategie ist deshalb die Schnittstelle, auch dies ist bereits angesprochen worden, zwischen denjenigen, die vor Ort sind, auf der einen Seite und der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe auf der anderen Seite, also den Projektkoordinatoren im Stadtteil. Es ist von allen Sprecherinnen angesprochen worden, ich denke, man kann einfach sagen, dass wir in den Stadtteilen die richtigen Leute am richtigen Ort haben, die es geschafft haben, die Kommunikation zwischen dem Stadtteil auf der einen Seite und den Behörden auf der anderen Seite auf ein wirklich gutes Niveau zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass dies ein Fakt ist, auf dem wir für die Zukunft auch weiter aufbauen können, müssen und sollen, denn eines ist klar, und das wird auch in diesem Haus von niemandem bestritten, auch wenn dieses Programm zunächst bis zum Jahr 2004 befristet ist, bei allen Erfolgen der einzelnen Maßnahmen lassen sich die Probleme in den schwierigen Stadtteilen nicht wegzaubern. Herr Oppermann, Sie haben es ja angesprochen, niemand kann knipsen, und es ist etwas vorbei, und insofern ist es richtig, dass wir an dieser Stelle eine auf Dauer angelegte Strategie brauchen. Im Klartext: Das WiN-Programm muss in geeigneter Form verstetigt werden.

Ich habe deshalb mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Koalitionsfraktionen zu dem Bericht des Senats, und ich habe jetzt verstanden, alle Fraktionen dieses Hauses, einen Antrag eingebracht haben, in dem sie den Senat auffordern, das Programm ohne Unterbrechung ab 2005 für weitere sechs Jahre fortzuschreiben. Ich habe auch mit Freude gehört, Herr Oppermann, dass Sie gesagt haben, das Bedarfsgerechte, über das Sie gesprochen haben, ist zumindest das, was wir jetzt haben. Es kann aber mehr sein, und das hat mich gefreut, dass Sie das gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre eine große Freude für meine Kollegin Frau Röpkke und mich, wenn wir an dieser Stelle

auf Sie setzen könnten, denn in der Tat, Frau Linnert, Sie sind der Haushaltsgesetzgeber. Wir wären also sehr glücklich, wenn das so ginge!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich allein nicht!)

Frau Linnert nicht allein, selbstverständlich!

Ich glaube, dass wir alle zusammen hier über ein wichtiges und sozialpolitisches und stadtentwicklungspolitisches Signal reden, das wir damit - auch das war abgefragt, wenn wir heute über eine solche Verstärkung und weitere Ausstattung reden - in die Stadtteile und die Gebiete geben, weil die ja schon genau darauf hören, wie wir das heute diskutieren, und wo gibt es die Zukunft. Darum, glaube ich, ist dieser Antrag, der heute hier vorgelegt worden ist, ein wichtiges Signal, das in den Sanierungsgebieten ankommen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben in dieser Legislaturperiode mit den Entscheidungen zur städtebaulichen Sanierung Tenevers ein Zeichen gesetzt. Das Thema Soziale Stadt ist weit oben auf der Agenda dieses Senats angesiedelt. Ich glaube, wir haben das hier schon wiederholt debattiert. Das, was wir mit Tenever tun, ist eine gewaltige Kraftanstrengung dieses Senats. Ich denke, wenn es uns gelingt, all das zu machen, dann haben wir ein unglaubliches Projekt voreinander gebracht, das das Thema, das wir heute diskutieren, glaube ich, auf den Punkt beschreibt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe es so verstanden, und auch dies entnehme ich dem Antrag der Koalitionsfraktionen, dass genau dies, nämlich das Thema Soziale Stadt in diesem Sinne weiter zu bearbeiten, auch künftig so bleiben soll, und als Senatorin für Bau und Umwelt begrüße ich dies nachdrücklich.

Natürlich kann man auch Gutes besser machen, und deshalb hält der Senat es für erforderlich, im Rahmen einer Evaluation noch einmal eine differenzierte Erfolgskontrolle durchzuführen. Auch da, habe ich verstanden, gibt es Einvernehmen mit dem hohen Haus. Wir werden für die Fortschreibung ab 2005 noch einmal genau hinschauen müssen, wie sich die einzelnen Maßnahmen in den unterschiedlichen Gebieten tatsächlich ausgewirkt haben. Wir müssen dann gemeinsam entscheiden, in welchen Gebieten eine Fortsetzung unabdingbar ist. Wir werden sehen, ob die pauschale Umlegung und Quotierung auf alle Gebiete tatsächlich erhalten bleiben muss. Wir werden gegebenenfalls tatsächlich neue Gebiete aufnehmen müssen.

Wir werden mit dieser Untersuchung also weiter an dem Ziel arbeiten, die Effektivität dieses Programms weiterzuentwickeln, um aus sich selbst heraus tragfähige Strukturen im Stadtteil zu schaffen, und in diesem Zusammenhang müssen wir natürlich auch die einzelnen Handlungsfelder auf den Prüfstand stellen. Ich denke, dass dabei auf den Hinweis aus dem Antrag der Fraktionen besonderes Gewicht zu legen ist, nämlich auf die Themen wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie sowie Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung, dass das sehr hilfreich ist. Das ist der Bereich, der in der Tat noch unterstrichen werden muss.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Das Programm Wohnen in Nachbarschaften und die Ergänzung durch das Bundesprogramm Soziale Stadt haben sich aus meiner Sicht zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Es ist inzwischen unverzichtbarer Bestandteil einer sozialpolitisch orientierten Stadtentwicklungspolitik geworden. Es hat Selbsthilfekräfte in den Stadtteilen aktiviert und stabilisiert, es hat dazu beigetragen, erhebliche Komplementärmittel einzuwerben.

Die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften als Eigentümern des dortigen Wohnungsbestands hat sich im Rahmen des Programms weiter intensiviert, und mit dem Programm hat sich in den schwierigen Stadtteilen das Bewusstsein verstärkt, dass es Sinn macht, sich dafür einzusetzen, die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Ich denke, viele überzeugende Argumente, zusammen für die soziale Stadt einzutreten! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/631 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/621 S, Kenntnis.

Bürgertelefon gegen Sozialhilfemissbrauch

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. September 2002
(Drucksache 15/619 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002

(Drucksache 15/629 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Frau Senatorin Röpke, ich frage Sie: Möchten Sie die Antwort mündlich wiederholen?

(Senatorin Röpke: Nein, danke!)

Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen.

Das Wort erhält der Abgeordnete Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lassen Sie es mich erst einmal klar herausstellen: Sozialhilfe ist kein Almosen, über das nach Gutdünken verfügt oder entschieden werden kann. Sozialhilfe ist nach der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes durch eine CDU-geführte Bundesregierung mit einem Rechtsanspruch für alle Menschen belegt, die sich vorübergehend oder dauerhaft in einer Notlage befinden. Diese Menschen sind nach dem Willen des Gesetzgebers keine Bittsteller, sondern sie haben einen gesetzlichen Anspruch auf die notwendige Hilfe. Daran, und das betone ich für die CDU-Fraktion ganz deutlich, soll sich auch nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

Als Zweites lassen Sie mich daran erinnern, dass sich Bremen in einer Haushaltsnotlage befindet und uns andere Bundesländer finanziell helfen, um diese Situation zu überwinden! Die Hauptlast zur Überwindung müssen wir aber allein tragen, meine Damen und Herren. Das müssen wir auch durch unser Verhalten den Geberländern gegenüber deutlich machen.

Drittens ist die Zahl der Menschen, die in Bremen Sozialhilfe erhalten, einfach zu groß, und die Be-

schlüsse der Bundesregierung sind nicht nur nach Meinung der CDU wenig oder nicht geeignet, die Fallzahlen in der Sozialhilfe zu verringern. Auch ganz viel Hartz kann keine neuen Arbeitsplätze schaffen, meine Damen und Herren. Die aber benötigen wir dringend, um mehr Menschen aus der Sozialhilfe heraus- und in die Arbeit hineinzubringen, damit sie Einzahler sind in das soziale System.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: Es ist einfach Betrug, wenn sich Personen unberechtigt aus dem Topf Sozialhilfe bedienen. Betrug aber muss man bekämpfen, insbesondere dann, wenn er vorsätzlich geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Das machen wir auf allen Ebenen mehr oder weniger erfolgreich und halten das für selbstverständlich.

Einen Außermittlungsdienst, der zur aktiven Bekämpfung sehr geeignet wäre, konnte die CDU in der letzten und auch in dieser Legislaturperiode nicht durchsetzen, ich sage leider, und ich betone es deutlich, nach unseren Vorstellungen leider nicht durchsetzen. Wir können doch nicht so tun, als gäbe es keinen Betrug. Die Wahrheit ist doch, dass dort, wo es Leistungen gibt, immer Menschen versuchen werden, diese für lau mitzunehmen. Gewiss, es wurde die Anzahl der Hausbesuche erhöht, aber dies auch sehr unterschiedlich in den verschiedenen Gebieten der Stadt. Finanzielle Auswirkungen, positive Auswirkungen davon kann man in jeder Sitzung des Widerspruchsausschusses erleben. Wenn meine Kollegin Wangenheim mir sonst auch nicht zustimmen wird in diesem Falle, in dem Fall wird sie mir zustimmen, dass wir dort Auswirkungen der Hausbesuche erleben in dem Widerspruchsausschuss.

Nun erhebt die CDU die Forderung nach einer Hotline gegen Sozialhilfebetrug, und die Stadt gerät in diesem Sommer in Aufregung, scheinbar auch Teile des Senats. Da wird der Vorwurf des Denunziantentums erhoben, da wird in den Köpfen einiger Verwirrter der Blockwart wieder lebendig, da meinen Mitmenschen, die Eiseskälte im Umgang mit Hilfeempfängern schon im Nacken zu spüren und in der Bevölkerung ein Jagdfieber auf Hilfebezieher aufkommen zu sehen. Alles Quatsch, meine Damen und Herren! Was wir als CDU wollen, ist eine Telefonnummer zum Mitteilen von Sozialhilfebetrugsverdacht, eine Telefonnummer, die deutlich so benannt und ausgewiesen ist, dass jeder Bürger, der glaubt, von Sozial-

hilfemissbrauch Kenntnis zu haben, sich an diese fachlich besetzte Nummer wenden kann,

(Beifall bei der CDU)

natürlich unter Angabe seines Namens, damit auch nachgefragt oder das Ergebnis der Überprüfung mitgeteilt werden kann!

Meine Damen und Herren, wie oft ist es Ihnen in der Vergangenheit so ergangen, dass man Ihnen Mitteilungen über angeblichen Missbrauch hat zukommen lassen? Bei der Frage nach Namen und genauen Daten wurde dann meistens zurückgewichen. Dies wird beim Sozialhilfemissbrauchtelefon nicht anders sein. Wer seinen Namen nicht nennen will, der wird dieses Telefon auch nicht benutzen. Es wird sich also nichts ändern.

Bremen ist keine Insel. In fast allen Landkreisen um Bremen herum und in Bremerhaven gibt es einen Außermittlungsdienst mit den entsprechenden Telefonnummern. Dort ist die Welt dennoch in Ordnung, und kein Mensch spricht von einer Hetzjagd auf Hilfebezieher. Oder ist Ihnen so etwas aus Rotenburg, Osterholz oder Osnabrück bekannt, meine Damen und Herren? Wir wollten dieses Telefon so verstanden wissen, dass das Sozialressort auch nach außen hin ganz deutlich macht: Wir wollen Betrug verfolgen, wir lassen uns nicht an der Nase herumführen. Wir wollen den Gesetzesauftrag trotz knapper Kassen und steigender Fallzahlen erfüllen, nämlich wir wollen und werden denen helfen, die sich zurzeit aus den verschiedensten Gründen nicht allein helfen können.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Dadurch?)

Wenn ich etwas nicht will, dann fallen auch mir tausend Gründe ein, warum ich das nicht will. Die Kostenseite in der Antwort so zu betonen ist sicherlich der schwächste Grund. So eine Leitung lässt sich heute problemlos so schalten, dass sie notfalls täglich wechselnd bei einer anderen kompetenten Person aufläuft, das könnten zum Beispiel wechselnd die Vorzimmer der Leiter der Sozialzentren sein. Zu Bremerhaven komme ich noch. Wenn Sie die Zahlen einmal auf Bremen hochrechnen, dann ist diese Zahl nicht die Welt und blockiert nicht die Arbeit der handelnden Personen.

Nun wird der Datenabgleich eingeführt. Lassen Sie mich dazu einige Worte sagen! Mit dem Datenabgleich erfassen wir doch nur einen Bruchteil der Betrugs- oder Erschleichungsmöglichkeiten. Hier werden, da muss man vielleicht auch einmal ausholen, Daten von Hilfeempfängern mit anderen Sozialämtern, dem Arbeitsamt, der Unfall- bezie-

ungsweise Rentenversicherung abgeglichen. Alle anderen Betrugsmöglichkeiten können damit nicht erfasst werden. Dazu kommt noch, dass die Daten in den Sozialzentren sehr unterschiedlich abgearbeitet werden. Dies geht auch aus den Deputationsvorlagen der letzten Jahre hervor, dass das sehr zögerlich der Fall war, möglicherweise wegen der Personallage.

Wir als CDU hoffen, dass die technische Ausrüstung schon bald eine zügigere Abarbeitung ermöglicht. Ich will hier auch gar nicht verschweigen, dass die Zahl der Betrugsfälle und die Summe der eingetriebenen Gelder, die per Datenabgleich erkannt werden, rückläufig ist. Das, meine Damen und Herren, zeigt aber doch nur, wie erfolgreich der Datenabgleich ist. Wer sollte ohne ihn schon freiwillig auf eine Extragratisifikation verzichten? Wir begrüßen es als CDU-Fraktion außerordentlich, dass jetzt die technischen Möglichkeiten des Abgleichs mit der Kfz-Meldestelle geschaffen werden. Vielleicht können wir heute etwas darüber hören, wie weit die Ausgestaltung gediehen ist.

Auch hier, bei der Bekanntgabe dieses Vorhabens, wurde in interessierten Kreisen eine Welle der Empörung ausgelöst. Wir von der CDU-Fraktion können das nicht nachvollziehen. Auch in diesem Falle gehen wir davon aus, dass die Mitarbeiter des Amtes nach den Buchstaben des Gesetzes vorgehen werden. „Fördern und Fordern“ ist das neue Motto bremischer Sozialpolitik, das von der CDU-Fraktion mitgestaltet worden ist und mitgetragen wird. Fordern heißt in diesem Fall, dass ein teures, überteuertes Kfz irgendwie in Geld umgewandelt wird und damit der Lebensunterhalt mitbestritten wird.

Meine Damen und Herren, bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit darf ein Telefon her. Ich bin mir im Moment nicht einmal mehr sicher, dass es allen hier im Haus bewusst war, dass es eine solche Einrichtung geben wird, als unsere Kollegin Frau Dreyer und Herr Jägers diese Soko hier im Parlament per Antrag durchgesetzt haben. Ich vermute jetzt einmal, dass es dann diese Hotline gegen Schwarzarbeit heute nicht geben würde. Sie müssen aber einmal erklären, warum ein Mensch, der sich wegen eines persönlichen Vorteils illegaler Mittel bedient, in der Sozialhilfe einen besonderen Schutz genießen darf, und wer Schwarzarbeit ausübt, nicht! Für den gibt es diesen Schutz nicht, zum Glück nicht, sage ich! Diesen Unterschied muss mir aber einmal jemand erklären. Da ist ein Telefon für den Ressortteil Arbeit tragbar, für den Ressortteil Soziales ist er nicht tragbar. Das Ressort will diese Hotline nicht. Die Gründe, die das Ressort für eine Ablehnung anführt, finde ich schwach. Die wahren Gründe sind

mir verborgen geblieben, aber vielleicht erfahren wir die ja hier und heute.

Meine Damen und Herren, unser langjähriger Kollege Töpfer hat auf meine Anregung hin in Bremerhaven eine solche Hotline sofort schalten lassen,

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Mit welchem Ergebnis?)

genau dorthin, wo sie hingehört, in sein Vorzimmer. Ich habe erfahren können, dass Herr Töpfer sich damit in seiner Partei nicht gerade viele Freunde gemacht hat. Das hat er im Vorfeld dieser Entscheidung mit Sicherheit gewusst und trotz Kenntnis der Folgen so und nicht anders entschieden. Trotzdem von hier aus meinen Respekt für diese Entscheidung, Herr Töpfer!

(Beifall bei der CDU)

Dem ehemaligen Kollegen Töpfer wird doch ernsthafterweise keiner von uns Jagdfieber auf Sozialhilfeempfänger oder Denunziantentum vorwerfen wollen, aber vielleicht muss er in seiner neuen Position, muss man in solchen Ämtern Dinge anders sehen und anders ausüben. Richtig erheiternd finde ich dann in der Antwort des Senats den Hinweis, dass die Einführung dieses Beschwerdetelefons im Zusammenhang mit der angespannten Haushaltslage der Stadt Bremerhaven zu sehen ist. Meine Damen und Herren, eine angespannte Haushaltslage hat doch die Stadt Bremen, und das ist geschmeichelt ausgedrückt!

(Beifall bei der CDU)

Genau aus den in der Antwort des Senats aufgeführten Gründen, nicht angegebene Beschäftigung, Verschweigen eheähnlicher Gemeinschaften, die durch einen Datenabgleich nicht erfasst werden können, rechnet sich so ein Telefon. Ich bin mit der CDU-Fraktion in Bremerhaven und Bremen gespannt auf den Erfahrungsbericht aus Bremerhaven. Meine Damen und Herren, wie immer im Leben, die überwiegende Zahl der Empfänger von Sozialhilfe bezieht diese zu Recht und macht sich keines Betrug schuldig. Es gibt aber graue Wölfe und schwarze Schafe dazwischen, und die müssen wir ertappen. Dabei könnte so ein Telefon nützlich sein. Wir haben in dieser Stadt kein Geld zu verschenken. Zu der Pauschalierung der Sozialhilfe melde ich mich in einer zweiten Runde noch einmal.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir jetzt hier hören, ist ja im Prinzip eine Beendigung einer Sommerlochdebatte, die wir im Juli gehabt haben, als Herr Oppermann in die Presse hinausgeblasen hat, dass die CDU jetzt ein solches Telefon gegen den Missbrauch von Sozialleistungen fordert. Die Argumente sind da auch schnell ausgetauscht, aber lassen Sie mich vorher noch zwei Sachen sagen, die die Grundlagen dieser Fragestellung betreffen!

Gute Sozialpolitik muss in erster Linie darauf ausgerichtet sein, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen und sie zu unterstützen, dass sie ihre Lebenslagen bewältigen. Gute Sozialpolitik ist auch darauf angewiesen, dass die Menschen, deren Steuergelder zur Hilfe anderer verwandt werden, auch ein Vertrauen darin haben, dass diese Mittel sorgsam ausgegeben werden. Das, finde ich, ist auch sehr wichtig.

Vor dem Hintergrund ist ein missbräuchlicher Bezug von Sozialleistungen natürlich von einer gewissen Brisanz, weil er genau dieses Vertrauen unterminiert. Darin liegt auch eine gewisse sozialpolitische Gefahr, die wir als SPD auch sehen, und deswegen sind wir der Meinung, man muss sich damit auseinander setzen, dass es Missbrauch gibt, und man muss sich auch überlegen, welches Instrumentarium man verwendet. Die Frage ist also hier in der Debatte überhaupt nicht, so wie Sie das gerade zugespitzt haben, Herr Oppermann, ob man Missbrauch verhindern muss, sondern da sagen wir als Sozialdemokraten ganz klar, das muss man selbstverständlich tun, aber man muss natürlich die Mittel auch verhältnismäßig einsetzen. Das ist die Frage, über die wir hier zu diskutieren haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im Prinzip zwei Mittel vorgeschlagen, die im Hinblick auf einen Missbrauch eine Rolle spielen. Das ist einmal dieses Telefon und zum anderen die Pauschalierung als eine ganz andere sozialpolitische Debatte, die diesen Bereich allerdings auch berührt. Das stimmt ja auch. Es ist aber so, dass diese Möglichkeit des Anrufens - und in der Senatsvorlage steht das ja auch an exponierter Stelle - jetzt schon besteht, dass man im Falle von Missbrauchsverdacht eine Verwaltung anrufen kann und dort entsprechend vermittelt wird. Das heißt, wir haben im Moment in dieser Situation überhaupt keine echte Handlungsnotwendigkeit, jetzt eine solche Hotline, wie Sie das nennen, einzurichten.

Die Möglichkeit ist also da, aber ich möchte auch deutlich sagen, dass ich das hinreichend finde, dass es eine solche Möglichkeit gibt. Ich möchte

nicht, dass wir das hier in Bremen durch eine wo möglich noch mit Öffentlichkeitsarbeit hinterlegte Hotline forcieren, dass die Leute aufgefordert werden, über solche Verdachtsfälle dann auch die Verwaltung zu informieren. Meine Befürchtung ist die, dass dadurch ein gesellschaftliches Klima entsteht, das wir nicht haben wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht darum, dass wir nicht möchten, dass die, die Hilfeempfänger sind, in eine Situation versetzt werden, dass sie permanent beobachtet werden und Menschen Vermutungen anstellen, ob das bisschen, was sie haben, ihnen nun auch noch gesetzeskonform gegeben worden ist oder nicht. Ich finde, das ist eine Zuspitzung, die der Lebenssituation dieser Menschen nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Dreyer [CDU]: Das geht nur bei Schwarzarbeit!)

Zu der Missbrauchsdiskussion noch einmal! Herr Oppermann, wir haben eine ganze Menge Sachen in dieser Frage ja auch schon in der Sozialdeputation behandelt. Sie müssen doch auch einmal zugestehen, dass wir als SPD hier überhaupt nicht so blauäugig sind, an das Thema heranzugehen und zu sagen, hier muss überhaupt nichts gemacht werden. Das ist nicht der Fall, sondern wir haben konkrete Maßnahmen eingeführt,

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Doch nur deshalb, weil wir Sie zum Jagen getragen haben!)

die haben wir in den vergangenen Wochen sogar in der Deputation beschlossen, und die Beschlüsse haben übrigens auch Bestand, wenn Sie den Kopf weiter schütteln, das ist eigentlich relativ bedeutungslos in diesem Zusammenhang, es steht alles auf Papier!

(Beifall bei der SPD)

Die Datenabgleiche zum Beispiel sind mittlerweile beschlossen worden, übrigens auch im Hinblick auf die Benutzung von Kfz, die werden bald umgesetzt. Die Erkenntnisse sind allerdings auch eher so, Herr Oppermann, dass man in der Situation nun nicht gerade sagen kann, als ob wir es hier mit einer Situation zu tun haben, dass die ganze Stadt von Missbrauch übersät ist.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das hat er doch gesagt!)

Ja, aber man muss es einfach auch einmal deutlich machen, dass die Erkenntnis aus den Datenabgleichen doch genau die war, dass sich die Be-

fürchtungen, von denen Herr Oppermann hier gesprochen hat, dass das sehr große Verbreitung habe, durch die Datenabgleiche genau nicht bestätigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Von daher, denke ich, muss man mit dieser Situation wirklich ein bisschen maßvoller umgehen, und diese Zuspitzungen, Herr Oppermann, die Sie hier betrieben haben, bitte ich auch zukünftig zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Dann möchte ich noch einmal etwas zur Frage der Hausbesuche sagen. Wir haben ja hier in Bremen eine Situation gehabt, dass wir hier Modellversuche durchgeführt haben, wo man ganz gezielt Hausbesuche vorgenommen hat. Ich muss Ihnen sagen, dass ich mir eigentlich, als ich zuerst davon gehört habe, große Sorgen gemacht habe, weil ich die Befürchtung hatte, dass es ein Verwaltungsverfahren ist, das in der Weise arbeitet, wie man das vielleicht bei dem Begriff Ermittlungsgruppe denken würde, wie Herr Oppermann das gerade genannt hat.

Ich habe mich dann entschlossen, mir da auch einfach einmal genauer anzuschauen, was sie da machen, und habe festgestellt, dass ich das sehr gut vertreten kann, was hier in Bremen im Hinblick auf diese Hausbesuche Praxis ist. Das sind Leute, die sehr viel sozialpolitisches Gespür für die Menschen haben und die sich ansehen, welche Hilfenbedarfe diese Leute haben. Natürlich schauen sie sich dann auch an, welche einmaligen Leistungen, die beantragt worden sind, auch tatsächlich gewährt werden müssen. Ich gestehe Ihnen zu, Herr Oppermann, dort wird auch eine ganze Reihe an Missbrauch aufgedeckt.

Es gibt aber auch ganz andere Situationen, dass zum Beispiel Menschen einen Fernseher beantragt haben, weil der alte kaputt ist, und es stellt sich aber heraus, dass die gute alte Frau einfach nicht in der Lage ist, den Apparat neu zu programmieren, weil irgendwelche Programmierungen gelöscht sind. Dann macht nämlich das Sozialamt genau das Richtige, es besorgt nämlich einfach jemanden, der das wieder einstellen kann, und dann hat die gute Frau wieder einen Fernseher, und es musste kein neuer bewilligt werden.

Das sind doch positive Effekte, die wir bei diesen Hausbesuchen haben. Wenn die Hausbesuche so stattfinden, wie das jetzt der Fall ist, dann, finde ich, sind sie sozialpolitisch auch vertretbar, sie sind sogar eine positive Entwicklung. Aber man muss deutlich sagen, was dabei herauskommt, ist

eben auch, dass, wenn eine alte Frau zum Beispiel Gardinen bestellt hat, und die Leute kommen da hinein und stellen fest, dass die Frau nicht einmal einen Kühlschrank hat, dann es auch sein kann, dass man die Frau darauf hinweisen muss, dass sie einen Kühlschrank benötigt.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Das kann auch ein alter Mann sein!)

Das kann auch ein alter Mann sein, selbstverständlich, Frau Dreyer, kein Problem!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Wichtiger Zwischenruf!)

Mir ist nicht klar, warum Ihnen das so wichtig ist, aber wenn ich sozusagen bildlich spreche, dann lassen Sie mir doch die Freiheit, das Bild selbst zu wählen, und wenn Sie ein eigenes Bild zeichnen wollen, dann können Sie sich ja gern hier hinstellen!

(Beifall bei der SPD)

Jedenfalls denke ich, dass wir da eine ganze Menge positiver Sachen hinsichtlich der Hausbesuche gemacht haben.

Jetzt noch einmal ein paar Worte zu den Pauschalierungen! Es wurde in der Senatsvorlage schon viel von den Pauschalierungen gesprochen. Das Problem ist allerdings, dass im Rahmen dieser Modellversuche, die das Bundessozialhilfegesetz vorsieht, eine ganze Reihe Probleme besteht, deshalb haben wir das auch sehr differenziert in der Deputation besprochen und gehen da sehr vorsichtig vor.

Pauschalierung ist ja erst einmal eine positive Sache, weil sie das Verwaltungsverfahren Sozialhilfe entbürokratisiert, vereinfacht und auch beschleunigt, und es hat auch einen pädagogischen Wert, weil es die Potenziale der Menschen mehr fördert und fordert, weil ein höheres Maß an Selbstorganisation erforderlich ist. Die Gefahr ist einfach nicht so groß, dass die Leute ihre gesamte Lebenssituation mit allem, was daran hängt, an die Verwaltung abgeben. Deswegen kann man über Pauschalierung sehr gut nachdenken.

Es gibt aber auch bestimmte Fragestellungen, mit denen man sich auseinander setzen muss. Das BSHG, also das Bundessozialhilfegesetz, schreibt vor, dass die individuellen Lebenslagen bei den Leistungen zu berücksichtigen sind, und wenn wir es mit Menschen zu tun haben, die diesen Anforderungen an Selbstorganisation nicht gerecht werden können, weil sie zum Beispiel psychisch krank oder drogenabhängig sind, dann müssen wir mit den Pauschalierungen eben aufpassen,

dass es auch wirklich Möglichkeiten gibt, dass diese Menschen tatsächlich das bekommen, was sie benötigen.

Ein weiteres Problem, auf das ich dann noch hinweisen möchte, ist das Problem der Kostensteigerung. Pauschalierungen sind nicht einfach eine Möglichkeit, Kosten einzusparen, sondern da besteht ein bestimmtes Risiko, dass diese Leistungen sogar noch mehr Geld erfordern, als wir jetzt zahlen, weil es einfach darum geht, ab welcher Dauer von Sozialhilfebezug man diese Pauschalen einsetzen lässt und dann alle diese Pauschalen bekommen. Das heißt, wenn die Menschen bestimmte Dinge vielleicht gar nicht benötigen und sie dann auch nicht beantragt hätten, bekommen sie sie aber über eine Pauschale abgegolten. Das ist ein finanzielles Risiko, was im Hinblick auf die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten natürlich auch eine bedenkenswerte Angelegenheit ist.

Insofern bin ich der Meinung, wir sind, was die ganze Situation betrifft, dass wir den Missbrauch versuchen einzuschränken, auf einem sehr guten Weg. Herr Oppermann, wenn ich mir Ihre politische Initiative genauer betrachte, dann muss ich eben auch noch einmal deutlich sagen, dass ich eigentlich den Eindruck hatte, dass diese Diskussion im Sommerloch sehr platziert deswegen gesetzt war, um noch einmal eine öffentliche Diskussion zu führen, ohne vorher eine fachpolitische Initiative zu machen. In der Deputation zum Beispiel hätten Sie ja die Möglichkeit gehabt, da bestimmte Wege zu gehen. Das ist, glaube ich, bei diesem Thema sehr schwierig, weil es gesellschaftliche Stimmungen erzeugt, die nicht hilfreich sind.

(Beifall bei der SPD)

Das Ergebnis der Art und Weise, wie Sie vorgegangen sind, wird ja jetzt hier im Parlament sein, dass sich in dieser Frage nichts ändert. Es gibt natürlich eine Wirkung, das ist der öffentliche Eindruck, dass die CDU mit allen Mitteln gegen diesen Missbrauch vorgehen will, für die SPD orientiert es sich an der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Ich glaube, ehrlich gesagt, dass diese Aktivität, so wie Sie sie betrieben haben, dem Wahlkampf geschuldet war und dass es ein typischer CDU-Mechanismus gewesen ist, ohne eine fachliche Einfügung gegen Schwächere eine Politik zuzuspitzen, genau mit der Zielsetzung, über eine solche Polarisierung im Wahlkampf auch davon zu profitieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Aber das ist nicht gelungen!)

Richtig, Frau Lemke, das ist nicht gelungen, aber der Versuch war da!

Dann noch einmal etwas zu Bremerhaven, zu Wilfried Töpfer! Ich bin sicher, dass Wilfried Töpfer in dieser Frage kein Überzeugungstäter ist, der diesen Schritt gewählt hat, weil er der Meinung ist, dass man das auf jeden Fall machen muss. Ich vermute, dass er sich nicht gegen eine solche Sache stellen wollte, weil er gemerkt hat, dass ein sehr starker Druck über die Medien da entstanden ist. Ich glaube aber auch, dass seine Entscheidung so gefallen ist, weil er der Meinung war, dass ein solches Telefon auch keinen so großen Schaden anrichtet, auch wenn es nicht viel nützt. Insofern glaube ich, dass die Entscheidung eher so zu begründen ist, also in der Abwägung der Folgenlosigkeit auf der einen Seite und den praktischen Erfolgen auf der anderen, denke ich, ist er zu dieser Entscheidung gekommen. Ich halte es jedenfalls für richtig und gut, wie der Senat sich da positioniert hat, und finde es sehr unterstützenswert, dass wir ein solches Telefon hier in Bremen nicht einführen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier im Haus Konsens, und so ist auch die Rechtslage, ist, dass, wer Sozialhilfe bezieht und Einnahmen darüber hinaus erzielt, Geldgeschenke bekommt, schwarz arbeitet und das nicht beim Sozialamt angibt, ein Betrugsdelikt begeht, und ich denke, es ist auch Konsens, dass das von den Sozialämtern verfolgt werden muss und dass bei größeren Summen Strafanzeige erstattet wird, bei kleineren Summen wird die Rückzahlung vereinbart. Das ist hier Konsens und, ich denke, auch weit in der Bremer Öffentlichkeit. Man muss trotzdem sagen, der Dissens geht darum, soll man dieses Beschwerdetelefon, wie die CDU fordert, einrichten, ja oder nein. Die Grünen wollen das nicht, und ich werde im Folgenden begründen, warum nicht.

Es ist Fakt, dass es immer wieder vorkommt, dass Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Einzelpersonen, Einnahmen nicht angeben oder sich anderweitig nicht korrekt verhalten, indem sie zum Beispiel einen Pkw fahren, obwohl sie das nicht dürften. Klar muss aber sein, dass nicht allen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern das Halten eines Pkw verboten ist, aber einem großen Teil, oder dass sie in eheähnlicher Gemeinschaft leben und trotzdem nicht angeben, dass sie mit anderen zusammen wirt-

schaften und deshalb zu hohe Sozialhilfe bekommen.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Der letzte Punkt, wie man sich Geld erschleichen kann, das einem nicht zusteht, ist eben die hier in Rede stehende Schwarzarbeit. All diese Punkte sind Möglichkeiten einer Minderheit, einer kleinen Gruppe von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern, sich Leistungen zu verschaffen, die ihr nicht zustehen. Das ist nicht in Ordnung, und, wie gesagt, bei grobem Vorsatz sind auch die Grünen dafür, dass da Strafanzeige erstattet wird.

Jetzt muss man sich die andere Seite anschauen, nämlich wie sind die Kontrollen bei den Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern durch die Sozialämter? Als Erstes ist es so, wer Sozialhilfe beantragt, muss unterschreiben, dass sämtliche Einnahmen angegeben werden, dass er oder sie korrekte Angaben über die Lebenssituation gemacht hat und dass er oder sie melden wird, wenn Einnahmen erzielt werden beziehungsweise sich die Lebenssituation ändert. Ich gehe davon aus, dass Leute sich an die Spielregeln halten, so wie man das von allen anderen Bürgerinnen und Bürgern auch erwartet und wie man ihnen auch vertraut.

Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher müssen regelmäßig beim Sozialamt vorsprechen, sie müssen Anträge, wenn sie welche auf einmalige Beihilfen stellen, sagen wir einmal, sie brauchen einen neuen Fernseher oder eine neue Gardine, diese Anträge begründen, sie müssen Hausbesuche zulassen, die nicht nur schauen, ob das, was sie beantragt haben, auch berechtigterweise beantragt worden ist, sondern die zum Beispiel auch sehr persönliche Dinge wie die Frage, in welcher Lebensgemeinschaft lebe ich eigentlich, kontrollieren. Das ist die vorgesehene Kontrolle von Sozialhilfebezieherinnen, und die Grünen sind der Meinung, dass die Anzahl der Personen, die sich trotzdem Leistungen verschaffen, die ihnen nicht zustehen, sehr gering ist und dass deshalb, wegen der geringen Dimension dieses Problems, das von Ihnen vorgeschlagene Telefon vollkommen überdimensioniert ist und auch aus einer falschen Denkrichtung erfolgt, die wir nicht gern unterstützen wollen.

An der Antwort des Senats hat mich ein bisschen gestört, dass vor allem mit dem Kostenargument, das hat Herr Oppermann meiner Meinung nach nicht zu Unrecht kritisiert, agiert wird, weil da gesagt wird, dieses Sozialhilfebeschwerdetelefon ist so teuer, und deshalb machen wir das nicht. Ich

würde einmal sagen, wenn ich der Überzeugung wäre, dass es sich wirklich um ein gravierendes Problem handeln würde, und ich auch glaube, dass der gesellschaftliche Zweck, den man damit erzielt, richtig ist, dann würde ich dieses Kostenargument nicht zu Rate ziehen und das auch nicht benutzen, sondern würde einfach sagen, aus inhaltlichen Gründen will ich das nicht. Die Grünen wollen dieses Telefon nicht wegen der Kosten nicht, sondern wir wollen es nicht, weil damit gegen eine Personengruppe, die nun weiß Gott hier nicht als privilegiert bezeichnet werden kann, eine Stimmung erzeugt wird. Das ist der Grund, warum wir das nicht wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist übrigens auch Absicht der CDU. Für Sie ist dieses Beschwerdetelefon ein Symbol, als solches wird das von Ihnen auch gehandelt, und dann muss man auch so damit umgehen. Dieses Symbol wollen wir nicht setzen. Wir sind nicht der Meinung, dass das maßvoll ist. Wir glauben, dass es die Einheit der Gesellschaft nicht fördert, wir glauben, dass es die Solidarität mit Schwächeren eher gefährdet. Wir wollen mit dieser Art des Umgangs mit dem Problem nichts zu tun haben.

Ihre Frage, warum das Schwarzarbeitstelefon in Ordnung ist, für die Grünen auch, und das Sozialhilfeempfängertelefon nicht, will ich Ihnen gern noch einmal beantworten, Herr Oppermann: Beim Schwarzarbeitstelefon, Herr Oppermann, geht es um eine Handlung, die Personen begehen als Schwarzarbeitende oder auch als Arbeitgeber von Schwarzarbeit, und es können alle möglichen Personen Schwarzarbeit begehen, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, aber auch Abgeordnete und Handwerksmeister und Leute in allen möglichen Betrieben begehen oder nehmen Schwarzarbeit in Anspruch, und die Rechtslage, an wen man sich da wendet, ist vollkommen unübersichtlich. Es handelt sich um eine Tat, bei der nicht jede Bürgerin und jeder Bürger weiß, wenn er das anzeigen möchte, an wen er sich wenden soll und wo es sinnvoll ist, das gesellschaftlich zu ächten, aber bei der nicht eine bestimmte Personengruppe, und das ist der Unterschied zum Sozialhilfetelefon, die es in der Gesellschaft nicht gerade besonders leicht hat, eher in einen Pauschalverdacht gerät, was wir nicht wollen. Das ist der Unterschied zwischen diesen beiden Telefonen.

Im Übrigen ist es auch so, dass bei dem Schwarzarbeitstelefon eine ganze Menge Anrufe eingehen, die auf die Schwarzarbeit von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger hinweisen, und deshalb ist aus unserer Sicht das von Ihnen vorgeschlagene Telefon auch überflüssig, weil es dieses Problem einfach abdeckt.

Ich will gern darauf hinweisen, dass die Grünen in der Sozialhilfe andere Schwerpunkte setzen als die CDU. Die Arbeitnehmerkammer hat eine Broschüre „Armut in Bremen“ kürzlich veröffentlicht und weist noch einmal auf die neuesten Zahlen in Bremen hin. Bremen hat fast 50.000 Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, davon sind 37 Prozent Kinder. Haben Sie einmal darüber nachgedacht, in welchem Zusammenhang das mit dem von Ihnen geforderten Telefon steht? 37 Prozent Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, zirka zehn Prozent der Personen sind erwerbstätig und erhalten ergänzende Sozialhilfe, weitere 20 Prozent sind kurzfristig im Sozialhilfebezug, also müssen eine Trennung oder eine akute Notlage mit der Sozialhilfe überbrücken, weitere 20 Prozent sind erwerbsunfähig. Diese ganze Gruppe wird durch das von Ihnen geforderte Telefon in der Öffentlichkeit als eine Gruppe dargestellt, die in besonderer Art und Weise betrogen geht, und das ist aus unserer Sicht einfach nicht zu vertreten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine gesamte Gruppe wird in den Pauschalverdacht gesetzt, Missbrauch zu begehen, und das sollten Sie einfach lassen. Es geht nicht um die Beurteilung, ist etwas strafbar oder nicht, es geht darum, welche Schwerpunkte man setzt und welche Symbole. Dann will ich Ihnen sagen, welche Schwerpunkte und welche Symbole die Grünen in Bremen gern gesetzt hätten!

In Berlin gibt es eine Kampagne der Wohlfahrtsverbände, die heißt „Fehlt Ihnen was?“. Diese Wohlfahrtsverbände weisen darauf hin, dass die verschämte Armut auch in Großstädten mit einem guten Sozialhilfeberatungsangebot ein gigantisches Problem ist. Dort tun sich Wohlfahrtsverbände zusammen und beraten die Leute und machen ihnen Mut, ihre Rechtsansprüche in Anspruch zu nehmen. Das ist das Problem der Sozialhilfe und nicht dreieinhalb Leute, die Sie noch über ein Sozialtelefon erbeuten, die dann nicht erzählt haben, dass sie irgendwo 20 DM bekommen haben, weil sie jemandem den Rasen gemäht haben!

Die verschämte Armut ist in allen Großstädten das zentrale Problem, und das ist der sozialpolitische Schwerpunkt, weil wir alle, auch in einem Bundesland mit schlimmer Haushaltsnotlage, ein originäres Interesse daran haben müssen, dass Leute ihre Ansprüche realisieren, dass sie zum Sozialamt gehen, dass sie sich nicht schämen, Sozialhilfe zu beziehen, dass sie Vertrauen haben, dass ihnen geholfen wird und dass sie nicht in Misskredit gebracht werden.

Bei dem Problem der verschämten Armut wird immer gern so getan, als hätte das mit Bremen nichts zu tun. Ich habe mit großer, mit sehr großer Freude aus der Deputationsvorlage vom 28. August 2002, da geht es um die Kostenkalkulation, wie viel Geld bekommt Bremen eigentlich, wenn die pauschale Grundsicherung für Erwerbsgeminderte und Alte eingeführt wird, gelesen, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten, dass bei der Kalkulation angenommen wird eine Dunkelziffer, und dann steht dahinter, Sternchen: „Die so genannte Dunkelziffer wegen verschämter Armut“, wir reden über Bremen, „wird auf 33 Prozent bis 50 Prozent geschätzt.“

Herr Oppermann, das sind lohnende Schwerpunkte für Sozialpolitik, Leuten Mut machen und zeigen, dass sie Rechtsansprüche haben, und so eine Kampagne, wenn es die in Bremen geben würde, ich glaube nicht, dass Parteien das machen sollten, das ist viel zu besetzt, aber wenn hier Wohlfahrtsverbände und Interessenverbände so eine Kampagne machen würden wie in Berlin „Fehlt Ihnen was?“, dann würde ich mich total freuen, denn das ist der richtige sozialpolitische Schwerpunkt.

Zur Pauschalierung werde ich mich noch einmal melden, wenn Sie das begründet haben, denn es geht mir so wie Herrn Pietrzok, das sind zwei Paar Schuhe, der Zusammenhang ist nur schwierig herzustellen. Ich werde auf Ihren Redebeitrag zur Pauschalierung dann noch einmal etwas Eigenes erwidern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, ich habe an keiner Stelle meiner Rede einem Pauschalverdacht gegen Sozialhilfebezieher das Wort geredet.

(Beifall bei der CDU)

Ich weise das auch zurück, und wenn ich so etwas sage, meine ich das auch so!

Herr Pietrzok, Sie haben das Telefon in Bremerhaven sinnvoll genannt, nein, sinnvoll nicht, aber Sie haben gesagt, das kann man vielleicht vertreten, und das gegen Schwarzarbeit kann man vertreten. Warum dann nicht auch ein Telefon gegen Sozialhilfebetrug? Das ist mir immer noch nicht klar geworden aus Ihrem Beitrag. Wissen Sie, es gibt den Punkt fördern und fordern, da muss man

dann aber auch konsequent sein. Wir haben wirklich kein Geld zu verschenken!

Zum Datenabgleich haben Sie auch nicht genau zugehört. Ich habe sehr wohl gesagt, dass wir schon in der letzten Legislaturperiode Datenabgleich gemacht haben mit rückgängigen Aufklärungsquoten, das habe ich selbst gesagt, weil der Datenabgleich erfolgreich ist. Hamburg macht ihn erst seit jetzt, und Hamburg hat bei seinem ersten Datenabgleich festgestellt, 2,4 Prozent all derer, die in die Datei hineinkamen, hatten sich einen Vorteil erschlichen in Höhe von 4,5 Millionen Euro in Hamburg.

Das kann man auf Bremen nur bedingt umrechnen. Wir machen bereits erfolgreich Datenabgleich, das habe ich hier gesagt. Machen Sie mir da keinen Vorwurf! Wir nutzen die Instrumente aus, weil wir uns da nicht unterscheiden. Sie wollen gegen Betrug vorgehen und wir auch, nur in Nuancen ist es vielleicht ein bisschen anders. Ich will doch nicht gegen eine Gruppe vorgehen, sondern die CDU will gegen Betrug und gegen Betrüger vorgehen. Sogar das Telefon scheint für Sie ein rotes Tuch zu sein, und das habe ich jetzt verstanden. Das war mir vorher noch nicht so deutlich, und es ist auch nicht so deutlich, warum das im Senat so ein rotes Tuch ist.

Die Pauschalierung ist wirklich nicht so ohne weiteres damit zu verbinden, aber ich wollte keine andere Anfrage stellen. Die CDU-Fraktion ist dem Senat dankbar, dass er einer weiteren Pauschalierung von Sozialhilfe nicht ablehnend gegenübersteht, sondern aufgeschlossen. Wiederum nicht verstehen kann man dann, dass der Senat keine eigenen Anstalten macht, in Bremen weiterführende Versuche zu fahren. Normalerweise lernt man aus Dingen, die man selbst macht, mehr als aus Berichten. Das zeigt auch die Lebenserfahrung, dass das so ist.

Eigentlich war ich bei der Erstellung der Anfrage davon ausgegangen, im Land Sachsen wäre man weiter, als die Antwort des Senats jetzt erkennen lässt. Meine Informationen waren da vielleicht nicht so ganz richtig, vielleicht bin ich auch Falschmeldungen aufgesessen, das kann auch passieren. Deswegen habe ich mich auf das Land Sachsen bezogen, das muss ich einmal herausfinden.

Eine erneute Debatte über Pauschalierung von Sozialleistungen hält die CDU-Fraktion in dieser Situation dennoch für wichtig. Meine Damen und Herren, die Sozialzentren stehen vor einer enormen Bewährungsprobe. Hier und in dieser Situation ist es für uns Christdemokraten besonders

wichtig, dass so viele persönliche Kontakte wie nur eben möglich zwischen Sachbearbeiterin und Sachbearbeiter und Kunde entstehen, Kontakte, bei denen die vorhandenen Qualifikationen der Hilfeempfänger erforscht werden, Kontakte, durch die nach Möglichkeiten gesucht wird, diese Fähigkeiten aufzufrischen oder zu verbessern, Kontakte, bei denen nach Ausgängen aus der Sozialhilfe gesucht wird, Kontakte, bei denen dieser Ausstieg erfolgreich gegangen wird.

Den Erfolg der Sozialzentren werden wir ohne Zweifel daran bemessen, wie vielen Menschen die Fallmanager in den Sozialzentren den Weg zurück in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt aus der Hilfe heraus geebnet haben, meine Damen und Herren. Der Kontakt sollte nicht dazu dienen festzustellen, ob der Kunde noch einen Topf oder eine Wolldecke mehr benötigt. Dazu ist uns die Arbeitskraft der Fallmanager viel zu schade. Um einmal kurz auf Ihre Beispiele einzugehen, nicht nur alte Frauen und Männer, auch junge Menschen bekommen Sozialhilfe.

(Beifall bei der CDU)

Eine Renovierungs- oder Haushaltspauschale ähnlich der Bekleidungs- oder Haushaltspauschale könnte in jedem Fall bei den Beratern Zeit freischaufeln, um wichtige, weil ausstiegsorientierte Dinge, mit dem Kunden, dem Klientel zu beraten. In der Arbeit im Widerspruchsausschuss kommt man doch ins Grübeln, wenn man über Widersprüche bei Haushaltsgegenständen, manchmal ist es eben einfach diese Bratpfanne, zwei Jahre nach Antragstellung entscheiden soll. Solche Dinge sind doch beinahe abwegig. Damit wird ein hochrangiges Gremium beschäftigt, es werden Aktenberge gewälzt, werden Akten von hier nach da gebracht, um dann nach zwei Jahren festzustellen, dieser Antrag auf eine Pfanne oder Wolldecke ist rechtens oder nicht rechtens gewesen. Das verstehe ich nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Wir Christdemokraten meinen, damit müsste so schnell wie möglich Schluss gemacht werden. Das ist noch die alte Einstellung des Verwaltens der Hilfebezieher und hat mit fördern und fordern nicht viel gemeinsam.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich werden nicht alle Hilfebezieher mit einer Pauschale zurechtkommen, völlig klar. Darüber sind wir uns im Klaren, aber die Mehrzahl der Familien ist auch nur kurzzeitig in Hilfe und wird es können. Bei den anderen muss eben wie bei der

HLU-Zahlung das jetzige System weitergeführt werden.

Meine Damen und Herren, denen, die es können, sollten wir auch etwas zutrauen. Diese Menschen müssten nicht von vorn bis hinten verwaltet werden. Wir nehmen ihnen damit auch zunehmend die Fähigkeit, Eigenverantwortung zu übernehmen, und glücklicherweise ist der Aufenthalt im Bereich des Bundessozialhilfegesetzes für die meisten Betroffenen nur ein Teil ihres Lebensabschnitts, glücklicherweise!

Ich finde, wir haben gar nicht das Recht, den Betroffenen die Dispositionsfreiheit auf Dauer zu nehmen oder für die Zeit, in der sie in diesem Hilfegebilde sind. Möglicherweise kann eine Pauschalierung dazu führen, dass es in einzelnen Fällen teurer wird, das ist mir klar. Wenn es Defizite gibt, wenn bei Hausbesuchen festgestellt wird, dass dort wirklich notwendige Dinge des täglichen Lebens fehlen, dann habe ich das von dieser Stelle auch schon gesagt, dann bin ich dafür, dass der Sachbearbeiter, der diesen Hausbesuch macht, das aufschreibt und dass dem abgeholfen wird, das ist völlig klar.

Bemühungen, Menschen aus der Sozialhilfe wieder in den Arbeitsmarkt zurückzubringen, sie wieder zu Einzählern in das Sozialsystem zu machen, diese Bemühungen werden den fiskalischen Verlust, der vielleicht durch die eine oder andere höhere Leistung entsteht, mit Sicherheit wieder wettmachen, wenn wir mehr Einzähler in das soziale System haben. Dann verspreche ich mir davon auch eine andere Atmosphäre in den Sozialzentren, wenn der Sachbearbeiter da eine Lebensplanung für einen Menschen machen soll, sich mit ihm nicht über Topf und Pfanne unterhalten muss, sondern darüber unterhalten kann, zeitlich und unbefristet, wie er ihn in ein anderes Gebilde, nämlich in den Arbeitsmarkt, bekommen kann.

(Beifall bei der CDU)

Wir Christdemokraten wollen, dass „Fördern und Fordern“ für beide Seiten, das Amt und den Kunden, den Hilfebezieher, ein erfolgreiches Modell wird, das sich verfestigt. Dazu gehört nach christlichem Lebensbild dann auch das Fördern der durchgängigen, eigenständigen Lebensführung von Menschen, die vorübergehend durch das BSHG und seine Ergänzungen betroffen sind. Alle Modellvorhaben, die in der Republik gefahren werden, enden am 31.12.2004. Das hört sich noch lange an, aber das ist es nicht mehr. Die Auswertung wird dann einige Zeit in Anspruch nehmen, und wie immer werden die Ergebnisse

der Auswertung dann von zwei Seiten unterschiedlich gesehen und bewertet.

Schade, wir hätten das alles schon lieber zeitiger vollzogen, übrigens käme Ihnen das auch entgegen, Frau Linnert, bei einer Pauschale können die Leute ja eher Mangelbedarf abdecken, als wenn sie Anträge stellen müssen. Sie müssen da nicht für alles hinlaufen, sondern sie bekommen ihre Mittel pauschal zugestellt und können sich dann entscheiden, welches von den Dingen, die sie dringend brauchen, sie zunächst anschaffen wollen.

(Beifall bei der CDU)

In das neue Motto „Fördern und Fordern“, und in die Arbeit der Sozialzentren würde dies gut passen. So trösten wir uns damit, eigentlich möchte der Senat, aber eigentlich möchte er auch keinen eigenen Versuch starten, auf die Bewertung müssen wir dann leider noch eine Legislaturperiode warten. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt will ich kurz zur Pauschalierung hier etwas sagen. Vielleicht darf ich noch darauf hinweisen, dass es die Grünen mit ihren Vorschlägen der Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung gewesen sind, die sehr weitgehend soziale Hilfen pauschalieren wollten. Vielleicht habe ich deshalb auch besonders viel Hintergrund, um darüber zu reden, wo die Vorteile, aber auch die Grenzen und Risiken einer weitgehenden Pauschalierung sozialer Leistungen sind, weil es bei den Grünen eine sehr lange und kontroverse Diskussion darüber gibt, wie weit kann man das eigentlich mit der Pauschalierung von Sozialleistungen treiben.

Richtig ist, dass bei einer weitergehenden Pauschalierung der Verwaltungsaufwand sinkt, richtig ist auch, dass von den Hilfeempfängern es selbst oft als sehr angenehm erlebt wird, wenn sie nicht wegen einzelner Dinge - Ihr Beispiel mit der Bratpfanne bestreite ich, denn sie ist nämlich im Regelsatz, Anschaffungen kleinerer Haushaltsgegenstände, enthalten -, aber wenn sie nicht wegen jedes Möbelstücks zum Sozialamt gehen müssen. Deshalb kann man sich natürlich überlegen, dass es da für eine weitergehende Pauschalierung auch viele gute Argumente gibt.

Was man aber gleichzeitig vorfindet, ist erstens eine Rechtslage, die davon spricht, dass die Sozi-

alhilfe, so wie sie heute ist, vielleicht ändert sich das ja, ich hoffe nicht, einen Bedarf decken soll, und der Bedarf der Menschen ist nicht in jeder Lebenslage und jeder Altersstufe immer gleich. Das heißt, um Bedarfsdeckung zu betreiben, muss man einen Weg finden, wie man neben dem, was es jetzt schon pauschal gibt, den Leuten trotzdem die Möglichkeit gibt, sagen wir einmal, jemand ist vollkommen abgebrannt, weiterhin Anträge stellen zu können. Die Grundausstattung für diese Wohnung ist nicht in irgendeiner Pauschale aufzufangen.

Die Bedarfsdeckung steht im Gesetz und die Einzelfallhilfe. Das Sozialamt ist gehalten, bei jedem einzelnen Hilfeempfänger zu schauen, das ist nicht in vielen Fällen erforderlich, aber es gibt Menschen, die haben eine spezielle Lebenslage, und da ist das Sozialamt gehalten, genau zu schauen, was der Einzelne braucht. Es muss auch flexibel sein, zum Beispiel jemandem einen Notenständer zu bewilligen, weil jemand musiziert. Das aber ist auch in der Pauschalierungsdiskussion so einfach nicht zu bewerkstelligen.

Ihre Kritik, Herr Oppermann, dass ja Bremen da überhaupt nichts tut, verstehe ich überhaupt nicht! Fast die gesamte Sozialhilfe ist pauschaliert. Der Sozialhilferegelsatz ist eine Pauschalierung des ihm zugrunde liegenden - lang, lang ist es her! - Warenkorbs, der einmal aus Linsen, Reis, Kartoffeln, Streichhölzern und irgendwie Bruchteilen von neuen Glühlampen bestand. Der Regelsatz ist eine Pauschale. Die Bekleidung in Bremen ist eine Pauschale, auch die Bekleidung für besondere Anlässe wie Hochzeit, Konfirmation oder Trauerfälle. Der Ernährungsmehrbedarf wegen besonderer Krankheiten ist eine Pauschale. Die Weihnachtsbeihilfe ist eine Pauschale.

Ich weiß nicht sozusagen, was Stoßrichtung Ihres Begehrens ist. Dann sagen Sie doch hier ex cathedra, welche Bereiche der Sozialhilfe in Bremen pauschaliert werden sollen, dann kann man sich damit auch auseinander setzen! Aber allgemein zu fordern, es soll mehr pauschaliert werden, dann will ich wissen, welche Bereiche das sein sollen!

Was nicht pauschaliert ist in Bremen, da sage ich Ihnen auch, Gott sei Dank noch nicht, und ich hoffe, dass man das auch verhindern kann, das sind die Wohnkosten, denn es ist dermaßen zufällig, ob jemand in einer Wohnung lebt, wo der Quadratmeter zwölf, 14, 16 oder 18 DM, neun Euro, also die Hälfte davon, kostet, und die Leute können das auch nur sehr begrenzt gestalten. Deshalb ist es nicht richtig, die Wohnkosten zu pauschalieren, das ist meine ganz feste Überzeugung, sondern wir werden weiter, wenn die Sozi-

alhilfe nicht über Gebühr steigen soll, um alle Notlagen da aufzufangen, die sich ergeben, wenn jemand eine besonders teure Wohnung hat, die Wohnkosten spezifisch bewilligen müssen, ohne dass es da die Möglichkeit der Pauschalierung gibt. Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie das, damit kann man sich dann auseinander setzen, aber diese pauschale Keule, es muss mehr pauschaliert werden, geht nicht!

Dann reden wir über den Rest von Sachen, die heute noch nicht pauschaliert sind. Das ist, wenn man ein neues Bett braucht, Gardinen, einen Fernseher, einen Kühlschrank oder eine neue Matratze. Das alles ist nicht pauschaliert. Wenn Sozialhilfeempfängerinnen oder -empfänger das brauchen, dann gehen sie zum Sozialamt und beantragen das. Diese längerlebigen Gebrauchsgegenstände zu pauschalieren ist ein großes Problem, denn das heißt nämlich, dass man die Menschen dazu anhalten muss, Sparguthaben zu bilden. Sozialhilfeempfänger bilden Sparguthaben für Gardinen, die es vielleicht alle 15 Jahre neu gibt, für den Kühlschrank, den es alle zwölf Jahre neu gibt, für den Fernseher, den es alle zehn Jahre neu gibt. Heute ist die Rechtslage aber, dass man nur 1000 DM Sparguthaben haben darf.

Da muss man sich dann irgendwann entscheiden, entweder sollen Sozialhilfeempfänger größere Sparguthaben anlegen, wobei wir ja hoffen, dass dauerhafter Bezug sowieso eher die Ausnahme ist, wir wollen ja, dass die Leute nach kurzer Zeit da wieder heraus sind, oder wir müssen weiter in den sauren Apfel beißen, Sozialhilfeempfänger und Verwaltung, dass jemand wegen einer Gardine extra in das Sozialamt kommt. Ich weiß, welchen Weg ich für sinnvoller halte, denn das andere ist ehrlich gesagt ziemlich Schwachsinn, da überall größere Guthaben anzulegen, zumal Sozialhilfeempfänger ja häufig auch gar keine Konten mehr bekommen bei unserem hervorragenden Sparkassensystem. Aber gut, das ist ein neues Problem!

Wenn Sie Gebrauchsgegenstände mit hoher Gebrauchsdauer pauschalieren, dann müssen Sie höhere Sparquoten bei Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern zulassen. Die Forderung erhebt hier keiner, und deshalb überdenken Sie Ihre Überlegung mit der Pauschalierung! Das hört sich irgendwie toll an, scheitert aber an der Praxis. Damit müssen Sie sich einmal auseinander setzen, und dann kann man einmal sehen, dass diese so tolle Idee in der Praxis einfach nichts taugt. Man kann deshalb zwar weiter über Verwaltungsvereinfachungen nachdenken, aber hier Pauschalen für Matratzen, Kühlschränke und Fernseher auszuschütten ist auch aus haushalts-

politischen Gründen in Bremen, ehrlich gesagt, ziemlicher Nonsens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich zunächst einmal, dass wir uns alle darüber einig sind, dass wir feststellen, dass Menschen, die unserer Hilfe bedürfen, auch einen entsprechenden Anspruch haben und dass dieser Anspruch erfüllt werden muss entsprechend der Rechtslage. Wir sind uns auch darüber einig, dass wir Missbrauch nicht hinnehmen wollen und Missbrauch angehen wollen. Wir sind uns darüber nur nicht einig, mit welchen Mitteln wir da vorgehen.

Aber ich glaube, Herr Oppermann, wenn Sie feststellen, dass Ihr Vorstoß im Sommer auch in Teilen des Senats große Aufregung hervorgerufen hat, also, mich können Sie damit nicht meinen. Wir haben es uns ganz in Ruhe angeschaut, was Sie vorgeschlagen haben, wir haben uns auch in Ruhe angeschaut, was die Stadt Bremerhaven eingeleitet hat, wir haben beim Städtetag eine Umfrage gemacht ad hoc und haben festgestellt, dass wir mit unserer Entscheidung, ein solches Telefon nicht einzurichten zu wollen, weil wir es nicht für nötig halten, nicht allein stehen, sondern die Städte, die wir abgefragt haben, haben ebenfalls ein solches Telefon nicht. Das hat auch seine Gründe. Die Gründe will ich Ihnen gern auch noch einmal darlegen, warum ich zu dieser Auffassung gekommen bin, dass wir eine Hotline nicht brauchen.

Der erste Grund liegt darin, dass wir jetzt schon viele Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern erhalten über die Sozialzentren, über die Bürgerbeauftragten beim Amt für Soziale Dienste, auch in der senatorischen Behörde, und auch bei mir kommen Hinweise an. Diesen Hinweisen wird nachgegangen. Diese Hinweise haben gegebenenfalls, wenn etwas an den Vorwürfen daran ist, Konsequenzen. Die Bürgerinnen und Bürger - das ist mein fester Eindruck - wissen also, an wen sie sich wenden sollen, wenn sie den Verdacht haben, dass Missbrauch betrieben wird. Daher halte ich eine eigene Stelle für Sozialmissbrauch, eine Hotline, für nicht erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Die Verwaltung nutzt im Übrigen die Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, um den Missbrauch aufzudecken. Es ist schon genannt wor-

den, ich will es aber trotzdem noch einmal sagen. Es werden Hausbesuche durchgeführt durch Sachbearbeiterinnen der Sozialhilfe. Da ist das Beispiel mit den Gardinen oder mit dem Kühlschrank oder mit dem Fernseher genannt worden, und diese Hausbesuche sind auch sehr effektiv, und ich bin sehr da hinterher, dass wir sie weiter ausdehnen.

Ich bin jetzt mit dem Amt für Soziale Dienste im Gespräch, dass wir weiter die Hausbesuche ausdehnen, damit wir da genau ansetzen, denn das bringt etwas. Wir machen schon seit längerem den Datenabgleich. Sie haben es gesagt, Hamburg hat es jetzt erst zum ersten Mal gemacht und hat eine Quote von 2,4 Prozent Missbrauch festgestellt, wobei auch meine Kollegin in Hamburg eingeräumt hat, dass viele Fälle eben dabei sind, in denen der Missbrauch bei 50 Euro oder so liegt, also nicht der Rede wert ist.

Das heißt, es wird in der Bevölkerung häufig überschätzt, was an Missbrauchsfällen tatsächlich relevant ist. Dieser Datenabgleich wird von uns konsequent weiterverfolgt, und ich habe auch Wert darauf gelegt, dass wir den Abgleich für das Kfz machen. Das werden wir jetzt angehen. Sie haben gefragt, wann das soweit ist, wir sind im Moment noch dabei, das vorzubereiten, aber auf jeden Fall wird es stattfinden. Wir werden diese Überprüfungen dann auch weiter systematisch fortführen.

Man muss aber wissen, auch solche Überprüfungen, Datenabgleiche kosten ja auch Geld, die sind ja nicht for nothing zu haben. Dieser Datenabgleich für Kfz kostet zum Beispiel rund gerechnet 10.000 Euro. Wir werden dann uns über die Erfahrungen noch einmal austauschen. Ich halte von solchen Abgleichen viel mehr als von einem solchen Telefon, denn die Abgleiche sind systematisch und effektiver.

(Beifall bei der SPD)

Ein Telefon kann natürlich nur zufällig Missbräuche aufdecken, weil zufällig Menschen meinen, sie könnten etwas feststellen, es ist keine Systematik darin. Deshalb halte ich es auch nicht für sinnvoll, ganz abgesehen davon, dass ich ebenfalls befürchte, dass wir durch ein solches Telefon, durch einen gezielten Aufruf, Sozialhilfemissbrauch zu melden, tatsächlich so eine Art Klima schaffen, dass wir insgesamt die Klientel der Sozialhilfeempfänger in ein bestimmtes negatives Image bringen. Daran ist mir wirklich nicht gelegen, weil, das ist hier auch schon gesagt worden, wir in der Tat das Problem der verschämten Armut haben.

Wir wollen doch gerade durch die Sozialzentren davon wegkommen, dass wir Sozialämter stigmatisieren, sondern wir wollen dahin kommen, dass Sozialzentren, Sie haben das doch eben auch in Ihrem zweiten Teil durchaus noch einmal hervorgehoben, Herr Oppermann, im Stadtteil eine Anlaufstelle sind für die Bürgerinnen und Bürger und auch die immer wieder hier schon erwähnte ältere Dame, die eigentlich einen Anspruch hat auf Sozialhilfe, Stichwort verschämte Armut, dahin gehen mag, sich traut, dahin zu gehen, und ihren Anspruch auch wahrnimmt, daran ist mit sehr gelegen. Ich befürchte einfach, dass wir durch ein solches Telefon ein völlig kontraproduktives Klima schaffen würden. Deswegen bin ich auch dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kosten spielen eine Rolle, das ist ein Punkt, aber der ist für mich auch nicht entscheidend. Den möchte ich hier auch nicht hervorheben. Anders sehe ich das bei der Schwarzarbeit. Da brauchen wir ein Telefon, weil Schwarzarbeit, das hat Frau Linnert schon gesagt, das geht auch aus unserer Antwort sehr dezidiert hervor, eben nicht so klar zu orten ist für den Bürger, wenn er meint, es ist Schwarzarbeit von ihm beobachtet worden, er müsste es melden. Wo soll er anrufen? Es gibt verschiedene Stellen, die sich damit beschäftigen, nicht nur ein Ressort. Es sind in verschiedenen Ressorts die Stellen zuständig, daher das große Problem, dass keine zielgerichtete Weiterleitung von Anrufen erfolgt und der Bürger eben auch keinen Ansprechpartner direkt erkennbar hat.

Deswegen brauchen wir in erster Linie dort eine Koordinierung, und diese Koordinierung leistet eben dieses Bürgertelefon! Bei diesem Bürgertelefon Schwarzarbeit laufen im Übrigen ja auch die Hinweise auf, wenn Sozialhilfeempfänger verdächtigt werden, Schwarzarbeit zu machen. Insofern gibt es da auch wieder eine Abgleichmöglichkeit, was den Sozialhilfeempfänger betrifft. Also, an der Stelle halte ich es für notwendig, und es zeigt auch die Praxis, dass es sich da gut bewährt, deswegen brauchen wir für die Schwarzarbeit ein solches Telefon.

Stichwort Pauschalierung! Sie haben es eben schon selbst ausgeführt, Herr Oppermann, Ihre Erwartung, dass in Sachsen schon konkrete Erfahrungen vorliegen, haben wir leider nicht feststellen können. Ich bin aber, das ergibt sich aus der Antwort des Senats, durchaus aufgeschlossen, was solche Modellversuche betrifft. Allerdings müssen wir nicht in Bremen, wir haben ja so eine Kultur von Modellversuchen in Bremen, uns

auf jedem Feld mit Modellversuchen profilieren, weil mir daran gelegen ist, dass wir diesen Herausforderungen, die wir mit den Sozialzentren zurzeit auf die Beine gestellt haben, die jetzt erst seit einem Jahr arbeiten und noch große Probleme haben, ich sage nur, Raumproblem, nicht noch mehr zumuten und ich die Sozialzentrenbildung nicht noch durch Modellversuche zusätzlich belasten möchte. Wir haben schon genug damit zu tun, dass sich das jetzt etabliert, dass sie sich vor Ort in Teambildung finden und dass wir, was ich eingangs gesagt habe, die Kapazität dann lieber verstärkt zum Beispiel in Sachen Hausbesuche hineinstecken als in einen neuen Modellversuch.

Frau Linnert hat es auch schon gesagt, wir haben schon nahezu große Teile der Sozialhilfe pauschaliert, der Regelsatz, die Bekleidungsbeihilfe, die Weihnachtsbeihilfe, die Feuerungsbeihilfe. Da ist schon ein Großteil dessen in der pauschalierten Regelung. Deswegen sollten wir in Ruhe abwarten, was andere Sozialhilfeträger an Modellversuchen entwickeln, sie auswerten, und dann können wir uns gern darüber unterhalten, was wir in Bremen für sinnvoll erachten, was wir übernehmen und was nicht. Wenn Sie aber andererseits gute Vorschläge haben, bringen Sie die doch in die Deputation ein! Wir sind aufgeschlossen und werden das dann diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe den Vorteil eben auch bei den Modellversuchen nicht nur in der Reduzierung des Verwaltungsaufwands, sondern gerade auch in dem Punkt Eigenverantwortung stärken. Das ist das, was wir wollen, auch gerade in der Sozialhilfe Menschen in die Lage zu versetzen, für sich selbst verantwortlich zu sein und ihnen die nötige Dispositionsfreiheit zu geben. Wenn Modellversuche für die Pauschalierung dazu beitragen, diesen Punkt zu stärken, dann werden wir uns da sicherlich sehr schnell einig werden und das auf den Weg bringen.

Kurz zusammengefasst: Ich bin sehr dafür, dass wir gemeinsam den Weg konsequent weitergehen, Missbrauch auch in der Sozialhilfe aufzudecken und dort die entscheidenden Schritte vorzunehmen. Ich bin aber dagegen, dass wir ein solches Telefon einrichten, weil ich es nicht für zielführend halte an dieser Stelle. Ich möchte auch nicht, dass wir durch ein solches Klima, das ich eben dadurch befürchte, zu einer Stimmung in der Stadt beitragen, mit der wir Sozialhilfeempfänger

noch weiter stigmatisieren. Daran ist mir sehr gelegen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort der Senats, Drucksache 15/629 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Innenstadtentwicklung

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 31. Juli 2002

(Drucksache 15/598 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. September 2002

(Drucksache 15/620 S)

Wir verbinden hiermit:

Sofortprogramm Innenstadt

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 22. Oktober 2002

(Drucksache 15/632 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Frau Staatsrätin Winther.

Frau Senatorin, möchten Sie die Antwort des Senats mündlich vortragen? - Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass eine Debatte gewünscht wird.

Das Wort hat der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! CDU und SPD haben eine Große Anfrage zum Thema Innenstadtentwicklung hier eingereicht, und wir debattieren jetzt die Antwort des Senats zu dieser Großen Anfrage. Auf Vorschlag des Wirtschafts- und des Bauressorts, damals waren es Herr Hattig und Herr Dr. Schulte, beide CDU, wurde ein Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren entwickelt, und das Programm hat dann der Senat beschlossen. Es gab dann von einer Seite ein bisschen Grummeln, das werde ich aber nicht näher zitieren. Das kann viel-

leicht während der Debatte vertieft werden, falls dazu Anmerkungen kommen sollten.

Das Programm hat ein Mittelvolumen von rund 100 Millionen DM für den Zeitraum 1999 bis 2004. Das Programm ist fast abgewickelt, und deswegen war es aus unserer Sicht richtig und notwendig, einmal eine Art Bilanz zu ziehen, bevor man das Programm zum Schluss entwickelt, bevor man darüber diskutiert, was denn noch weiter notwendig ist.

Bevor ich über dieses Programm Bemerkungen oder Anmerkungen mache, habe ich noch einmal in meinen Unterlagen nachgeschaut, wie es denn früher einmal in der Innenstadt war. Ein Kollege hat ja schon einmal aus dem Jahre 1988 zitiert, und deswegen wollte ich das doch auch einmal gern tun. Wie sah es denn damals aus, wie war denn die Berichterstattung über die Innenstadt? Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem „Bremer Journal“, da heißt es: „Im Vergleichszeitraum 1978 bis 1984 ergab sich ein Umsatzminus von 31 Prozent. Das entspricht einem in der Innenstadt verlorenen Umsatzvolumen von mehr als 300 Millionen DM, und ein Personalabbau von 21 Prozent, das heißt 1600 Arbeitsplätze allein im Einzelhandel, innerhalb des Wallgrabens war die Folge.“

Ich kann eine Vorlage des Wirtschaftsressorts, damals SPD-geführt, nehmen. Da heißt es: „Die Bremer Innenstadt hat in den vergangenen Jahren einen ständigen Bedeutungsverlust im Einzelhandel zu verzeichnen. So ist der Anteil des Innenstadtumsatzes am gesamtbremschen Einzelhandelsumsatz von 1978 bis 1984 von 28,9 auf 23,9 gesunken. Dieser Verlust entsprach einem absoluten Rückgang des Einzelhandelsumsatzes in der Innenstadt von 1,14 Milliarden DM auf 1,1 Milliarden DM, also um 46 Millionen DM.“ Hier wird natürlich nicht von Arbeitsplätzen gesprochen, aber ich habe die Zahlen ja eben schon erwähnt, was dies bedeutet hat, welche Entwicklung die Innenstadt genommen hat.

Die Frage ist: Wieso ist das so passiert, wieso ist das so entstanden mit dieser Innenstadt? Ich will auch noch einmal aus einem Artikel drei Stellen zitieren. Die SPD hatte 1987 eine Fachtagung gemacht, ein SPD-Forum zum Thema „Unsere Stadt im Jahre 2000“. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus einem Artikel des „Weser-Kurier“ vom 16. Juni 1987. Die Überschrift heißt: „Visionen von einem geschrumpften Bremen“. Wie die Einzelhandelsumsätze, die Arbeitsplätze geschrumpft sind, habe ich ja schon erwähnt, dass das nicht nur Fakten waren, sondern dass Visionen für das Jahr 2000 dahinter stecken, kann man mehreren Zitaten entnehmen.

Zum einem hieß es: „Zur Jahrtausendwende gibt es danach in der Bundesrepublik nur noch 40 Millionen Deutsche.“ Deswegen redete man damals auch von einer schrumpfenden Bundesrepublik Deutschland und natürlich auch von einem schrumpfenden Bremen. Dann heißt es weiter: „Eine soziale Stadt, die von der Planungsbehörde gegen die Interessen der Wirtschaft und der Besitzenden durchgesetzt werden müsse, das ist unser Ziel.“

Dann kommt eine Passage, die will ich doch ein bisschen länger zitieren, weil das nicht nur den Wirtschaftsbereich, sondern andere Bereiche auch betrifft. Kulturpolitiker sollten vielleicht auch einmal zuhören, Frau Emigholz, weil das ihren Bereich auch betrifft. „Es wurde kritisiert, Firmen anzuwerben, obwohl das alle Städte versuchen. Dabei gebe es überhaupt nicht so viele Betriebe, die für eine echte Neuansiedlung in Frage kämen. Auch die Bestrebung, das Image der Stadt mit einem Kongresszentrum aufzupolieren, müsse als verfehlt angesehen werden. Das machten andere Städte auch. Fatal sei, dass hierfür das wenige Geld ausgegeben werde, anstatt die ansässige Wirtschaft zu stützen. Ebenso verfehlt sei es für die Städte mit schrumpfenden Einwohnerzahlen, in die Kultur zu investieren. Zwar hat man erkannt, dass kulturelle Einrichtungen ein enormer Wirtschaftszweig sind, aber es ist zweifelhaft, ob sich die Investitionen lohnen. Man schlug vor, den Schrumpfungsprozess zu akzeptieren, immerhin gebe es die Gewissheit, dass die oberzentrale Funktion bleibe.“

Meine Damen und Herren, das war die Denkweise. Deswegen standen wir als Bremer da, wo wir ein Stück weit auch seit Beginn der großen Koalition standen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wurde auch einiges verändert, und so wurde auch dieses Innenstadtprogramm aufgelegt. Damals, 1988, hat die Handelskammer noch gefordert, ein Innenstadtprogramm aufzulegen. Ich habe auch den Artikel hier vom 5. März 1988. Da heißt es sinngemäß, dafür sei kein Geld da.

Meine Damen und Herren, nachdem man das Geld, die große Koalition auf Vorschlag der beiden Ressorts, die ich erwähnt habe, bereitgestellt hat in Höhe von rund 100 Millionen, sind in der Zwischenzeit von den vorgeschlagenen 134 Projekten 82 abgeschlossen, 33 Projekte befinden sich in der Umsetzung und 17 in der Vorbereitung. Ich finde, das prominenteste Projekt, das zu diesen Maßnahmen gehört, nämlich die Umgestaltung des Marktplatzes, haben wir ganz aktuell vor kurzem erst den Bürgern übergeben können. Ich

finde, diese Umgestaltung ist eine hervorragende und gelungene Umgestaltung.

(Beifall bei der CDU)

Zu diesem Sofortprogramm gehören verschiedene Maßnahmen. Die Erreichbarkeit der Innenstadt ist ein Thema. Das war strittig bei unserem Koalitionspartner, aber wir haben es trotzdem damals beschlossen. Dazu gehörte die Aufwertung der Innenstadt wie zum Beispiel Herdentorsteinweg, Sögestraße, Obernstraße, Bürgermeister-Smidt-Straße, Wallpassage, Schlachte, Kulturmeile. Wir haben die Verknüpfung zwischen den Häfen, dem Space-Park und der Innenstadt als eine wichtige Maßnahme in unserem Programm gehabt. Wir haben das Stadtmanagement mit dem Fassadenprogramm und dem City Service, nur als einige Beispiele, damals mitbeschlossen und auch realisiert.

Die Wirtschaftsförderungsausschüsse haben zuletzt im März dieses Jahres noch weitere Beschlüsse gefasst, nämlich die Fortführung des Baustellenmarketings, was sich als eine hervorragende Aktion erwiesen hat, und auch die Koordination hat hervorragend geklappt, das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich erwähnen und denjenigen, die dazu einen Beitrag geleistet haben, ein herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin ja derjenige, der häufiger auch einmal dazu neigt, Baustellenmanagement zu kritisieren, aber wenn das hervorragend läuft, muss man das auch ausdrücklich loben. Frau Wischer, ich finde, das sollten Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich mit auf den Weg geben, dass dies lobend erwähnt worden ist.

In dieser Sitzung im März 2002 wurden auch die Beleuchtung und die Beteiligung an Vordächern in der Sögestraße besprochen. Da haben wir noch einiges an Problemen zu lösen, aber diejenigen, die da engagiert tätig sind, sind zuversichtlich, und wir möchten alle Beteiligten, insbesondere die Eigentümer, auffordern, sich da noch stärker zu engagieren, damit auch insgesamt eine einheitliche Lösung zustande kommt. Ich hoffe, dass das auf einem guten Weg ist. Es ist ein Beleuchtungskonzept unter Einbeziehung der an den Marktplatz angrenzenden Bereiche in Planung. Ich hoffe, es ist auch ein Leib- und Magenthema von mir, dass wir auch das irgendwann doch noch einmal gut umsetzen können.

Die Erweiterung des Parkhauses Langenstraße ist eine konkrete Maßnahme, die beschlossen wor-

den ist. Die Umfeldgestaltung Börsenhof, der Abschluss der Umgestaltung Bischofsnadel, die Fortführung des Fassadenprogramms! Was ist noch nicht angegangen worden? Es ist noch nicht alles fertig. Dazu gehört zum Beispiel der Bereich um das Siemens-Hochhaus. Was im Jahre 2003 passieren soll, die Umgestaltung des Schüsselkorbs, die Herdentorwallstraße, Museumstraße, die Umgestaltung des Walls vom Herdentor bis zum Doventor, die Umgestaltung der oberen Schlachte, da gibt es auch entsprechende Beschlüsse.

Was im Jahr 2004 vorgesehen ist, der Bereich Ostertorstraße und die Aufwertung des Bereichs Carl-Ronning-Straße, hier muss ich allerdings sagen, halte ich dies für einen zu späten Zeitpunkt. Frau Lemke-Schulte ist leider nicht da. Schon zu ihrer Amtszeit, als der erste Teil, die Umgestaltung der Knochenhauerstraße beschlossen und auch dann realisiert wurde, ist gesagt worden, wenn das fertig ist, kommt anschließend die Carl-Ronning-Straße an die Reihe. Dieser Zustand, den wir dort immer noch vorfinden, ist nicht akzeptabel. Deswegen, glaube ich, muss gegenüber dem, was hier in der Mitteilung des Senats steht, so schnell wie möglich dort etwas passieren, denn hinter der Sögestraße kann zwar keine Eins-a-Lage entstehen, es wird aber eine Eins-b-Lage entstehen. Da muss etwas passieren, damit in diesem Bereich auch eine attraktive Einkaufszone entsteht.

Wie sehen das denn die Bürger und die betroffenen Einzelhändler? Ich finde, das muss man auch deutlich hervorheben, dass die Besucher- und die Kundenfrequenz seit 1995, das wird auch in der Antwort des Senats deutlich, sich wirklich erheblich verbessert hat. Von 1995 bis 1999 ist bei 100 untersuchten Städten hinsichtlich der Passantenfrequenz Bremen vom Platz 27 auf Platz neun nach oben gestiegen, und, ich meine, das ist ein deutlicher Fortschritt. Beim Kaufkraftpotential ist Bremen vom Rang 27 auf Rang zwölf und beim Ertragsindex vom Rang 62 auf Rang 40 gestiegen. All dies sind Indikatoren, dass sich die Lage sehr verbessert hat.

Genauso ist das, wenn man die Bürger im Umland fragt. So haben im November 2000 von den 1501 Befragten 84,2 Prozent die bauliche und gestalterische Veränderung in Bremen bemerkt. Das merkt man auch daran, dass der Einzugsbereich Bremens größer geworden ist, das stellen die Einzelhändler fest. Meine Damen und Herren, wenn die Einzelhändler das feststellen, das muss man immer wieder sagen, dann geht es nicht nur darum, dass die Einzelhändler glücklich sind und dass die Einzelhändler höhere Gewinne bekommen, sondern für mich ist immer wichtig, dass dahinter Arbeitnehmer stehen, die zusätzliche Ar-

beitsplätze bekommen, dass Familien in Lohn und Brot stehen und Geld verdienen und dass sie nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind. Ich finde, das ist auch immer wichtig zu sagen. So unterstützenswert Einzelhändler sind, aber das ist, glaube ich, ein noch wichtigerer Punkt.

(Beifall bei der CDU - Glocke)

In Anbetracht der Redezeit will ich nur noch kurz darauf hinweisen, dass wir ein Anschlussprogramm brauchen, dass wir ein Anschlussprogramm bis zum Jahr 2010 brauchen, das wird den Titel tragen „Innenstadt 2010“. In diesem Programm sind Schwerpunkte gesetzt wie Verknüpfung der Innenstadt mit angrenzenden Quartieren, die Verbesserung des Innenstadtmanagements, die Verbesserung und Optimierung der Erreichbarkeit der Innenstadt, Wohnen an Wall und Weser, ein ganz wichtiges Ziel, die Weiterentwicklung der Innenstadt in den Bereichen Passagenviertel, nördliche Innenstadt, Justizviertel, Martiniquartier, aber auch die Verbindung der Innenstadt zum Steintor, zum Faulenquartier, zur Bürgerweide und zum Rembertiviertel, nach Schwachhausen.

Deswegen haben wir auch einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der sich auf diese Schwerpunkte bezieht, konkret noch einmal das Faulenquartier, die Innenstadt, Ostertor, Steintor, Wohnen an Wall und Weser, aber auch die Schwerpunkte, die ich eben genannt habe, und den Senat auffordert, hier entsprechende Vorlagen vorzulegen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, um ein Fazit zu ziehen, wir haben eine Menge erreicht mit diesem Programm, ich habe das deutlich gemacht, aber wir müssen noch viel tun. Wer stehen bleibt, das kann man ein Stück weit an Vegesack sehen, da hat man in der Zwischenzeit einmal gemeint, man hätte viel gemacht und müsste nicht mehr weiterarbeiten, Vegesack ist das beste Beispiel, dass es ein ständiger Prozess ist. Gerade hier in der Innenstadt muss dieser ständige Prozess fortgeführt und sogar noch intensiviert werden. Das erwarten wir als Regierungsfraktion vom Senat, dass hier entsprechend gearbeitet wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Pflugradt, die SPD mag 1988 in vielem geirrt haben, ich glaube, sie ist lernfähig, aber auch die CDU ist in dem, was sie an Wachstums-

szenarien uns immer vorredet, glaube ich, auch nicht immer auf der ganz richtigen Spur.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bremer Innenstadt ist das Herzstück Bremens. Sie ist Anziehungspunkt nicht nur für die Bremerinnen und Bremer, sondern auch für viele auswärtige Besucherinnen und Besucher. Es ist wichtig, dass das Image der Bremer Innenstadt gestärkt wird, um im Städtewettbewerb weiterhin konkurrieren zu können, und Bremen auch eine überregionale Bedeutung erhält und verstärkt bekommt, meine Damen und Herren!

Ich stimme mit dem Kollegen Pflugradt überein, es ist in den vergangenen Jahren viel geleistet worden in der Bremer Innenstadt, und wir Grünen waren es, die das seit Jahren gefordert haben. Wir haben diesen Prozess immer positiv begleitet, und wir werden das auch weiterhin tun. Ich möchte ein paar Maßnahmen hervorheben, die Kollege Pflugradt noch nicht genannt hat. Mich hat besonders beeindruckt, dass es gelungen ist, mit dem Umbau der Wertpapierbörse an der Obernstraße, eine alte historische Fassade zu erhalten, praktisch alte Architektur mit neuer Architektur zu verbinden. Genauso gilt dies für das Kontorhaus am Markt. Dies sollte ein Vorbild sein vor allem mit dem Umgang mit der historischen Bausubstanz in der Bremer Innenstadt. Dies hat gezeigt, es muss nicht immer Abriss sein, neue und alte Architektur können zu etwas positiv neuem Ganzen weiterentwickelt werden.

Meine Damen und Herren, auch vom Marktplatz hat Kollege Pflugradt schon geredet. Ganz besonders beeindruckend war, dass es hier trotz dieser gewaltigen Baustelle gelungen ist, die Menschen auch quasi an der Baustelle teilhaben zu lassen, dass gerade die Ausgrabungen am Marktplatz dazu geführt haben, dass Menschen stehen geblieben sind, um ihre Bremer Geschichte unter dem Marktplatz zu bewundern. Schade ist eigentlich nur, dass es nicht gelungen ist, dieses Stück altes Bremen irgendwie weiterhin für die Stadt sichtbar zu machen, schade eigentlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir Grünen wollen eine starke, eine urbane, eine lebendige Innenstadt, attraktiv für Jung und Alt. Da ist mir aufgefallen, dass bei den vielen Maßnahmen, die jetzt positiv verändert worden sind, noch etwas fehlt. Es geht nicht immer nur um gebaute Steine, und das, was positiv verändert worden ist, ist noch nicht alles. Es fehlen zum Beispiel jede Menge Bänke, Sitzgelegenheiten gerade für die vielen älteren Besucher der Stadt. Hier könnte noch nachgebessert

werden, und dies gilt genauso für ausreichende Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten für Kinder, die unsere Stadt mit ihren Eltern besuchen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Sofortprogramm Innenstadt dient dazu, die City Bremens stark zu machen im härter werden den Konkurrenzkampf der Städte untereinander, aber auch stark zu machen gegenüber der innerstädtischen Konkurrenz. Diesen Zusammenhang, Kollege Pflugradt, das richte ich auch im Besonderen an Sie, herzustellen und auf keinen Fall unter den Tisch zu kehren, darauf legen die Grünen eindeutig Wert. Sie sind es gewesen, und damit meine ich jetzt die große Koalition, die 44.000 Quadratmeter neue Einzelhandelsfläche neu am Space-Park entstehen lassen, und unserer Auffassung nach wäre es naiv anzunehmen, dass sich eine so große Einzelhandelsfläche nicht auf die Kaufkraft in der Innenstadt auswirken wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal daran erinnern, dass dieses Sofortprogramm Innenstadt eine Folge des Protestes der Kaufleute in der Innenstadt war, dass es die Kaufleute in der Innenstadt waren, die befürchtet haben, dass mit diesen zusätzlichen Einzelhandelsflächen der Innenstadt der Garaus gemacht wird. Insofern muss man deutlich sagen, dass dieses Sofortprogramm der Versuch ist, die Innenstadt trotz Space-Park überhaupt überlebensfähig zu erhalten. Meine Damen und Herren, ob das gelingen wird, ist noch keineswegs ausgemacht. Wir Grünen hoffen, dass die Eröffnung des Space-Parks nicht zu Lasten der Innenstadt ausgeht, denn das kann sich Bremen nicht erlauben, eine kränkelnde Innenstadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die Debatte über die Innenstadt sollte aber nicht stehen bleiben in den Lobreden, was alles neu gepflastert und gebaut wurde. Vielmehr müssen wir uns die Frage nach einer langfristigen Perspektive der Stadtmitte insgesamt stellen. Seit den siebziger Jahren schrumpft die Zahl der Beschäftigten in der Innenstadt. Die Zahl der Büroarbeitsplätze sollte bis zum Jahr 2002 um 10.000 Quadratmeter steigen, davon sind wir noch weit entfernt. Seit 1995 liegt der Büroflächenbestand bei zirka 90.000 Quadratmetern, und was an Neubauflächen dazukommt, wird an anderer Stelle aus dem Markt herausgenommen.

Es ist kein Geheimnis, dass der Anteil an überalterten und schwer vermarktbareren Büroflächen in der Innenstadt steigt. Meine Damen und Herren,

wir glauben, dass man auf diese Probleme hinweisen muss, und dass man für diese Probleme Lösungen finden muss. Wir Grünen haben bereits vor vier Jahren einen Antrag hier in der Bürgerschaft gestellt, ein Programm zur Umnutzung von Büroraum in Wohnraum aufzulegen. Sie haben damals leider diesen Antrag abgelehnt. Ich hoffe aber sehr, dass Sie mit uns gemeinsam hier noch einmal neu nachdenken, wie man gerade diesen schwer vermarktbareren Büroraum, der doch zunehmend leer steht, sinnvoll nutzen kann, um mehr Menschen in die Innenstadt zu bringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine urbane, eine lebendige City braucht auch Menschen, die sich nach 22 Uhr in ihr tummeln, und wer könnte das besser sein als diejenigen, die in der City wohnen! Insofern unterstützen Sie uns dabei, denken Sie darüber nach, wie man mehr Menschen zum Wohnen in die Innenstadt bekommt!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Welche Vorschläge haben Sie denn dazu?)

Vor allem darf es aus unserer Sicht aber kein überbordendes Angebot für Büroflächen an der Peripherie geben und dies auch noch zu günstigsten Konditionen mit Preisen, mit denen die Innenstadt nicht konkurrieren kann. Wir Grünen wollen, dass Wachstum und Erneuerung in der Mitte der Stadt stattfinden und nicht auf der grünen Wiese. Mit der Mitte der Stadt meinen wir nicht nur die City selbst, sondern und auch gerade die angrenzenden Stadtteile. Insofern, Kollege Pflugradt und Kollege Sieling, Ihren Antrag, den Sie uns heute vorlegen, finden wir einen Schritt in die richtige Richtung. Er greift übrigens auch alte grüne Forderungen auf. Wir machen ihn selbstverständlich gern mit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit der Ansiedlung Radio Bremens und eines Medienzentrums im Faulenquartier erhält ein lange vernachlässigtes Quartier, das mit seiner zentralen Lage am Fluss sehr attraktiv werden kann, endlich eine neue Chance. Ich finde auch sehr vernünftig, dass man im Zusammenhang mit der Entwicklung des Faulenquartiers endlich dazu kommt, zukünftig zu sagen, die Menschen schauen auf die Weser und nicht die Autos, und dass die Diepenau, wo jetzt Autos parken, zukünftig ein attraktiveres Gesicht erhält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Stadt aufzuwerten und weiterzuentwickeln war und ist eine urgrüne Idee, und wir Grünen freuen

uns besonders, dass Bürgermeister Henning Scherf auf unserem grünen Parteitag vergangene Woche diese Tatsache angesprochen hat, die Stadt am Fluss mitgedacht zu haben in Bremen, dass dies auf das Konto der Grünen geht, und das wird es auch weiterhin tun, meine Damen und Herren.

In den kommenden Jahren muss es neben der Fortschreibung des Sofortprogramms Innenstadt darum gehen, die City mit den angrenzenden Stadtquartieren zu verknüpfen. Dazu gehört eine Umgestaltung des Ostertorviertels, Herr Pflugradt hat darauf hingewiesen, und dazu gehört natürlich auch die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel. Gerade Ostertor- und Steintorviertel bilden die direkte Verlängerung der Innenstadt. Die Lebensqualität und damit auch die Kaufkraft gilt es zu erhalten und zu stärken, nicht nur für dieses citynahe Quartier selbst. Gerade weil das so ein pulsierendes Quartier ist, ist es auch wichtig, weil diese Entwicklung im Viertel auch auf eine positive Weiterentwicklung der Innenstadt ausstrahlen wird.

Voraussetzung ist für uns allerdings, dass das Wohnen in der City und in den gewachsenen Stadtstrukturen aufgewertet wird, dass es quasi einen neuen Schub gibt für das Wohnen, Arbeiten und Einkaufen in der Mitte der Stadt. Wir erwarten von der Bausenatorin, dass sie noch in diesem Jahr das Startsignal für eine städtebauliche Entwicklung des Rembertikreisels gibt, denn gerade hier, in diesem Quartier gibt es die Chance, innenstadtnah neues Wohnen für junge Menschen, für alte Menschen zu schaffen und damit gleichzeitig auch einen Schritt in Richtung Aufwertung der ganzen Bahnhofsvorstadt zu leisten. Die gewachsenen Strukturen müssen gestärkt werden, neue Entwicklungspotentiale innenstadtnah und im Bestand geschaffen werden. Wir Grünen wollen, dass zukünftig Geld weg von der Peripherie hin in die Mitte der Stadt fließt.

Wir müssen eine differenzierte und architektonisch interessante Wohnungsbaupolitik betreiben. Nicht alle Menschen suchen ein frei stehendes Einfamilienhaus am Stadtrand. Es gibt diese urbanen Zielgruppen, sie werden auch in Ihrem Antrag genannt. Die vielen Singles, die jungen Studenten, die Berufsanfänger, aber auch die große Anzahl älterer Menschen, alle diese gehören zu denen, die man gezielt bewerben muss, mit speziellen Angeboten wieder in die Stadt locken muss. Alle diese haben erkannt, dass es ein Gewinn sein kann, in einer lebendigen, urbanen Stadt zu leben.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, mit diesem Programm, mit diesem Antrag kann ein weiterer Schritt zur Stärkung der Stadt getan werden. Um das zu einem Erfolg zu führen, bedarf es aber einer Richtungsentscheidung zugunsten der Stadtmittte. Dies, Kollege Pflugradt, geht nur, wenn sich die CDU endlich davon verabschiedet, die Stadt immer weiter an der Peripherie auszubauen. So kann das nicht funktionieren. Man muss sich entscheiden, sowohl als auch geht nicht! Wir müssen uns auf den Bestand konzentrieren, dann wird die Stadt auch einen Erfolg haben.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, wir Grünen wollen neue Adressen auf altem Boden schaffen. Das wird die City stärken, und das wird die ganze Stadt Bremen stärken. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will meinen Beitrag unter das Motto „Back to the Future“, also „Zurück in die Zukunft“ stellen, das deshalb, weil Kollege Pflugradt, jetzt telefoniert er leider gerade, einen so schönen Ausflug in die Geschichte gemacht und hier aus dem Jahr 1988 zitiert hat, was die SPD damals diskutiert hat. Was die SPD diskutiert hat, da könnte ich noch mithalten. Ansonsten fehlt mir natürlich einiges an Erfahrung, weil ich glaube, Kollege Pflugradt kann da immer tief in die Kiste greifen. 26 Jahre Bürgerschaft seit 1975, da komme ich nicht so ganz mit. Von daher bewege ich mich gern auf dem aktuellen Territorium und schaue mehr in die Zukunft, daran liegt mir mehr.

(Zurufe von der CDU)

Zu den Ausführungen, die hier gemacht wurden zur SPD, kann ich nur sagen, ich finde es erstens gut und richtig, dass unsere Partei immer noch in der Lage ist, auch unterschiedliche Szenarien zu betrachten und unterschiedliche Möglichkeiten ins Auge zu fassen, und zweitens will ich darauf hinweisen, dass das, was wir für die Innenstadt in den letzten zehn bis 15 Jahren getan haben, richtig und gut ist. Da hilft es nicht, wenn man irgendwelche Papiere, von denen ich gar nicht weiß, wer sie autorisiert, wer sie geschrieben und wer sie beschlossen hat, hier zitiert.

Entscheidender ist doch wohl, und alle meine Vorredner haben die Frage angesprochen, woher

dieses Programm eigentlich kommt, woher das Engagement für die Innenstadt kommt. Kollegin Krusche hat da, glaube ich, ein paar wichtige Hinweise gegeben. Der erste Punkt ist: Die Stärkung der Innenstadt und die Verbesserung der Qualität bis hin zum Projekt Schlachte resultiert aus der Diskussion um die Stadt am Fluss. Damals war es meine jetzige Kollegin Eva-Maria Lemke-Schulte, die Bausenatorin war und sich dafür stark gemacht hat. Das sind programmatische Wurzeln und auch projektbezogene Wurzeln dieses Programms.

Das Zweite ist die Tatsache, auch das hat Kollegin Krusche genannt, dass wir hier diskutiert haben und dass natürlich Druck auch aus der Innenstadt kam, wenn der Space-Park kommt, dann muss die Innenstadt attraktiv dastehen, leistungsstark sein. Deshalb braucht man ein solches Kompensationsprogramm, das möglichst in seinen wesentlichen Eckpunkten fertig sein soll, bevor der Space-Park eröffnet wird. Ich denke, wir können es heute als Erfolg verbuchen, dass in der Tat wesentliche Maßnahmen dieses Innenstadtprogramms fertig sind und damit die Innenstadt gestärkt und gerüstet für diesen Prozess ist.

Ich will hier aber auch nicht versäumen, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Idee für ein solches Kompensationsprogramm nach meiner Kenntnis - Kollege Pflugradt hat die Senatoren Dr. Schulte und auch schon Herrn Hattig als Wirtschaftssenator gelobt - sehr stark aus dem Bereich der Cityinitiative Bremen gekommen ist, aufgenommen von meinem Kollegen Detmar Leo, der sich damals sehr stark gemacht hat, um ein solches Innenstadtprogramm hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das finde ich gut, daran muss man doch erinnern und hier nicht nur davon reden, welche Senatoren gerade in Amt und Würden waren, sondern wichtig ist an der Stelle, was passiert.

Jetzt zu den einzelnen Maßnahmen! Ich brauche dies nicht zu wiederholen, dass wir eine Situation haben mit den Flaggschiffen dieses Innenstadtprogramms. Diese Flaggschiffe waren von vielen Menschen in der Stadt kritisch beäugt worden. Die Flaggschiffe sind doch die Obernstraße, die Neupflasterung der Obernstraße, die Neupflasterung und Neugestaltung der Sögestraße, aber übrigens auch die Herstellung der Schlachte und das Heranführen der Stadt an die Schlachte und nicht zuletzt der Marktplatz selbst, den wir in der Tat erst vor wenigen Tagen eröffnet haben. Dort kann man auch feststellen, wie schön er geworden ist, welche solide und gute Arbeit dort geleistet worden

ist, und wir haben, glaube ich, wirklich ein Prachtstück mit diesem neuen Marktplatz vorliegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss selbst bekennen, dass ich im Zusammenhang mit diesem Innenstadtprogramm und mit der Umsetzung der Maßnahme so richtig zum Fan dessen geworden bin, was wir hier gemacht haben. Ich finde das gut, eine richtige Aufwertung, eine tolle Sache, darauf sind viele Bremerinnen und Bremer stolz und ich selbst auch und meine Fraktion ebenfalls und, ich glaube, das ganze Haus!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt muss ich doch noch einmal auf einen Aspekt kommen, denn der Kollege Pflugradt hat einen netten Punkt angesprochen, von dem ich sehr froh bin, dass er sich verändert hat. Es gab in der Tat einmal ein bisschen Grummeln, jetzt gehe ich doch noch einmal in die Geschichte der Gründung dieses Innenstadtprogramms. Es gab einen Punkt, da hat es bei uns in der Fraktion ein bisschen gegrummelt. Das stimmt in der Tat, weil es dort das Kapitel Erreichbarkeit der Innenstadt gibt. Dass wir in dem ursprünglichen Programm eine Formulierung finden mussten, dass man nun auch prüfen möchte, ob nicht die Hollerlandtrasse zur Innenstadtattraktivierung beitragen würde, da hat es bei uns ein bisschen gegrummelt. Meine Damen und Herren, schauen Sie jetzt einmal in die Mitteilung des Senats, da steht nichts mehr von der Hollerlandtrasse! Das sind Fortschritte, das ist gut, und da bin ich froh, dass wir das verändert haben, Kollege Pflugradt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, so bekommen wir auch ein ordentliches Fortschreibungsprogramm hin.

Worauf ich noch einmal hinweisen möchte, ist, dass nicht nur die Leute, wie es auch in der Mitteilung des Senats dargestellt worden ist, richtig stolz darauf sind, die Touristen, und man auch richtig spüren kann, wie die Innenstadt wieder mehr Besucher hat, sondern es wird, und das möchte ich doch anmerken, auch mit Zahlen jongliert hinsichtlich der Investitionen, die dort getätigt sind. Ich finde, dass die 230 Millionen Euro, die privat investiert worden sind, eine beachtliche Zahl sind. Da sind viele Projekte aufgeführt worden, die richtig und gut sind, und ich denke, dass uns das mit dem Programm gelungen ist, mit öffentlicher Investition Grundlagen, 44 Millionen, viel Privates zu mobilisieren. Ich finde, der Senat hätte es aber nicht nötig gehabt, unter der Überschrift

„Private Investitionen“ in der Liste auch die Maßnahmen der BIG, die Maßnahmen der BrePark und die Maßnahmen der BSAG aufzuführen. Das ist nicht nötig, es vergrößert zwar schön die Zahl des privaten Invests, aber wir können so schon zufrieden sein und brauchen bei diesem Programm nicht, dass man noch oben drauflegt und noch ein bisschen mehr dazuschreibt.

Jetzt darf ich zu unserem Antrag kommen, den wir Ihnen vorgelegt haben, und den Blick nach vorn wenden! Ich möchte darauf hinweisen, dass wir diese Diskussion heute nicht beenden, sondern wollen und dies dringend brauchen, dass dieses Fortschreibungsprogramm Innenstadt 2010 mit all seinen Schwerpunkten, Innenstadtmanagement, Bremen spezial und wie sie heißen, uns hier in der Bürgerschaft noch einmal vorgelegt werden soll. Die Programmprioritäten, und das möchten wir zum Ausdruck bringen, stehen aber doch eigentlich, das ist die neue Qualität, unter zwei Überschriften, die sich bisher nicht so gefunden haben. Die eine lautet: Auf in die Vorstädte! Verbindet die Innenstadt jetzt mit ihren anliegenden Stadtquartieren! Die zweite Überschrift heißt: In der Stadt pulsiert das ganze Leben!

Zu dem ersten Punkt, auf in die Vorstädte, will ich nur auf unsere Punkte zwei und drei des Antrags hinweisen, weil wir damit auch zum Ausdruck bringen wollen, dass jetzt schnell daran gegangen werden muss. Das Faulenquartier wieder richtig in Gang zu bekommen und aus seiner Situation herauszukommen ist, glaube ich, ein gemeinsames Anliegen von uns allen. Ich bin sehr froh, und wir bringen das auch hier zum Ausdruck, man braucht immer Pilotprojekte, und man braucht richtige Schlüsselinvestitionen, und es ist doch gut, dass der Senat sich für die Ansiedlung eines Medienzentrums dort entschieden hat und für die Ansiedlung von Radio Bremen. Ich glaube, das wird einen wesentlichen Impuls für das Faulenquartier geben, und flankiert wird das Ganze dann noch einmal durch die Maßnahmen des Innenstadtprogramms selbst, die wir noch einmal vorsehen mit der Verlängerung der Schlachte und so weiter.

Der zweite Punkt in dem Zusammenhang ist, Kollegin Krusche hat das auch angesprochen, der Weg in den Bereich Ostertor/Steintor. Wir haben diese exzellente Kulturmeile, dann aber gibt es doch auch einiges an Problemen, was dort jetzt im Rahmen eines Viertel-Konzepts bearbeitet worden ist. Da, finde ich, das muss man sagen, brauchen wir hier nichts zu wiederholen. Wir haben hier einen Antrag in diesem Haus beschlossen, dass wir ein solches Viertel-Konzept gern sehen möchten. Dieses Konzept ist vor einem Jahr beschlossen worden und hätte eigentlich schon längst vorge-

legt werden sollen. Jetzt ist es endlich soweit, weil es dort einen sehr breiten Prozess gegeben hat, dass dieses Viertel-Konzept fertig ist. Wir wollen hier die Erwartung zum Ausdruck bringen, dass wir jetzt nicht noch länger Zeit ins Land gehen lassen, sondern dieses mit Kaufleuten, Anwohnern, Beirat und unter der Regie von Fachleuten erstellte Viertel-Konzept muss schnell hier im Haus vorgelegt werden. Deshalb sagen wir, dies bitte bis Dezember 2002, also Ende dieses Jahres, damit wir schnell ins Umsetzen des Innenstadtprogramms kommen!

In der Innenstadt pulsiert das ganze Leben, das ist in der Tat das Thema des dritten Punktes und meines Erachtens auch des dritten Schwerpunktes, der schnell angegangen werden muss: Wohnen an Wall und Weser. Der wichtige Akzent ist nämlich, es geht darum, den Einzelhandel zu stärken, natürlich, eine Innenstadt lebt vom Einzelhandel, sie lebt von Kultur, von Gastronomie und anderem. Aber das haben wir als Trend in vielen Großstädten, nicht nur in Deutschland, sondern oft auch außerhalb: Dass Wohnen und dass Leben in der Innenstadt wieder attraktiv wird, einen Beitrag dazu leisten kann, Menschen nicht nur in den Großstädten zu halten, sondern auch für neue Bevölkerungsgruppen neuen Wohnraum zu schaffen, das soll auch einen neuen Schwerpunkt bilden, den wir übrigens im bisherigen Innenstadtprogramm nicht vorgefunden haben. Ich finde, das ist eine gute und richtige, vorwärts weisende Erweiterung.

Lassen Sie mich zum Schluss auf den letzten Punkt hinweisen, die Sache mit dem lieben Geld! Der Senat bringt selbst in der Mitteilung, die uns vorliegt, zum Ausdruck, dass ein Bedarf von etwa sechs Millionen Euro gesehen wird, dass dies aber noch nicht abgesichert ist. Ich will hier nicht verschweigen, dass ich der festen Auffassung bin, dass das ein Thema ist, das in der Frage des Anschlussinvestitionsprogramms, also dessen, was dem ISP folgen soll, noch Berücksichtigung finden muss. Da muss man sich überlegen, wie man es absichern will, und wir müssen auch über die Instrumente, die wir schon in unserer heute mehrfach beschworenen Rolle als Haushaltsgesetzgeber haben, nämlich auch über die mittelfristige Finanzplanung reden. Es wird sich auch dort in solchen Debatten wiederfinden müssen, dass dieses Sofortprogramm nicht nur mit Leben und guten Ideen ausgefüllt wird, sondern auch mit dem entsprechenden Geld. Ich glaube, wenn wir das schaffen, haben wir einen weiteren Beitrag geleistet, um Bremen zu einer starken und lebenswerten Stadt zu machen. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jenseits der Debatte über die vielen Väter und Mütter, die genannt worden sind, die alle die Grundlagen dafür gelegt haben, dass wir heute, und das hat mich eigentlich überwältigt, doch über alle Fraktionen hinweg feststellen können, dass es eine Einigkeit darüber gibt, dass das Innenstadtprogramm in seinen Grundzügen richtig gewesen ist und auch weiterhin richtig ist und dass vor allen Dingen die Ergebnisse und das, worüber wir heute reden, was denn geschafft worden ist in dieser Zeit und was insbesondere auch in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden ist, dass diese Ergebnisse offensichtlich zur Zufriedenheit aller in diesem Hause vertretenen Parteien sind!

Man muss hinzufügen, Herr Pflugradt hat es am Anfang angesprochen, dass dies eben nicht nur für die Parteien und die Politikerinnen und Politiker hier gilt, sondern dass dies eben auch weit über dieses Haus hinaus bei den Anliegern, bei den Geschäftsleuten, bei den Kundinnen und Kunden der Innenstadt und bei denen, die hier die Besucher in unserer Stadt sind, gleichermaßen so ist, dass sie empfinden, hier ist etwas Hervorragendes geleistet worden. Insofern kann man, glaube ich, am Anfang schon sagen, und Sie alle haben es mehr oder minder zum Ausdruck gebracht, das Innenstadtprogramm und wie es umgesetzt worden ist, ist letztendlich eine Erfolgsstory, die es gilt, am Ende auch weiterzuführen und nicht stehen zu bleiben.

Ich denke, wir sind uns genauso einig, dass der Ausgangspunkt und das, was wir immer weiter auch uns vor Augen führen müssen, in der Tat ist, dass unsere Bremer Innenstadt einzigartig und unverwechselbar ist, unverwechselbar bleiben soll, eben auch ein Ort mit sehr hoher Identität für alle Bremerinnen und Bremer mit der städtebaulichen Substanz, die wir hier haben, ihren historischen Schätzen, wie beispielsweise Marktplatz, Rathaus, Roland und Schnoor, also dies, was uns historisch geblieben ist, was auch weit über die Stadtgrenzen hinaus zur Attraktivität beiträgt, überhaupt nach Bremen zu kommen, und dass, auch das ist angesprochen worden, natürlich nebenbei, neben diesem Thema auch die Innenstadt als Ort von größter Bedeutung ist für die Wirtschaft in unserer Stadt.

Sie ist der bedeutendste Arbeitsplatzbereich in Bremen, ein zentraler Ort für kulturelle, geistige und politische Entwicklung in Bremen und letztendlich existentiell für den Erfolg der bremischen Sanierungsbemühungen und der Forcierung des

Strukturwandels verantwortlich beteiligt. Darum kann man eigentlich sagen, und das knüpft ein bisschen daran an, was nun an Historie angesprochen worden ist bezogen auf das Innenstadtprogramm, man könnte nun auch sagen, es helfen uns die besten und schönsten Großprojekte nichts, auch die besten Strategien zur Gewerbesiedlung, wenn wir in diesem Zusammenhang die City und die Innenstadt vernachlässigen würden.

Deshalb gilt es nicht nur, die einmaligen historischen Werte, sondern auch die ganze Innenstadt attraktiv zu halten, sie ständig zu verbessern. Das war ja die Frage von Herrn Pflugradt, also nicht stehen zu bleiben, sondern sie ständig zu verbessern und jeweils an die veränderten Rahmenbedingungen immer wieder neu anzupassen. Die ständige Imageverbesserung und die Weiterentwicklung der City als, auch dies ist zu unterstreichen, Mittelpunkt der Region muss dabei ebenfalls stetes Ziel sein. Entwicklung und Veränderung gehören zu einer lebendigen Stadt.

Meine Damen und Herren, ich will die verschiedenen Projekte, die mit großem Erfolg realisiert worden sind, insbesondere in den letzten zwei Jahren, die Obernstraße, die Sögestraße, nicht noch einmal alle aufzählen. Sie sind schon benannt worden. Auch das, was im Kontext mit weiteren Maßnahmen im öffentlichen Raum zu erwähnen wäre, ob die Umgestaltung des Walls, der Ausbau der Schlachte, der Ausbau der Martinistraße, auch dies alles nur stichwortartig, weil vieles schon angesprochen ist, alles Projekte, die, denke ich, exemplarisch für die Bemühungen gestanden haben und stehen, unsere City für die Zukunft fit zu machen. Weitere Projekte, auch das ist angesprochen, stehen noch vor uns, die in 2003 und 2004 folgen werden, wie Schlüsselkorb, obere Schlachte ins Faulenquartier hinein und so weiter.

Mit all diesen Maßnahmen, auch dies muss gesagt werden, befinden wir uns angesichts der Komplexität dieses Programms voll im Zeitplan. Auch das hat man nicht immer. Man hat manchmal Pläne, und man ist nicht voll im Zeitplan. Wir sind hier voll im Zeitplan.

(Beifall bei der SPD)

Auch die skizzierten Mittelabflüsse beziehungsweise Bewilligungen zeigen die überaus zügige Umsetzung des Programms, die uns gelungen ist. Dass es dabei nicht nur bei öffentlichen Investitionen geblieben ist, sondern dass es eine Fülle von privaten Maßnahmen nach sich gezogen hat, ist hier schon angesprochen worden. Es kommen auch neue, der Bredenplatz wird der nächste

Punkt sein, an dem gebaut werden wird, der zur Attraktivität der Innenstadt weiter beitragen soll.

Ich möchte vielleicht an dieser Stelle nicht Wasser in den Wein gießen, aber vielleicht doch noch einen Aspekt benennen, denn es gibt an der einen oder anderen Stelle, insbesondere wenn es nicht um das Engagement privater Einzelner geht, sondern um die Beteiligung von privaten Gruppen, trotz zahlreicher Bemühungen doch noch eine Reihe von Hemmnissen, die man ansprechen muss. So würde ich mir wünschen, dass nicht nur das Fassadenprogramm für die Haupteinkaufsbereiche der Innenstadt mehr Abnehmer finden würde, sondern auch, dass insbesondere die verabschiedeten Überdachungen in der Sögestraße zügig in Angriff genommen werden. Die öffentliche Hand hat hier ihren Beitrag geleistet. Die Straße wurde saniert, die Förderungen für die Überdachungen zugesichert. Ich weiß, dass sich insbesondere Herr Storch und Herr Messerknecht von der Handelskammer sehr bemühen, sehr da hinterher sind, und ich unterstütze dies ausdrücklich. Mein Appell geht an die anderen Anlieger, diese beiden insbesondere und uns alle nicht im Regen stehen zu lassen, um es einmal bildlich auszudrücken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass dieser mit großem Tempo und auch durchaus mit Belastungen und Unannehmlichkeiten für Anlieger und Gäste vollzogene Umbau unserer Innenstadt nicht möglich gewesen wäre, wenn wir hier in Bremen nicht zu einer so hervorragenden Partnerschaft zwischen den verschiedenen Akteuren gefunden hätten. Ich meine damit nicht nur die beiden Ressorts Bau und Wirtschaft, die gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich meine insbesondere auch die Kooperation zwischen den Kaufleuten der Innenstadt und ihren Interessenvertretern, der Verwaltung und der Politik.

Nach meinem Eindruck haben alle verstanden, entweder es geht gemeinsam, oder es geht gar nicht. Dieser gemeinsame Wille hat uns über so manche schwierige Phase hinweg geholfen. Wer noch einmal zurückdenkt, als wir davor standen, dass diese Umbaumaßnahmen kommen, welche Ängste und Bauchschmerzen uns das gemacht hat, es wäre nicht gelungen, wenn wir dieses Projekt nicht so untergehakt miteinander gemacht hätten. Dazu hat zum einen sicher, das ist angesprochen worden, die gute handwerkliche Arbeit auf den Baustellen beigetragen, sicher auch die hervorragenden Marketingmaßnahmen, die zum großen Sympathieträger geworden sind, und auch das, was im Übrigen an Koordinierung und Koordination insgesamt zwischen den Beteiligten die

da miteinander arbeiten müssen, geleistet worden ist.

Auch wenn wir mit diesem Sofortprogramm Innenstadt schon jetzt, denke ich, eine echte Erfolgsgeschichte haben landen können, lohnt es sich, auch das ist angesprochen worden, dies weiterzuentwickeln, neue Akzente zu setzen. Nichts kann so gut sein, als dass es nicht ständig verbessert werden müsste, darum das Fortführungsprogramm, das sich derzeit in der Erarbeitung befindet und das auch in der Antwort des Senats skizziert worden ist.

Ich möchte nur drei Punkte kurz ansprechen, die besondere Beachtung verdienen. Der eine ist in der Tat, im Innenstadtprogramm dem Thema Wohnen größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich denke, Wohnnutzungen tragen wesentlich zur Belebung der Innenstadt bei, insbesondere außerhalb der Geschäftszeiten. Außerdem wird für diesen Bereich sicherlich eine besondere Klientel auch Interesse und Lust haben, hier in die Innenstadt zu ziehen.

Der zweite Punkt ist, dass wir verstärkt Maßnahmen zur Verbesserung der Verknüpfung der Innenstadt, das ist von Ihnen allen angesprochen worden, haben, in den angrenzenden Quartieren erarbeiten und durchführen müssen, um so auch gemeinsam, auch aufbauend auf den Konzepten und Maßnahmen zur Stadtteilentwicklung, eine Stärkung der gesamtstädtischen Struktur zu erreichen. Dafür spricht unter anderem die kürzlich besprochene Sanierung der Weserpromenade zwischen Tiefer und Stadion, nur als ein Beispiel.

Auf die insbesondere von meinem Haus getragenen Bemühungen zur Verbesserung der Situation in den übrigen Stadtteilzentren und Stadtteilen durch die Entwicklung von mit den Ortsteilen abgestimmten Konzepten und die Umsetzung von Einzelmaßnahmen will ich jetzt nicht eingehen. Aber ich glaube, mit der gleichen Intensität, mit der wir uns jetzt für die Innenstadt eingesetzt haben und Mittel bereit gestellt haben, haben wir die Verpflichtung für die Zukunft, dies für die übrigen Stadtteile, nicht nur die innenstadtnahen, sondern auch die übrigen Quartiere und Stadtteile, zu tun,

(Beifall bei der SPD)

denn es hilft auch nichts, wenn die Innenstadt schön ist und sich die Menschen da, wo sie zu Hause sind, nicht wohl fühlen. Darum muss dafür auch Geld bereitgestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich das Thema Faulenquartier! Das wird natürlich, da sind wir uns alle einig, in den nächsten Jahren von allergrößter Bedeutung sein. Dass wir mit der Entscheidung für Radio Bremen und ein Medienzentrum jetzt an einen Punkt gekommen sind, an dem die Entscheidung gefallen ist, kann ich nur begrüßen, weil wir damit, glaube ich, eine gute Startvoraussetzung haben, dieses Quartier seiner Lage, seiner Nähe und seiner hohen Innenstadt Nähe entsprechend zu entwickeln und gleichzeitig den Brückenschlag zur Überseestadt zu treffen. Insofern, glaube ich, war das eine gute Entscheidung, und auch da müssen wir jetzt ganz massiv herangehen, um es hinzubekommen.

Hinbekommen, um bei dem Wort zu bleiben, müssen wir aber auch die Finanzierung, auch sie ist angesprochen worden. Wir befinden uns in intensiven Gesprächen mit den Betroffenen und den Verantwortlichen. Ich gehe davon aus, dass wir in der Tat die notwendigen Mittel im WAP und im AIP sichern können. Darüber hinausgehende Finanzierungen können und sollten vielleicht wie bisher als sinnvolle Ergänzungen dann herangezogen werden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass das, was wir erreicht haben, Ihr aller Lob eingehemst hat, und ich hoffe, so können wir dann die nächsten Jahre weitermachen in der Innenstadt und vor allen Dingen auch in den Stadtteilen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern eine ganz allgemeine Bemerkung machen, um dann zwei oder drei wirtschaftspolitische Anmerkungen zu machen. Ich freue mich wie Frau Wischer, dass alle so begeistert sind über dieses Innenstadtprogramm, dass alle dabei gewesen sein wollen und dass alle diese Idee gehabt haben wollen. Ich finde das toll. Ich finde aber eines gut: Die große Koalition hat die Vielzahl der Projekte seit 1995 umgesetzt, die Herr Pflugradt und alle anderen eben auch schon dargestellt haben.

Eine attraktive Innenstadt ist sicherlich nicht nur das Herzstück, gerade auch, aber nicht nur, für die Bürger, sondern sie ist auch als Herzstück eines Wirtschaftszentrums entscheidend, wenn es darum geht, Unternehmer nach Bremen zu bekommen, Unternehmer hier zu halten, den Dienstleistungsbereich auszubauen und natürlich auch im Sinn eines neuen Tourismus ein neues Image dieser Stadt vorzustellen, um damit Besucher

nach Bremen zu bekommen, aber natürlich auch, wenn es darum geht, durch gute Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandels zu stärken. Dies alles, denke ich, ist uns gut gelungen. Es ist offensichtlich, was in unserer Stadt geschehen ist, und wir lernen sie neu kennen und lieben.

Was vielleicht nicht ganz so offensichtlich ist, das sind die wirtschaftspolitischen Effekte, und deswegen darf ich auf diesen Punkt kurz eingehen. Die öffentlichen Baumaßnahmen im Innenstadtbereich haben eine Vielzahl von privaten Investitionen nach sich gezogen. Insgesamt sind 30 Millionen öffentliche Gelder für die bereits fertig gestellten oder im Moment noch im Bau befindlichen Projekte investiert worden. Sie haben ein privates Invest von 230 Millionen nach sich gezogen. Dies ist eine Quote von eins zu sieben, und ich denke, wir würden uns eine solche Quote in vielen anderen Bereichen wünschen und sind stolz, dass uns das so gelungen ist.

Nun können Sie sagen, wir rechnen das Kontorhaus am Markt heraus oder die eine oder andere Investition unserer Gesellschaften, aber dann ist es mit Sicherheit immer noch eine Quote von eins zu sechs, und auch das ist hervorragend.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Und die Investitionen sind es auch!)

Ja, sicherlich! Ich möchte noch zwei größere Investitionen hier herausgreifen, das ist die ehemalige Wertpapierbörse, 50 Millionen Euro Invest und 250 neue Arbeitsplätze, der Neubau Museumstraße, 7,5 Millionen Euro Invest, 150 neue Arbeitsplätze. Das sind nur zwei etwas größere Beispiele.

Damit bin ich dann auch bei den Arbeitsplätzen. Einer Anmerkung der Vorlage konnten Sie entnehmen, dass der Zustand der Innenstadt 1995 so desolat war, dass die Experten befürchtet haben, dass diese Innenstadt abstürzen wird. Vor diesem Hintergrund ist es sehr wohl gerechtfertigt zu fragen, wie viele Arbeitsplätze konnten durch die Sanierungsmaßnahmen und Investitionen gesichert werden. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass 4000 Arbeitsplätze gesichert worden sind. Darin sind noch nicht einmal die Effekte enthalten, die sich aus der gesamten Bautätigkeit ergeben, und es sind rund 770 Arbeitsplätze neu entstanden.

Das ist gut so, das ist ein hervorragendes Beispiel für ein Projekt, das in vielen Fällen gemeinsam mit den Privaten gelaufen ist, nicht nur mit Einzelinvestitionen, sondern eben auch Gemeinschaftsvorhaben wie zum Beispiel in der Sögestraße das

neue Pflaster, neue Dächer, wie in der Passage Museumstrasse/Am Wall oder bei anderen Beispielen auch.

Im Sinn eines fitten und zukunftsfähigen Oberzentrums ist es klar, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie die Entwicklung weitergeht. Ich will die einzelnen Punkte hier nicht wiederholen, sie sind bereits dargestellt worden. Frau Krusche, wenn Sie die Vorlage gelesen haben, auch die Entwicklung von Wohnflächen, gerade attraktive Lofts und ähnliche Wohnmöglichkeiten in der Stadt sind in dieser Vorlage dargestellt, genauso auch wie die weiteren Planungen, die wir angehen werden, wie wir mehr Büroraum, modernen Büroraum in der Innenstadt schaffen können.

Diese Themen - Wohnen am Wasser und am Wall, die Weiterentwicklung und Umwandlung von gewerblichen, nicht mehr genutzten Räumen in Wohnraum, genauso auch wie die Schaffung von Büroraum - wird der Senat in der nächsten Zeit weiterentwickeln und daraus ein komplettes Projekt mit dem Arbeitstitel „Innenstadt 2010“ entwickeln.

Zum Finanzbedarf kann ich insoweit nur anmerken: Bisher haben wir im Jahr rund 7,5 Millionen Euro für das alte Programm ausgegeben. Wir gehen davon aus, dass wir in den Jahren bis 2010 - also in den Jahren 2003 bis 2010 - einen Mitteleinsatz von sechs Millionen Euro pro Jahr brauchen und den auch werden realisieren können. Wir sind im Moment konkret dabei, den projektbezogenen Finanzierungsbedarf zu erarbeiten und ihn in das Gesamtprogramm einzufügen, um es Ihnen dann aus einer Mischfinanzierung sowohl durch das Anschlussinvestitionsprogramm als auch durch das Anschlussprogramm WAP zur weiteren Finanzierung vorzulegen.

Wir werden auch weitere andere Möglichkeiten suchen und nutzen, um weitere Gelder mit an die Burg zu bekommen, zum Beispiel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, dem Sondervermögen Überseestadt oder der Stiftung „Wohnliche Stadt“. Insgesamt sind wir sehr hoffnungsvoll, dass wir Ihnen ein tragfähiges, zukunftsfähiges, modernes Konzept „Innenstadt 2010“ werden vorlegen können, und hoffen, dass Sie dann genauso begeistert sind wie jetzt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/632 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Vorhaben- und Erschließungsplan 21 mit Deckblatt

**(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für den Bau der „Tagesklinik an der Universität“ in Bremen-Schwachhausen auf dem Grundstück Parkallee/stadtauswärts neben dem Hotel „Zur Munte“**

Mitteilung des Senats vom 10. September 2002
(Drucksache 15/617 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 21 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Lärmschutz stärken

Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 2002
(Drucksache 15/622 S)

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Bericht des Senats zum Lärmschutz zeigt eines sehr deutlich: Lärmschutz ist nicht ein Luxus, der sich nebenbei geleistet wird, sondern eine Aufgabe, die der Senat ernst nimmt. Das zeigt die Aufzählung der verschiedensten Bereiche, in denen der Senat aktiv ist. Ich komme gleich noch dazu.

Ich glaube, damit wird die Befürchtung widerlegt, die damals für Bündnis 90/Die Grünen handlungsleitend war, als sie gefordert haben, dass doch endlich Lärminderungspläne aufgestellt werden sollen. Sie hatten damals als Erstes für den Bereich der Neustadt die Aufstellung eines entsprechenden Plans gefordert. Darauf hatten wir uns dann interfraktionell geeinigt und gesagt, wir gehen eigentlich davon aus, dass in diesem Bereich viel passiert. Die Aufstellung von Lärminderungsplänen nimmt sehr viel Zeit in Anspruch, und weil wir den Lärmschutz eben nicht auf die lange Bank schieben wollen, wollten wir einen Bericht haben, was der Senat eigentlich konkret macht, um dieses Problem anzugehen.

Das hat auch einen Hintergrund: Lärminderungspläne beziehungsweise eine umfassende Analyse der Lärmquellen in dieser Stadt mit entsprechenden Messungen - das müssen wir uns als Haushaltsnotlageland durchaus immer wieder bewusst machen - kosten sehr viel Geld. Das spricht nicht dagegen, dass man dies machen muss, allerdings kann man eben nicht so lange warten, bis alle Daten erhoben sind. Wir wissen in vielen Bereichen, wo unsere Stadt laut ist. Eine Stadt ist an sich laut, und wir kennen auch die Stellen, an denen sie besonders laut ist. Wir wissen, dass Lärm nicht irgendeine Sache ist, die man vernachlässigen kann, sondern sehr gesundheitsschädigend ist und eine hohe Belastung für die Bevölkerung darstellt. Deswegen wissen wir auch, wo wir anzusetzen haben.

Ich bin sehr zufrieden mit den Bereichen, die ja zum Teil nur exemplarisch in dem Bericht des Senats aufgeführt worden sind. Bremen geht umfassend gegen Lärm vor, sowohl über die Bauleitplanung, bei der Umstrukturierung von Gewerbegebieten - in diesem Zusammenhang sind hier die Maßnahmen, die begleitend zur der Erschließung der alten Hafengebiete in Walle angegangen werden, angeführt - als auch beim Neubau der A 281. Welche Lärmschutzmaßnahmen dort alle ergriffen werden, die für die örtliche Bevölkerung von hohem Nutzen sind, können Sie dem Bericht des Senats entnehmen. Wir sind aus meiner Sicht

gleichzeitig bei der Bundesbahn recht erfolgreich, darauf zu dringen, dass auch sie ihre Aufgabe des Lärmschutzes wahrnimmt und entsprechende Maßnahmen an den Strecken ergreift, denn wir wissen, dass auch Bahnlärm extrem störend ist.

Wir haben durchaus verschiedene Dinge erfolgreich laufen: Es werden Strecken bereits realisiert, es sind direkt Verfahren eingeleitet, um Verbesserungen herbeizuführen, und es sind für die kommende Zeit neue wichtige Strecken in die Dringlichkeitsliste aufgenommen. Es passiert dort also auch viel, so dass man, glaube ich, sehr zufrieden sein kann.

Wie auch in der Anfrage ausgeführt ist, hat sich die Lage in der Frage von Lärminderungsplänen geändert. Zu wissen, wo die Stadt besonders laut ist, entbindet natürlich nicht davon, mittel- und langfristig auch systematisch das Problem weiter anzugehen. Durch die neue EU-Richtlinie haben sich jetzt Änderungen ergeben, welche Anforderungen an die Analyse der Lärmquellen gestellt werden und welchen Anforderungen Lärminderungspläne, die aufgestellt werden sollen, genügen sollen.

Ich denke, es ist vernünftig abzuwarten, welche Anforderungen durch die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht konkret auf Bremen zukommen, um teure Zusatz- und Doppelarbeiten zu vermeiden. Dies ist vor dem Hintergrund tragbar und auch akzeptierbar, weil Lärmschutz in dieser Stadt ernst genommen und nicht auf die lange Bank geschoben wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass noch viel zu tun bleibt. Es ist keineswegs so, dass unsere Stadt umfassend leise geworden ist. Das wäre auch sehr verwunderlich. Es ist eine Eigenheit einer Stadt, dass es dort eben lauter zugeht als in der freien Natur. Wir sind aber fest entschlossen, diese Lärmbelastungen konsequent anzugehen, weil Lärmschutz für die SPD eben nicht ein Luxus ist, sondern ein ganz wesentlicher Bestandteil zur Verbesserung der Lebensqualität in Bremen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Mull.

Abg. Frau **Mull** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke einmal, ich brauche auf die einzelnen Maßnahmen, die in der Vorlage und auch bereits in dem Beitrag von Herrn Dr. Schuster genannt wurden, nicht mehr einzugehen, denn die Maßnahmen und die vorlie-

genden Mitteilungen zeigen ja sehr deutlich, was wir in Bremen alles in Sachen Lärmschutz tun und wie wir versuchen, die Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern.

Ich möchte mich deshalb mehr dem generellen Thema Lärmschutz und Lärmbelästigung widmen! Allein 16 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung sind während des Tages Mittelungspegeln, wie man das so schön nennt, von mehr als 65 Dezibel ausgesetzt. Ich denke einmal, jeder weiß, was das sowohl für die körperliche als auch, um es einmal so zu nennen, für die geistige Verfassung bedeutet, wenn man solch einem Lärm- oder Dezibelpegel ausgesetzt ist. Die dominierende Lärmquelle ist der Straßenlärm, gefolgt von Flugverkehr, Schienenverkehr, Nachbarschaft, Industrie und Sport. Sport kann also auch eine Lärmbelästigung ausmachen, wenn man zum Beispiel in der Nähe eines Sportstadions lebt. Die Diskussionen kennen wir auch.

Lärm ist aber nicht nur störend, sondern es kann durch Lärmbelästigung auch zu Gesundheitsschäden kommen, insbesondere als Resultat bei besonders belasteten Menschen zu Herz- und Kreislauferkrankungen. Die sind immer häufiger festzustellen. Das Thema Lärm nimmt in unseren Städten also zu. Insbesondere in Ballungsräumen fühlen sich die Menschen immer mehr belästigt. Deshalb beschäftigt sich auch das Fachmagazin „Der Städtetag“ in seiner Oktober-Ausgabe auf rund 30 Seiten mit dieser Problematik. Wenn der eine oder andere von Ihnen es liest, es empfiehlt sich sehr zum Studium!

Ich sagte es bereits, der Grad der Lärmbelästigung bestimmt unsere Lebens- und Wohnqualität, und deshalb sind wir der Auffassung, dass insbesondere uns als politischen Entscheidern eine besondere Aufgabe zufällt. Es ist also bei der Neuplanung von Wohn-, Bau- und Gewerbegebieten, bei der Sanierung von Straßen und Fahrbahnen, bei der Gestaltung von guter, effizienter Verkehrsanbindungen und Optimierung von Verkehrswegen immer wieder auf den Aspekt der Lärmminimierung zu achten.

Wenn man einmal sieht, welche Gesetze und Verordnungen sich mit dem Thema Lärmschutz beschäftigen - vom Bundes-Immissionsschutzgesetz über Verkehrslärmschutzverordnung bis zu Freizeitrichtlinienverordnungen, Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnungen, was es alles gibt -, versucht man, beim Einsatz von Baumaschinen, Rasenmähern et cetera zur Einhaltung von Grenzwerten doch beizutragen. Es ist wirklich eine umfangreiche Gesetzgebung und Verordnung in unseren Bundesgesetzen zu erkennen, um sich dieser Problematik zu widmen.

Lärm ist, das wird ja auch in dem Bericht gesagt, nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Deshalb hat es sich die EU eben auch zur Aufgabe gemacht, mit einer neuen Richtlinie dieses Thema als ein gemeinsames europaweites Konzept festzulegen und sich damit zu beschäftigen, um schädliche Auswirkungen durch Geräuschbelastung auf die Bevölkerung zu verhindern, ihnen vorzubeugen beziehungsweise sie zu mindern. Mit dieser neuen Richtlinie wird erstmals ein europaweiter rechtlicher Rahmen zur Lärminderung geschaffen.

Über zu erstellende Lärmkarten - das steht ebenfalls in dem Bericht - will man also herausfinden, wo denn die Lärmbelastung ist, was die Ursachen dafür sind und welche Maßnahmen man kurzfristig zur Lärminderung oder aber auch zur Vermeidung eines weiteren Anstiegs in Sachen Lärmbelästigung durchführen kann.

Meine Damen und Herren, die durchzuführenden oder in der Vergangenheit bereits getätigten Lärmschutzmaßnahmen sind, und das wurde in der Vorlage ebenfalls deutlich, mit einem erheblichen finanziellen Bedarf versehen. Sie kosten sehr viel Geld. Ich habe jetzt keine Summe aus der Vorlage gezogen, aber wir wissen, auch wenn wir uns über kurze Bauabschnitte und Lärmschutzwände unterhalten, dass auf wenigen Metern bereits immense Summen veranschlagt werden müssen.

Trotzdem ist es immer wieder unser gemeinsames Ziel, für die Lebens- und Wohnqualität in der Stadt alles zu tun und auch entsprechend Lärmschutzmaßnahmen zu fördern. Wir sind allerdings der Auffassung, dass diese Maßnahmen nicht allein von den Städten durchgeführt werden können, das ist finanziell überhaupt nicht zu leisten, deswegen erwarten wir eben auch eine Unterstützung auf Bundes- und Europaebene. Wir als CDU-Fraktion sind sehr gespannt, wie die alte und neue Bundesregierung das in Angriff nehmen wird und inwiefern wir als Stadt Bremen bei unserer Lärmschutzproblematik und unserem Lärminderungsbemühen Unterstützung der neuen Bundesregierung für die Stadt Bremen erwarten können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn mein Vorredner und meine Vorrednerin versucht haben, hier das Gegenteil zu vermitteln, so ist doch festzustellen, dass hinsichtlich der Frage

der Lärminderungsmaßnahmen durch den Senat noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. In Bremen wird der Schutz der Bevölkerung vor Lärm weiterhin nicht konsequent angegangen. Die in der Mitteilung des Senats genannten Lärmschutzmaßnahmen sind überwiegend Ergebnis, Frau Mull, rotgrüner Bundespolitik und damit beispielsweise auch der Bundesbahn, die eben aufgrund von Bundesmitteln hier in Bremen Lärmschutzmaßnahmen ergreift.

Lärmschutz ist aber nicht nur eine Angelegenheit von Europa und dem Bund, sondern es ist vor allen Dingen auch eine kommunale Aufgabe. Das hat im Übrigen auch kürzlich, man höre und staune, Herr Dr. Sieling erkannt, er hat nämlich im „Weser-Kurier“ vom 17. Oktober geäußert: So sei mehr Lärmschutz an Bahntrassen ein wichtiger Schritt, aber das kann nur der Anfang sein, erklärt der SPD-Baudeputierte Herr Sieling im „Weser-Kurier“. Neben der Deutschen Bahn seien auch der Bund und Bremen gefordert. Sieling schwebt ein detailliertes Lärmprogramm für das kleinste Bundesland vor. Richtig, Herr Sieling! Genau dieses Programm wird mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz seit 1990 gefordert. Bremen ist bis heute seiner rechtlichen Verpflichtung nicht nachgekommen. Wir haben vor über einem Jahr den Antrag in diesem Haus gestellt, genau diesen rechtlichen Auftrag wahrzunehmen und genau das, was Sie im „Weser-Kurier“ fordern, hier durchzuführen. Dieser Antrag wurde von der großen Koalition abgelehnt.

In der Summe gibt es also bis heute, trotz rechtlicher Verpflichtung, kein eigenständiges Bremer Aktionsprogramm zur Lärminderung, und, schlimmer noch, auch die rechtlichen Verpflichtungen aus dem Paragraphen 47 a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes werden nicht umgesetzt. Dies wäre aber ein wichtiger Schritt, um wirklich das Problem konsequent anzugehen.

Mit welchem absurden Vorgehen nun der Senat diese zwölfjährige Schlamperei begründet, das möchte ich Ihnen kurz vorführen, meine Damen und Herren! Ich beziehe mich zunächst auf die Deputationssitzung vom 5. November 1998. Damals wurden 380.000 DM für so genannte Schallimmissionspläne bereitgestellt, und, hören Sie jetzt gut zu, damals hieß es in der Vorlage, den gesetzlichen Pflichten könne endgültig nicht mehr ausgewichen werden. Diese Schallimmissionspläne gibt es bis heute nicht. Es gibt bis heute nicht die Lärmerfassung, die damit erfolgen sollte. Ich frage Sie, Frau Senatorin Wischer: Was ist denn eigentlich mit diesem Geld passiert?

Ich möchte hier an die Debatte vor über einem Jahr in der Bürgerschaft erinnern - wir hatten den

Antrag eingebracht, das hatte Herr Dr. Schuster schon gesagt, „Lärminderungspläne endlich erstellen“, woraufhin die große Koalition als Gegenantrag den Antrag „Lärmschutz stärken“ eingebracht hat -, und ich möchte aus dieser Debatte Herrn Dr. Schuster mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren:

„Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es auch kurz machen, weil in der Tat viel Einigkeit besteht. Einen Punkt sehe ich allerdings etwas anders, nämlich dass wir uns bewegt haben, weil Sie einen Antrag eingebracht haben. Der Antrag, den die Koalition eingebracht hat, versucht vor allen Dingen deutlich zu machen, dass Ihr Antrag im Prinzip offene Scheunentore einrennt. Es wird an einer Lärminderungsplanung gearbeitet. Sie setzt voraus, dass man eine Bestandsaufnahme des Lärms in der Stadt erarbeitet, um dann zu schauen, welche Maßnahmen geeignet sind.“ Weiter heißt es dann: „Wir arbeiten an einem entsprechenden Lärmkataster. Nächstes Jahr werden erste Ergebnisse und methodische Festlegungen vorliegen.“

Das nächste Jahr haben wir jetzt. Es gibt keine Ergebnisse, es gibt keine methodischen Festlegungen, und weil wir das auch die ganze Zeit befürchtet haben, dass in der Richtung nichts passiert, hatten wir dann fünf Monate später eine Anfrage in der Fragestunde eingereicht. Hier möchte ich jetzt mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren. Frau Wischer antwortet auf unsere Frage, wo denn nun die Schallimmissionspläne bleiben:

„Der Straßenverkehr ist die dominierende Lärmquelle in der Stadt. Daher beabsichtigt der Senat zunächst in Bezug auf diese Quelle den Aufbau einer Lärminderungsplanung. Grundlage hierfür sind jedoch belastbare Lärmbasisdaten. Ein externes spezialisiertes Ingenieurbüro ist gegenwärtig damit beauftragt, Verfahrensvorschläge zu erarbeiten, wie diese Basisdaten erhoben werden können. Das von dem Büro zum Sommer 2001 vorgelegte Straßennetzmodell musste noch modifiziert werden, so dass jetzt zu den vorgeschlagenen Methoden noch Angaben zu den Kosten und Umsetzungszeiten geliefert werden müssen. Aussagen werden noch innerhalb des ersten Quartals dieses Jahres erwartet, so dass daraufhin die weiteren Schritte eingeleitet werden können.“

Soweit der Senat im Januar 2002! Noch immer gibt es diese erste Grundlage für eine Lärminderungsplanung hier in dieser Stadt nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Tat, nach dem, was jetzt in der Mitteilung des Senats steht, glaube ich nicht daran, dass an dieser auch wirklich gearbeitet wurde, denn nun wird die

neue Richtlinie der Europäischen Union zur Bekämpfung des Umgebungslärms dazu missbraucht, um die weitere Untätigkeit des Senats bis mindestens 2005 zu begründen, denn die zur Debatte stehende Mitteilung des Senats sagt im Klartext, dass weiterhin die gesetzliche Verpflichtung aus dem Immissionsschutzgesetz nicht erfüllt werden soll.

Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das weiß jeder, der ein kleines bisschen juristisches Verständnis hat, ist es so, dass dieses Bundes-Immissionsschutzgesetz unabhängig von der europäischen Richtlinie seine Gültigkeit behält. Es gibt keinerlei Notwendigkeit, aufgrund der Richtlinie untätig zu bleiben, im Gegenteil! Frau Mull hat es auch schon erwähnt, in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Der Städtetag“ vom Oktober 2002 ist diesem Thema ein Schwerpunkt gewidmet, aus diesem möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren, dort heißt es:

„Für Städte kommt es in Zukunft darauf an, das planerische Instrument der Lärminderungsplanung verstärkt zu nutzen. Mit Paragraph 47 a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes existiert bereits seit 1990 eine der europäischen Umgebungsrichtlinie vergleichbare nationale Regelung. Demnach sind die deutschen Städte schon seit 1990 gesetzlich verpflichtet, Lärminderungspläne zu erstellen. Diese Verpflichtung wurde und wird zurzeit durch die Städte mit erheblichem Aufwand und Engagement umgesetzt. Insbesondere die Ballungsräume verfügen deshalb bereits über umfangreiche Erfahrungen der Lärmkartierung und Lärminderungsplanung.“ Soweit das Zitat, Axel Welge, Hauptreferent des Deutschen Städtetags! Ich meine, allen hier im Haus ist klar, dass mit denjenigen, die über die Erfahrung verfügen, Bremen sicherlich nicht gemeint ist.

Meine Damen und Herren, das Zitat hat doch noch einmal deutlich gezeigt, es gibt keinen weiteren Grund für eine Untätigkeit des Senats. Wir Grünen fordern hier zum wiederholten Mal den Senat auf, seine gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen und zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Bremer Bevölkerung beizutragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Forderung im Konkreten ist, dass sofort, und das ist möglich, auf der Grundlage der Methoden der neuen europäischen Umgebungslärmrichtlinie mit Messungen begonnen wird.

Herr Schuster, eine Anmerkung kann ich mir leider nicht verkneifen: Es ist keine glückliche Fügung, diese Umgebungsrichtlinie der EU jetzt zu benutzen, um sozusagen eine zwölfjährige

Schlamperei noch weiter fortzusetzen und das damit zu begründen. Das konterkariert europäische Umweltpolitik, und das ist der Punkt, der mich auch an der Stelle wirklich ärgerlich macht.

Es wird endlich Zeit, dass durch ein planvolles Eingreifen zur Lärminderung der Teufelskreis von Stadtflucht, Zersiedlung, erhöhtem Verkehrsaufkommen auf den Zufahrtsstraßen und erhöhter Lärmbelastung durchbrochen wird. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst, glaube ich, sind wir uns alle darüber einig, und da stehe ich auch auf gar keiner anderen Seite, dass Lärmschutz eine der wichtigsten Fragen der Zukunft und auch heute schon ist, weil es hier in der Tat auch unter gesundheitlichen Gesichtspunkten Risiken für Menschen geben kann. Darüber streiten wir überhaupt nicht. Frau Dr. Mathes, das ist nicht die Frage, und wir waren uns auch einig, das haben wir auch bei der letzten Debatte hier schon festgestellt, dass das Thema Lärm eigentlich erst sehr spät gegenüber allen anderen Fragen entdeckt worden ist. Insofern, und da steht Bremen nicht allein, ist das in allen Kommunen ein Thema, das noch unbefriedigend gelöst ist.

Aber eines weise ich nun zurück: Dass Sie hier den Eindruck erwecken, als würden wir in den Sachen der Lärmvorsorge nicht viel tun, das ist schlicht falsch! Wir haben in dieser Zeit - und wir haben es in der Vorlage auch dargestellt - eine Menge Geld bei den Neuvorhaben investiert, um genau diesen Gedanken unter umweltpolitischen und gesundheitspolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass der Verlauf der Frage eines Lärminderungsplans nicht zufriedenstellend ist, aber gleichzeitig sage ich auch, Sie haben versucht, es noch einmal zu referieren, wir haben in der Tat Mittel eingestellt gehabt, wir haben in der Tat Aufträge erteilt. Zwischenzeitlich ist dann deutlich geworden, dass die Grundlagen und die Bemessungen nicht mehr stimmig waren. Dann hat man es neu in Auftrag gegeben, dann stellte sich heraus, dass das allein, was da an Kosten entstehen würde, praktisch alle Mittel aufzefressen würde, und dann kam in der Tat zwi-

schenzeitlich die neue EU-Rahmenrichtlinie, in der es wieder neue Bewertungsgrundlagen gibt.

Da macht es doch keinen Sinn, jetzt viel Geld für ein Kataster auszugeben, das möglicherweise dann genau nicht mit den Richtlinien übereinstimmt, die man dann umsetzen muss. Ich bin nicht glücklich darüber, dass wir nicht sehr viel weiter sind, aber ich sage auch noch einmal, dies ist erstens kein Thema Bremens allein, und zweitens, mit dem Kataster haben Sie zunächst einmal eine Grundlage. Herr Schuster hat es gesagt, in vielen Bereichen, wo wir heute sanieren, wo wir reparieren müssen, versuchen wir, gerade bezogen auf Straßenverkehrslärm durch andere Beläge dieses Thema Lärm so weit zurückzudrängen, dass es eben nicht mehr zur gesundheitlichen Belastung kommt.

Bei allen übrigen Maßnahmen im Altbestand ist, wenn Sie das Kataster haben, dieses nur der erste Schritt. Der zweite Schritt ist natürlich eine Finanzierung all der Maßnahmen, über die wir reden. Wenn Sie vorhin so gesagt haben, das eine hat der Bund bezahlt, das wart ihr nicht, wir haben in der Tat in unseren Haushalten keine Mittel für die Sanierung an den alten Bahnstrecken. Das, was der Bund da an hohen Milliardenbeträgen aufbringen muss, ist bezogen auf uns nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir haben oft genug darüber in der Deputation diskutiert, und ich finde es schon enorm, dass es uns gelungen ist, durch Insistieren hier für Bremen von der Bahn jetzt im zweiten Programm noch einmal Maßnahmen zu bekommen. Wir haben Ihnen das in der Deputation vorgestellt oder werden es Ihnen noch vorstellen, jedenfalls ist da eine Menge passiert, was wir tun.

Das, was wir an der A 281 an Lärmschutzmaßnahmen machen, ist doch nicht einmal eben so! Da können Sie doch nicht sagen, wir vergessen dieses Thema, sondern das sind neue Projekte, da können wir zukunftsweisend arbeiten! Insofern, glaube ich, ist es ungerechtfertigt, hier zu sagen, dass dieser Senat mit der Lärmvorsorge nicht ordnungsgemäß umgeht. Wir bemühen uns, wir haben die Schwierigkeiten wie alle anderen Städte im Bestand, das ist unbezweifelbar so, und auch die Frage des Katasters ist nicht zufriedenstellend, aber zu behaupten, hier in Bremen würden wir den Lärmschutz vernachlässigen, das kann man so nicht sagen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/622 S, Kenntnis.

1. Änderung des Bebauungsplanes 399 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum nördlich Hindenburgstraße Nr. 32

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/623 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur ersten Änderung des Bebauungsplanes 399 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1268 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen - Wölpscher Straße - Landesgrenze - Am Steending

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/624 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1268 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1972 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland zwischen

Stromer Landstraße, Merkurstraße, Rudolf-Diesel-Straße, Senator-Apelt-Straße und Bezirksbahnhof Rablinghausen

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/625 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1972 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Bebauungsplan 2075 für Gebiete in Bremen-Neue Vahr zwischen Kurt-Schumacher-Allee, Karl-Kautsky-Straße (zum Teil einschließlich), Bischof-Ketteler-Straße (zum Teil einschließlich), Otto-Suhr-Straße (zum Teil einschließlich), Mittelkampsfleet und Bürgermeister-Reuter-Straße sowie zwischen Karl-Kautsky-Straße, Richard-Boljahn-Allee und Carl-Severing-Straße (Hausnummern 57 bis 81), Schule an der Otto-Braun-Straße und August-Bebel-Allee

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/626 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2075 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2249 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Langer Reihe (einschließlich), Waller Heerstraße (gerade Hausnummern 210 bis 250), Garnbleiche (beiderseits) und Schulzentrum Walle

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/627 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2249 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2258 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt zwischen Schaumburger Straße, südlich der Straße In der Wisch und Getekamp

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/628 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2258 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 50
vom 15. Oktober 2002**
(Drucksache 15/630 S)

Meine Damen und Herren, eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich bedanke mich für die konzentrierte Beratung und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.04 Uhr)